

DIREKTE AKTION

anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 · 33. JAHRGANG

203 | Januar/Februar 2011 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Sex Works

Prostitution in einer prekarisierten und globalisierten Arbeitswelt

Sex gehört mittlerweile zu jedem Roman oder Film, der für die große Kasse vorgesehen ist. Kaum eine Story, in die sich nicht eine Portion Wollust hineinmischen ließe. Eine dieser stofflichen Verbindungen erfreute sich in der Literaturwelt zuletzt einer gewissen Beliebtheit: Mit Titeln wie „Fucking Berlin – Studentin und Teilzeit-Hure" oder „Nach der Vorlesung ins Bordell – Bekenntnisse einer Kunststudentin" drängte sich das Klischee attraktiver Studentinnen in die Öffentlichkeit, die ein Doppelleben zwischen Hörsaal und Prostitution führen. Wie viel autobiografische Authentizität diese schlüpfrig daher kommenden Enthüllungsgeschichten tatsächlich aufweisen, sei dahingestellt. Einen realen gesellschaftlichen Hintergrund haben sie allemal.

Pionier der neuen studentischen Prostitutionsliteratur war die Französin Laura D. In ihrem 2008 veröffentlichten Bestseller „Mein teures Studium" schildert sie Erfahrungen aus ihrem Nebenjob als Prostituierte vor dem Hintergrund einer prekären Lebenssituation. Denn die damals 19-Jährige hatte zuvor im Callcenter gejobbt, wo sie nicht genug verdiente, um zu überleben. Ein Zweitjob wiederum hätte ihr das Studieren unmöglich gemacht. Vielen ihrer Kommilitoninnen geht es ähnlich. Glaubt man Schätzungen der französischen Basisgewerkschaft SUD, prostituieren sich mittlerweile etwa 40.000 von ihnen. Und auch in Großbritannien soll, im Zuge einer zunehmenden Verschuldung von Studierenden, die Zahl der in der Sexarbeit tätigen Jungakademikerinnen seit dem Jahr 2000 um 50% gestiegen sein. Indessen hat das Thema auch auf die Leinwand gefunden. So zeigt der vor kurzem gestartete Film „Tag und Nacht" den Werdegang zweier Studentinnen in Wien, die sich anstelle von Kellnern zum Billiglohn für einen Nebenjob im Escortservice entscheiden.

Für Deutschland wird grob geschätzt, dass weniger als 10.000 Studierende im Sex-Gewerbe arbeiten. Genau lässt sich das wohl nie sagen. Schließlich handelt es sich für die allermeisten um eine Arbeit, die sie als vorübergehende Notlösung begreifen und bestmöglich geheimhalten wollen. Verschiedene Beratungsstellen gehen zumindest von einem Anstieg studentischer Prostitution aus, die zunehmend über Internetseiten organisiert werde. Insgesamt soll es in der Bundesrepublik etwa 400.000 Prostituierte geben, wobei im vergangenen Jahrzehnt allgemein ein Anstieg festgestellt wurde, der häufig mit dem Prostitutionsgesetz von 2002 in Verbindung gebracht wird. Die damit verbundene Entkriminalisierung der Prostitution habe, so wird angenommen, auch die Hürde gemindert, finanziellen Problemen mit Teilzeit-Prostitution entgegenzusteuern.

Dass die gesellschaftlichen Ausmaße von Prostitution immer im Kontext ökonomischer Ungleichgewichte stehen, sollte nicht überraschen. Als sich in den 1960/70er Jahren international die Prostituiertenbewegung formierte, machte sie Armut und Lohnabhängigkeit zu zentralen Aspekten einer Prostitutionsanalyse. Gesetze gegen Prostitution galten ihr als Verordnungen zur „Bestrafung von Frauen, die sich gegen ihre Armut wehren", wie es etwa eine britische Prostituiertenorganisation formulierte. In Konsequenz wehrte sich die Prostituiertenbewegung gegen die Stigmatisierung ihrer beruflichen Tätigkeit, angefangen mit der Etablierung des achtenswerteren Begriffs der „Sexarbeit" selbst.

Auch wenn die streikenden Prostituierten in London 1972 richtigerweise proklamierten: „Jede Arbeit ist Prostitution", so ist nicht von der Hand zu weisen, dass es sich bei Sexarbeit um ein durchaus spezielles Arbeitsverhältnis handelt. Dazu zählt die weit verbreitete Einwirkung sexistischer und rassistischer Stereotype ebenso wie die Tatsache, dass in der Prostitution häufig die Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen verschärft auf den Punkt gebracht werden. Ihren krassesten Ausdruck findet Sexarbeit in Form von Menschenhandel und Zwangsprostitution, die in Zeiten der Globalisierung eine deutliche Zunahme erfahren haben. Auch hier sind die Zwänge einer Armutsökonomie nicht wegzudenken. Denn „eine bewusst getroffene Entscheidung für die eine oder andere Form der Arbeitsmigration ist angesichts des Wohlstandsgefälles weltweit und der strukturellen Benachteiligung von Frauen nicht immer mit Freiwilligkeit gleichzusetzen" (KoK e.V.). Die alte Forderung der US-Prostituiertenbewegung, „Armut und nicht Prostitution zu ächten", verliert auch im globalen Maßstab gewiss nichts an Gültigkeit.

Holger Marcks

Mehr zum Thema Sexarbeit auf den Seiten 3, 8, 10, 12-13, 14 und 16.

Prekär bis in den Tod

Die Rente mit 67 bedeutet nicht nur mehr Arbeit, sondern vor allem weniger Rente.

Die Rente soll nach jahrzehntelangem Schuften ein sicherer Hafen sein, in dem man seinen Ruhestand genießen kann. Dieses Bild bekommt jedoch immer mehr Risse. „Wenn ich alt bin, gibt es eh keine Rente mehr" ist zum geflügelten Wort geworden. Und wahrscheinlich sollten wir uns wirklich besser warm anziehen.

Ab 2012 soll die Lebensarbeitszeit schrittweise angehoben werden, so dass ab 2029 die Rente mit 67 Realität wäre. Grundlage dieser Änderung ist das 2007 von CDU und SPD verabschiedete „RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz". Für die meisten bedeutet Rente mit 67 schlicht Rentenkürzung, da kaum jemand gegen Ende des Erwerbslebens in die Rentenkasse einzahlen kann. Die Chancen von älteren Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt sind miserabel: Im März 2010 hatten nur 8,3 % der 64jährigen Männer und 3,4 % der Frauen eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen verspricht mehr Arbeit für die Älteren. Aber wie lange hält man durch, wenn man einen körperlich anstrengenden Beruf hat, vom psychischen Stress an vielen Arbeitsplätzen ganz zu schweigen? Und als ob der „Idealfall", 48 Jahre Lohnarbeit, nicht jetzt schon illusorisch wäre.

Dazu kommt die drohende Altersarmut. Umstrukturierungen auf dem Arbeitsmarkt brachten uns Minijobs und Leiharbeit, Teilzeit und Scheinselbständigkeit, Arbeitslose, für die dank Sparpaket nicht mehr in die Rentenkasse eingezahlt wird, und Freiberufler, die nichts zurücklegen können. Diese prekäre Arbeitswelt wird sich zeitversetzt in den Renten widerspiegeln.

Heutzutage spüren das schon Frauen und Menschen mit türkischer Staatsbürgerschaft, die ehemaligen „Gastarbeiter" und ihre Nachkommen. Die „türkeistämmigen" Männer erhalten nach einer Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA) durchschnittlich 703, Frauen nur 356 Euro Rente. Gründe dafür sind niedrige Löhne, Frühverrentung und „unstetige Erwerbsbiografien". Zusätzlich ist die private Altersvorsorge weniger verbreitet. Eine Ursache liegt in der Hoffnung auf einen kostengünstigeren Lebensabend in der Türkei, wobei nur jede/r Siebente dies auch in die Tat umsetzt. Für 37,7 % der Befragten ist der Hauptgrund schlicht „kein Geld", was bei einer Armutsquote von 34 % nicht verwundert. Wer nichts hat, kann nichts zurücklegen.

Frauen bekamen 2008 fast exakt die Hälfte der Altersrente der Männer (528 statt 1057 Euro). Diese Schere scheint sich zwar perspektivisch zu schließen, bis Männer und Frauen aber gleiche Renten bekommen, werden noch einige Jahrzehnte ins Land gehen. Gründe hierfür sind Schwangerschaft, Kindererziehung, unbezahlte Hausarbeit. Und selbst wenn sie Lohnarbeit und Haushalt unter einen Hut bekommen, verdienen sie häufig weniger als Männer. Zu wenig für ein gleichberechtigtes Altwerden.

Diese Fortführung von Ungleichbehandlung und Ausbeutung ins Rentenalter wird in Zukunft viel mehr Menschen treffen und sollte nicht unbeantwortet bleiben. Es heißt also rechtzeitig kämpferisch vorsorgen.

Thomas Winzer

Catwalk



Aufputz bei der DA

Mit dem neuen Jahr gibt es eine Innovation bei der DA. Mit jeder neuen Ausgabe gibt es nun eine Release-Veranstaltung – erstmal in Berlin, bald hoffentlich vielerorts. Den Anfang machen wir, ganz im Zeichen unseres Themenschwerpunkts, mit einer Diskussion über Sexarbeit im Kontext von Prekarisierung und Armut.

Es diskutieren:
Simone Kellerhoff (Hydra – Treffpunkt und Beratung für Prostituierte).
Ralf Rötten (Querstrich – Projekt von und für Callboys).
Nivedita Prasad (Ban Ying – Beratungs- und Koordinationsstelle gegen Menschenhandel).
Moderation: Holger Marcks (*Direkte Aktion*).

Am 14. Januar 2011, um 19.00 Uhr, im (neuen) FAU-Lokal, Lottumstr. 11 (Berlin-P´Berg).

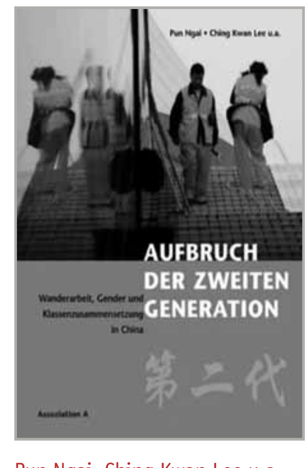
Schmutzige Klinik

In Schweden befindet sich die SAC im Konflikt mit der internationalen Unternehmensgruppe ISS, die an der Uni-Klinik in Lund für Reinigungsdienste zuständig ist (siehe S. 11). Dort beklagen sich die ReinigungsarbeiterInnen u.a. über eine unzumutbare Arbeitsdichte. Die SAC bittet um internationale Solidarität.

Auf www.fau.org findet ihr einen Beitrag, der über Möglichkeiten von Protestbriefen, u.a. an das deutsche ISS-Büro, informiert.

Kauf dich glücklich!

Zunehmend rückt die chinesische Arbeiterklasse ins Blickfeld moderner Kapitalismusanalysen. In ihr scheinen Potenziale zu schlummern, die nicht nur die chinesische Gesellschaft dramatisch verändern könnten. Nun hat ein Herausgeberkreis, darunter *DA*-Autor Frido Wenten, diverse Texte der deutschen Leserschaft zugänglich gemacht, die zu einem besseren Verständnis der chinesischen Klassenzusammensetzung beitragen.



Pun Ngai, Ching Kwan Lee u.a.
Aufbruch der zweiten Generation. Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China.
Assoziation A, 296 Seiten für 18.00 Euro, ISBN 978-3-935936-93-4. Zu bestellen auch über Syndikat-A

FAU-Ticker

Ende November wurde ein Syndikat aus Karlsruhe in die FAU (Region Süd) aufgenommen. +++ FAU Bad Segeberg unterstützte eine Demonstration für den Erhalt des örtlichen Jugendzentrums HaK Ende November +++ FAU Berlin ist zum Neujahr in ein größeres Lokal umgezogen +++ FAU Flensburg informierte Gäste der Coca-Cola-Weihnachtstrucks über die gewerkschaftsfeindlichen Machenschaften des Konzerns +++ Ende November feierten die ASJ Mainz und die ASJ Leipzig ihre Gründung +++ FAU Region Süd unterstützt die Kampagne „Finger Weg vom Streikrecht!" für Tarifpluralität und kündigt Aktionen und Veranstaltungen an +++ FAU Freiburg beteiligt sich am örtlichen Bündnis „Recht auf Stadt" +++ FAU Meiningen nahm im November an einer Demonstration gegen Kürzungen im Bildungsbereich teil +++ FAU Leipzig und FAU Halle unterstützten aktiven HAVAG-Straßenbahnfahrer und ver.di-Vertrauensmann im Kündigungsschutzverfahren, der nun wieder eingestellt wurde +++ Die Aktivität der FAU Leipzig führt im Callcenter CCC zu mehr Krankengeld und mehr Urlaub, nun soll es weitergehen +++ Sektion Soziales des ASy Berlin debattierte über Prekarität und Selbstbestimmung in der Behindertenassistenz +++ Berliner FAU-Mitglied schließt Vergleich mit Betreiber eines Sommerkinos und erhält ausstehende Lohnzahlungen, ein weiterer Prozess ist anhängig +++ FAU Ludwigsburg informiert über Leiharbeit +++ Ein von der FAU Kiel initiiertes Bündnis beteiligte sich mit eigenem Block an der „Gerecht geht anders"-Demonstration im Rahmen des „heißen Herbstes", die 150 TeilnehmerInnen kritisierten u.a. die DGB-Initiative zur Tarifeinheit und die gängige Praxis der Leiharbeit +++ Die selbstverwaltete Strike Bike GmbH (Nordhausen) musste im November Konkurs anmelden +++

Wie immer bringt auch dieses neue Jahr Neues – ein Wesenszug, wie's scheint. So wird eure Gewerkschaftszeitung ihr Konzept etwas anreichern: Die Direkte Aktion *lädt nun regelmäßig zu einer „Release-Veranstaltung", die euch Gelegenheit gibt, eingehend mit AutorInnen und FAU-Mitgliedern zu diskutieren. Zunächst in Berlin, hoffentlich auch bald vielerorts.*

Das neue Jahr verspricht auch einige Volten und Pirouetten im großen Theater der politischen Ökonomie. Etwa eine Kehrtwende in der „Griechenland-Frage", die bereits vor zwölf Monaten gespielt worden war. Sie führte zur „Euro-Krise" und war EU-weit Startschuss für drastische und durchaus reale Kürzungsprogramme. Andernfalls hätte der Staatsbankrott gedroht … und was das bedeutet, zeigt jede Milchmädchenrechnung im Kaufmannsladen aus Kindertagen. Die Pleite musste abgewendet, die Opfer müssen gebracht werden. Eine große, ganz griechische Tragödie! Ein Orakel der FTD *kündete nun zur Jahreswende, die „Märkte stellen sich auf Umschuldung der Griechen ein" – das wäre „die faktische Staatspleite". Warum die nun sogar ganz „wünschenswert" ist, nachdem die Regierungsmaßnahmen durch sind, werden wir im Laufe des Jahres der Presse entnehmen können. Der Kurs „Volkswirtschaft für Fortgeschrittene" geht also weiter.*

Außerdem können wir uns einstellen auf die erste EU-weite Volkszählung („Zensus 2011"), die im Frühjahr abgeschlossen sein soll. Befragt werden soll dabei nur eine Minderheit, das Gros der Daten besorgen sich die Behörden selbst aus ihren Datenbanken – die damit wohl zweckentfremdet werden. Aufregen wird sich da kaum jemand. Wie es um die Tarifpluralität bestellt ist, die ja aufgrund jahrzehntelanger Lethargie auch nur eine Minderheit betrifft, ist ebenso fraglich: Sollte die Bundesregierung „die Tarifeinheit" erstmals gesetzlich vorschreiben und Gewerkschaftsrechte weiter einschränken, wie groß wird die Aufregung sein? Spätestens die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst der Länder werden Anlass geben zum nächsten Schlagabtausch in diesem Stück.

Zuguterletzt wird 2011 nicht nur Landtagswahljahr, sondern ist auch an runden Jahrestagen nicht arm, wie das ND *berichtet. Gedenken und Nachdenken, Einhalten und Handeln gingen schon immer am besten Hand in Hand: 140 Jahre Pariser Kommune, 125 Jahre Haymarket-Tragödie, 90 Jahre Kronstadt, 75 Jahre Spanische Revolution, 55 Jahre Aufstand in Ungarn, 50 Jahre Berliner Mauer, 30 Jahre Ausnahmezustand gegen Solidarnosc, 30 Jahre Personal Computer, 25 Jahre Tschernobyl, 20 Jahre Europäische Union, 20 Jahre Internet, 10 Jahre „War on Terror".*

André Eisenstein, Redaktion „Globales"

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Ammerland ..... Kontakt über Bremen
Aurich ..... Kontakt über Bremen
Bad Segeberg ..... Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0160) 91 56 25 96
Bielefeld ..... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache". AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu <faubi@fau.org>
Braunschweig ..... FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
Bremen ..... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg ..... FAU Flensburg, Heinrichstr. 8, 24937 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>, www.fau-fl.org Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Hamburg ..... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover ..... FAU-Lokalföderation Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <fauh@fau.org>, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel ..... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck ..... Kontakt über Hamburg
Wismar ..... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

Region West

Aachen ..... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975
Bonn ..... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund ..... FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (AB), (0231) 86 30 101 (Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg ..... FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten So. im Monat um 19.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ..... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Essen ..... FAU Essen, <faue@fau.org>
Moers ..... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster ..... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. mit Film oder Vortrag am 3. & 5. Di. im Monat um 19.00 Uhr, Tel. (0251) 5389797, Arbeitstreffen am 2. & 4. Di. im Monat ab 20.00 Uhr <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/
Solingen ..... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

Region Ost

Altenburg ..... Kontakt über Leipzig
Berlin ..... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur, letzter Fr. im Monat 19.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. (war: Gesundheit): Sektion Sozialwesen, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr <faub-soziales@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Mo. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion IT und Elektro, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>
Dresden ..... Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, <faudd@fau.org>
Gransee ..... Kontakt über Berlin
Halle/Saale ..... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: sonntags 19.00 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Ilmenau ..... Kontakt über Meiningen
Leipzig ..... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Magdeburg ..... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Meiningen ..... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
Plauen/Vogtland FAU-Gründungsinitiative, Kontakt über FAU Südwestsachsen
Potsdam ..... Kontakt über Berlin
Suhl ..... Kontakt über Meiningen
Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

Region Süd

Aschaffenburg ..... FAU Aschaffenburg, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg, <fauab@fau.org>
Darmstadt ..... FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>
Dreieich ..... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ..... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, Treffen: sonntags 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags 19.00 bis 21.00 Uhr <fauffm@fau.org>
Freiburg ..... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten So. im Monat ab 18 Uhr, KTS, Baslerstr. 103, jeden 2. & 4. Freitag: anarchosyndikalistische Kneipe im Infoladen „Gartenstraße 19" ab 18.00 Uhr, 79100 Freiburg; zum Thema Leiharbeit jeden dritten So. im Monat ab 18 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr.9, 79104 Freiburg (Cafe im Hauptgebäude 1.OG links – nicht mit der Kneipe im Vorderhaus verwechseln!).
Karlsruhe ..... fauka@fau.org oder Kontakt über Frankfurt/M.
Kassel ..... FAU Kassel, <fauks@fau.org>, "Blauer Montag": 1. & 3. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im „karoshi", Gießbergstr. 41–47, 34217 Kassel, www.fau.org/kassel
Lich ..... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz ..... Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg ..... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>
Memmingen ..... FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
München ..... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19h
Neustadt/W. ..... FAU Neustadt/Weinstraße, Tante-Emma-Laden, Stangenbrunnengasse 5, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>
Nürnberg ..... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>
Saarbrücken ..... FAU Saarbrücken, Postfach 10 10 04, 66010 Saarbrücken, <fausb@fau.org>
Stuttgart ..... FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Wiesbaden ..... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend & ASJ: <kontakt.jugend@fau.org>, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Hannover <reko-nord@fau.org> | West: Duisburg <reko-west@fau.org> | Ost: Magdeburg <reko-ost@fau.org>
Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: 0047 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern ..... FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
.. Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
.. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
.. ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
.. Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Ein Job wie jeder andere auch?

In den frühen '80er Jahren wurde Hydra e.V. mit dem Ziel ins Leben gerufen, für die Rechte von SexarbeiterInnen einzutreten.

Was als autonomer Zusammenschluss engagierter Frauen begann, wird heute mit öffentlichen Geldern finanziert. Zentrale Bereiche der Tätigkeit sind Gesundheitsprävention, psychosoziale Betreuung und Rechtsberatung. Die Frauen von Hydra waren u.a. an der Ausarbeitung der Prostitutionsgesetze beteiligt, die 2002 in Kraft traten und Prostitution als Dienstleistung regeln. Seitdem ist z.B. die Schaffung eines angemessenen Arbeitsumfelds für sexuelle Dienstleistungen möglich. Direkte Aktion sprach mit Marion Detlefs.

Ihr habt damals die Diskussion über Prostitution als Erwerbsarbeit mit angestoßen.

Ja, zu Beginn haben die Gründerinnen propagiert, Prostitution sei ein Job wie jeder andere. Aus heutiger Sicht muss diese Aussage differenzierter betrachtet werden. Als Sozialarbeiterin und Psychoanalytikerin begegne ich in meiner Arbeit Frauen, denen gegenüber ich eine solche Aussage als zynisch empfinden würde. Diese Frauen sind so verletzt und enttäuscht. Die im Verein aktiven Frauen sind natürlich sehr engagiert und haben ein sehr großes Selbstwertgefühl, auch in Bezug auf ihre Tätigkeit als Prostituierte. Das sind Widersprüche, mit denen wir umgehen müssen. Die Möglichkeit, hier genauer hinzuschauen, haben wir uns durch die frühere Diskussion erkämpft. Heute kann ich über die Schattenseiten der Prostitution sprechen, ohne zu riskieren, dass Prostitution im Allgemeinen gleich abgelehnt wird. Ich bin nicht pro Prostitution, ich bin aber pro Prostituierte.

Die seit 2002 geltenden Prostitutionsgesetze sind auch ein Verdienst der Aktivitäten der Frauen von Hydra. Was hat sich dadurch konkret verändert?

Ein zentraler Punkt ist der Wegfall des Paragrafen Zuhälterei aus dem Strafgesetzbuch. Prostitution wurde bis dahin geduldet. Verboten war es, Gelder aus Dienstleistungen Dritter zu ziehen. So funktionieren aber die Bordelle. Das sind häufig von einzelnen angemietete Wohnungen, die für die Prostituierten einen praktikablen Arbeitsort darstellen. Die BetreiberInnen kümmern sich um Miete, Telefon etc. Sie schalten vor allem auch die Werbung – und tragen damit einen Teil des finanziellen Risikos. Dafür zahlen die Frauen dann ein Drittel bis zur Hälfte der Einnahmen. Die Schaffung eines solchen Arbeitsumfeldes war früher ein Straftatbestand.

Es gibt Stimmen, die das Prostitutionsgesetz vor allem als Möglichkeit für den Staat sehen, auch etwas von diesem Umsatz abzubekommen.

Ja, aber das ist ein Irrglaube, der auch im Gewerbe irgendwie wabert. Die Frauen verkennen, dass sie auch vor Inkrafttreten der Prostitutionsgesetze steuerpflichtig waren. Die Tätigkeit galt als sittenwidrig, die Frauen hatten überhaupt keine Rechte, aber sie waren steuerpflichtig.



(CC): Steve Rhodes

Aktion zum Internationalen Tag gegen die Gewalt gegen SexarbeiterInnen am 17.12.2010 in San Francisco

Durch den Wegfall des Paragrafen Zuhälterei können prinzipiell sozialversicherungspflichtige Angestelltenverhältnisse eingegangen werden.

Mir ist keine einzige Frau bekannt, die als Prostituierte einen solchen Arbeitsvertrag hat. Es gab Versuche, Beispielverträge zu formulieren, dabei fehlt es aber an Ausführungsvorschriften. Wie kann ich als Betreiberin der Prostituierten vorschreiben, welche Praktiken sie anbieten muss, welche Männer sie bedienen muss? Da gibt es eine relativ starke Unsicherheit, was so ein Arbeitsvertrag enthalten soll. Hier zeigt sich, dass Prostitution eben kein Job wie jeder andere ist.

Die Prostituierten arbeiten also selbständig?

Ja. Sie zahlen Steuern und versichern sich selbst. Problematisch ist der Umstand, dass für die Steuererklärung der Name an die Bordellbetreiberin herausgegeben werden muss. Das macht die Frauen erpressbar. Dem kommt gut drei Jahren das Düsseldorfer Verfahren entgegen. Hier wird eine Vorabpauschale abgeführt. Durch ein Pseudonym im Dokumentationssystem bleiben die Frauen anonym.

Das Problem ist hier die Höhe der Vorabpauschale von 30 Euro pro Schicht. Das ist ein totaler Hammer, weil davon ausgegangen wird, dass die Frauen am Tag Nettoeinnahmen in Höhe von 120 Euro erzielen. Derzeitig liegt der Durchschnitt, nach Abzügen, aber bei 30 Euro pro Tag und Schicht.

Das ist extrem prekär.

Dass die Menschen immer weniger Geld zur Verfügung haben, wirkt sich sehr empfindlich auf das Prostitutionsgewerbe aus. So drehen die Freier jeden Cent zweimal um, andererseits steigen immer mehr Frauen in die Prostitution ein. Der immer kleiner werdende Kuchen muss auf immer mehr Frauen verteilt werden. Und das macht natürlich immens erpressbar. Zum einen in Bezug auf den Preis für die sexuelle Dienstleistung, hier entstehen dann solche menschenentwertende Angebote wie Happy Hour, 100% Leistung, 50% Preis, Quickie für 5 Euro. Ein enormes Problem wird hier zunehmend auch die Durchsetzbarkeit von Kondomen.

Gibt es Möglichkeiten, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken?

Gerade in Bezug auf die Lohnspirale haben wir wenig Wirkmacht. Zum Thema Durchsetzen von Kondomen haben wir eine Gesundheitsmappe entwickelt, leisten Aufklärungsarbeit, gehen mit Kondomen ausgestattet in die Bordelle.

Eine Prostituierte aus Sydney hat uns einmal sehr plastisch beschrieben, wie dort die Sexarbeiterinnen die Männer, bevor es zur sexuellen Dienstleistung kommt, untersuchen. Wir fanden das hier überhaupt nicht adaptierbar, viele Krankheiten und Infektionen sind äußerlich gar nicht sichtbar. Es erschien uns aber dennoch als ein respektvoller Umgang und ist ein Vorgang des Bewusstwerdens: Was lass ich da in mich eindringen?

Richtet sich die Aufklärungsarbeit ausschließlich an die Frauen?

Wir haben uns lange nur an Frauen gewendet. Dabei haben wir festgestellt, dass sie Kondome benutzen wollen, es aber nicht durchsetzen können. Es wurde die AG Gesunder Kunde ins Leben gerufen. Die Frauen gehen teilweise sehr öffentlichkeitswirksam mit Ganzkörperkondomen bekleidet zu Veranstaltungen, wo viele männliche Besucher erwartet werden. Die sind sehr interessiert und nehmen gerne das Informationsmaterial, natürlich nicht für sich selbst, sondern für Freunde und Bekannte.

Bei Ver.di arbeitet Emilija Mitrovic seit einigen Jahren zum „Arbeitsplatz Prostitution". Andere Initiativen, wie z.B. der Hurenverband S.E.X., haben nur kurze Zeit existiert. Was ist der Grund dafür, dass sich gerade autonome Strukturen so schnell wieder auflösen?

Mangelnde Kapazitäten – gerade in der Prostitution gibt es noch viel weniger Menschen, die sich aktiv zusammenschließen. Ein wichtiger Grund ist hier vermutlich ein sehr wirkmächtiger Spaltungsmechanismus von Job und Privatleben. Im Job passieren keine Gefühle und im Privatleben liebt man den Partner. Und auch die engagierten Frauen kommen da an ihre Grenzen. Die müssen ja nebenher auch noch Geld verdienen.

Häufig wird der Kampf gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel ins Feld geführt, wenn es darum geht, Gesetze wieder zu verschärfen. In diese Richtung geht auch eine Stellungnahme der Innenministerkonferenz.

Insgesamt erleben wir derzeitig eine rückläufige Bewegung. Immer wieder geht es darum, dem Thema Menschenhandel mehr Rechnung tragen, was ja auch sehr wichtig ist. Nur mündet das dann häufig im Ruf nach stärkeren Sanktionen und Strafen.

Interview: Linde Müller

Kolumne Durruti



Beginnen wir mit einer kleinen Geschichte aus dem wahren Leben. Mein Nachbar hat ein amtlich anerkanntes Rückenleiden, außerdem keinen Führerschein und einen 400-Euro-Job, zu dem er radeln oder mit dem Bus fahren kann. Und er hat eine Fallmanagerin bei der ARGE. Diese schickt ihm immer wieder Stellenangebote für Fahrer oder Bauarbeiter, mit dem Hinweis auf drohende ALG-Kürzungen, wenn er sich nicht bewürbe. Das regt meinen Nachbarn ziemlich auf. Doch nun zu etwas völlig anderem.

Der Rest der Welt regt sich derweil über Wikileaks auf, oder wahlweise über die USA und deren unerhört undiplomatischen Diplomaten, oder die kriminellen Cyberangriffe auf harmlose Wohltätigkeitsorganisationen wie Paypal und Mastercard. Wie fing das nochmal an? Da sind dummerweise ein paar zigtausend Dokumente durchgesickert, auf die unter dem Siegel strengster Vertraulichkeit eigentlich nur eine schlappe knappe Million Staatsbedienstete Zugriff hatte. Die Medien verfrühstückten erstmal hocherfreut Depeschen wie die, dass Dirk Niebel eine ziemlich schräge Wahl sei,Guido Westerwelle eitel und inkompetent oder Wladimir Putin autoritär. Freilich, etwa das gleiche steht auch in jedem dritten Zeitungskommentar. Und wer würde hierzulande Angela Merkel schon als risikofreudig und kreativ bezeichnen? Also, warum sollten amerikanische Botschaftsangestellte nicht zum gleichen Schluss kommen und das ihrer Regierung mitteilen? Dass sie es etwas flapsig rüberbringen mussten, ist auch klar, schließlich sollten es auch Intelligenzbolzen wie George Dabbelju wenigstens halbwegs verstehen. Nächster Medienreflex: Das gefährdet den Weltfrieden, also müssen harte Strafen her!

Mich erinnert das eher an den gescheiterten Prozess gegen „spickmich.de". Dort stellten SchülerInnen ihre Meinung über ihre LehrerInnen ins Netz. Gleiche Reaktion: Einige LehrerInnen wollten das sofort verbieten lassen, denn sowas gefährdet ja den Schulfrieden. Im ganzen Rest der vernetzten Welt ist es übrigens längst üblich, von irgendwem verfasste Meinungen über XYZ einfach gesammelt für den Rest der Welt vorzuhalten. Man kann Rezensionen beim Online-Buchhandel schreiben, in allen möglichen Foren Testberichte über alles Mögliche publizieren und bei einem bekannten Auktionsportal kann ich über Turbopowerseller hansi0815 ungefähr 83764mal „supermega schneller Versand :-)" oder so lesen. Erleichtert die Orientierung auf dem etwas unübersichtlichen Markt. Da könnte sich unser Staat doch eine Scheibe abschneiden. Wäre es nicht sehr deeskalierend, wenn unsere grünen BeschützerInnen auf Demos statt Nummern Bewertungen vorheriger Kunden am Revers trügen: „schlägt manchmal etwas hart zu", „ziemlich begriffsstutzig" oder „steht auf Bullenwitze"?

Was in der großen Welt doch eher als Lachnummer daherkommt, könnte im Kleinen also eine Wohltat sein. Auch für meinen Nachbarn. Vielleicht könnte Wikileaks mal was über seine Fallmanagerin herausbringen. Wenn da nun „ziemlich kreativ, aber völlig inkompetent" oder „Alphatier, aber beißt nicht" stünde, wäre er sicher beim nächsten Schrieb vom Amt gleich viel gelassener. Damit es sich jedeR merken kann, könnte man solche Bewertungen auch problemlos standardisieren und auf der Basis gängiger Farbsymbolik grafisch aufbereiten. Also vielleicht schwarz für Trantüten à la Merkel und Oettinger, gelb für Westentaschenwesterwellen, bundeswehrgrün für streb- und folgsame Emporkömmlinge wie zu Guttenberg, rot für Brutalos und Despoten wie Putin und braun für noch schlimmer als alle anderen?

Thorsten Mitha

Termine

Berlin

Fr. 14. Januar, 19.00 Uhr
(Neues) FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Disko: Sex Works
Über Prostitution in einer prekarisierten und globalisierten Arbeitswelt (siehe S. 1)

Fr. 21 Januar, 19.00 Uhr
(Neues) FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Film: „Live Nude Girls Unite!"
Doku über die gewerkschaftliche Organisierung von Stripperinnen in den USA

Fr. 4. Februar, 19.00 Uhr
(Neues) FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Info: FAU – wie funktioniert das?
Einführung für Neumitglieder und Interessierte

Freiburg

Fr. 14. Januar, 19.30 Uhr
Infoladen G19, Gartenstr. 19
Filmabend: Wohnen im Kapitalismus
Zwei Filme über Gentrifizierung in Deutschland und Gegenwehr

Hannover

Sa. & So., 15. & 16. Januar
UJZ Korn, Kornstr. 28-30
Workshop: Autonomie braucht Energie
Über libertäre Perspektiven einer zukünftigen Energieversorgung. Anmeldung unter: hannoverinfo@fau.org

Münster

Di. 18. Januar, 20.00 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Film: „Wir sitzen im Süden"
Doku über türkisch-deutsche Callcenter-AgentInnen

Di. 15. Februar, 20.00 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Disko: Arbeitsplatz CallCenter
Vortrag der Initiative „Telefonzelle" über gewerkschaftliche Perspektiven im Callcenter-Bereich

Weitere Termine auf www.direkteaktion.org

Bandwurm im Portemonnaie

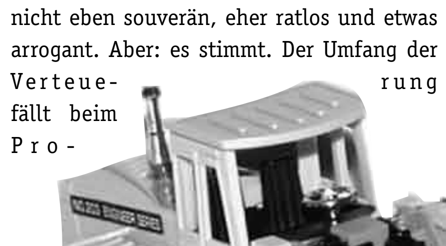
Öffentliche Bauvorhaben sind bekanntlich Fässer ohne Boden. Wie das Geld versickert und wer davon profitiert, zeigt das Beispiel Hamburg.

Die anhaltenden Proteste gegen Bauprojekte wie Stuttgart 21 oder die Hamburger Elbphilharmonie, der Skandal um den haarsträubenden Pfusch am Neubau der Kölner Stadtbahn, der den Einsturz des Stadtarchivs zur Folge hatte, aber auch die Tragödie bei der Love Parade in Duisburg, bei der 21 Menschen Opfer von Organisations- und Planungsfehlern wurden, haben den Blick verstärkt auf die öffentliche Projektwirtschaft gelenkt. Dabei wird nicht zuletzt deutlich, wie undurchsichtig die Gesamtheit von Projektplanung, Auftragsvergabe, Kostenkalkulation und Finanzierung derartiger öffentlicher Maßnahmen sich bisher gestaltete. Um zumindest eine Ahnung von den Gesetzen dieses Sumpfes zu bekommen, kann der Stadtstaat Hamburg als aufschlussreiches Lehrbeispiel dienen. Denn hier hatte erstmals ein Landesrechnungshof die öffentliche Projektwirtschaft genauer unter die Lupe genommen.

Das Gesetz der Kostenexplosion

In einem der letzten Fernsehinterviews, die Ole von Beust als Bürgermeister von Hamburg gab, reagierte er sichtlich gereizt. Warum denn der Bau des Prestigeobjekts Elbphilharmonie immer teurer werde, wollte der Reporter wissen, und man nun von Gesamtkosten von gut 500 Mio. Euro ausgehe, anstatt der ursprünglich genannten 186 Mio. Das sei doch ganz normal, zischte der CDU-Politiker zurück, öffentliche Bauprojekte würden nun mal immer teurer als geplant, das wisse doch jeder.

Zugegeben, von Beusts Antwort wirkte nicht eben souverän, eher ratlos und etwas arrogant. Aber: es stimmt. Der Umfang der Verteuerung fällt beim Projekt Elbphilharmonie vielleicht etwas groß aus, und selten zieht die Verteuerung eines öffentlichen Bauprojekts derart dramatische Konsequenzen nach sich wie die Haushaltskrise eines ganzen Bundeslandes, den Rücktritt des Regierungschefs und schließlich das Scheitern der Koalition. Doch es fällt auf, dass es der Normalfall zu sein scheint, dass alles, was die öffentliche Hand zu bauen in Auftrag gibt, am Ende deutlich mehr kostet als anfänglich gedacht. Und das nicht nur in Deutschland. Untersuchungen des Wirtschaftswissenschaftlers Werner Rothengatter u.a. zufolge wird ein öffentliches Bauprojekt im Durchschnitt 50% teurer als geplant – auf der ganzen Welt, wohlgemerkt. Jedes zweite Großprojekt koste gar an die 200% mehr als ursprünglich behauptet.



In den Büros der Ahnungslosen

Als sich die Verlegung des Busbahnhofs Hamburg-Bergedorf um bescheidene 100 Meter auf unglaubliche 44 Mio. Euro verteuerte – eine Kostenexplosion von satten 120% –, nahm dies der Hamburger Rechnungshof zum Anlass, die größeren Bauprojekte Hamburgs aus den zurückliegenden 20 Jahren zu überprüfen. Insgesamt lag die errechnete Differenz für diesen Zeitraum bei 300 Mio. Euro – die Elbphilharmonie noch nicht berücksichtigt. Nach gewissenhaftesten Recherchen und akribischen Analysen führte dies der Rechnungshof auf eine einfache Ursache zurück: Dilettantismus.

So wurde z.B. im Falle des Bergedorfer Busbahnhofs in die Kalkulation nicht mit eingerechnet, dass das „Empfangsgebäude" (ein besseres Wartehäuschen) abgerissen und neu gebaut werden muss, was schlappe acht Mio. Euro Mehrkosten verursachte. Das nimmt allerdings wenig Wunder, wenn man sich vor Augen hält, dass der Senat zwar fröhlich Aufträge an allerlei Firmen vergab, um Pflastersteine zu setzen, Straßenlaternen zu verkabeln und hübsche Markierungen für die Busse zu malen, aber niemanden damit beauftragte, das ganze Projekt auch zu leiten. So liefen über Jahre hinweg immer neue und immer teurere Rechnungen auf, ohne dass deswegen jemand stutzig wurde, denn im Grunde genommen war ja niemand dafür zuständig, die Rechnungen zu überprüfen. Um derartige Fehler in Zukunft zu vermeiden, empfiehlt der Sonderbericht „Kostenstabiles Bauen" des Rechnungshofs aus dem Jahr 2010, ordentlicher zu planen, Bauprojekte strukturierter zu organisieren und zusätzlich Personal einzustellen, das für die Bewältigung anfallender Probleme die nötige Kompetenz mitbringt – „Fachleute" genannt. Es obliege den politisch Verantwortlichen, die entsprechenden „strengeren Richtlinien" festzuklopfen.

Geschichten aus Schilda

Die vom Rechnungshof gezogenen Schlüsse wirken dermaßen trivial, dass es den Anschein hat, die Politik sei von blanker Inkompetenz geprägt. Andere irrwitzige Planungsfehler nähren diesen Eindruck, wie etwa 2004 der Höhenunterschied von 54 cm zwischen den beiden Teilen der Hochrheinbrücke, der der Tatsache geschuldet war, dass niemand beim Bau der Brücke zwischen Deutschland und der Schweiz bedachte, dass beide Länder unterschiedlich Normalnull berechnen (Deutschland nach Pegel Nordsee, die Schweiz jedoch nach Pegel Mittelmeer). Doch wenn dies in dem einen oder anderen Fall zutreffen mag und die weltweite Loge der Dummen auch in den Reihen der Politiker und Führungskräfte ihre Mitglieder haben mag, greift diese Erklärung doch zu kurz.

Nehmen wir zu Inkompetenz noch Verantwortungslosigkeit hinzu, und zwar in beiden Bedeutungen des Wortes, kommen wir der Sache schon etwas näher. Von der Planung bis zur Durchführung eines öffentlichen Projektes vergehen Jahre, bis zur Fertigstellung kann daraus ein Jahrzehnt geworden sein. In der Zwischenzeit fanden Wahlen statt, Regierungswechsel, Kabinettsumbildungen und Beförderungen, bis schließlich kaum noch Personen mit dem Projekt vertraut sind, die es einst angestoßen haben. Eine emotionale Bindung im Sinne eines Sichverantwortlich-Fühlens kommt so nur selten auf. Warum auch, faktisch ist man es ja auch nicht, jedenfalls nicht insgesamt und über den gesamten Zeitraum. Bedingungen, unter denen auch durchaus gebildeten und an sich vernunftbegabten Menschen so manche Nachlässigkeit leichter unterläuft.

Doch wenn der Rechnungshof wiederholt darauf hinweist, dass diese und jene Kosten, die nicht einkalkuliert wurden, von Anfang an offensichtlich gewesen wären, lässt sich daraus auch ganz anderes schließen: dass nämlich vorsätzlich mit stark untertriebenen Zahlen gearbeitet wurde. Mit solchen Methoden ließe sich so manches Projekt leichter durchsetzen.

Lukrative Stadtplanung

Für öffentliche Projekte steht eine verwirrende Vielzahl unterschiedlichster Fonds und Stiftungen zur Verfügung, die helfen, das städtische bzw. landeseigene Budget zu entlasten. Und aus denen wird sich eifrig bedient. Projekte zur Förderung der Stadtentwicklung etwa – eingerechnet milliardenschwerer Finanzfonds – existieren auf Landesebene, Bundesebene (z.B. „Soziale Stadt – Förderprogramm für Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf"), auf bilateraler Ebene, multinationaler Ebene, innerhalb der EU und zwischen EU-Staaten und Nichtmitgliedern (Förderung Nordseeraum), Programme der UNO und schließlich ein unüberschaubares Angebot privater und halbprivater Stiftungen, die Gelder bereitstellen, damit Städte und Regionen sich entsprechend zeitgenössischer kapitalistischer Vorstellungen gestalten lassen.

Auch wenn man sich einen längeren Zeitraum fast ausschließlich, ja sogar beruflich mit der Stadtentwicklung in Hamburg beschäftigt hat, gelingt es einem kaum, auch nur im Ansatz einen Überblick über diese Finanzierungsförderung zu erhalten. Man darf sogar bezweifeln, dass es überhaupt jemanden gibt, der das von sich behaupten kann. Sicher jedoch ist: Hier geht es um sehr, sehr viel Geld und ganze Personengruppen und Branchen, die davon profitieren. Und selbst dem Rechnungshof dürfte es schwerfallen, zu ermitteln, wann genau welche Summen wohin geflossen sind.

Unzweifelhaft zu identifizieren sind die Nutznießer öffentlicher Fehlkalkulationen. Neben einigen wenigen größeren Architekturbüros sind es die großen Baukonzerne, allen voran Hochtief, das seit den 1930ern an den meisten öffentlichen Großprojekten in Deutschland beteiligt war und im Falle der Elbphilharmonie sogar die Projektleitung ausübt.

Gentrifizierung 2.0

Die Neubausiedlung Steilshoop war bis in die 1990er hinein als sozialer Brennpunkt in Hamburg berüchtigt. Doch Hamburg wächst, und Steilshoop bietet konzentrierten Wohnraum in zentraler Lage. Martina Stahl, als Mitarbeiterin der Lawaetz-Stiftung im „Quartiersmanagement" für Steilshoop zuständig, erklärte auf die Frage nach den Zielen der dortigen Stadtteilentwicklung, dass eine „positive Gentrifizierung" (sic!) durchaus wünschenswert sei, da der Anteil sozial schwacher Quartiersbewohner zu hoch sei und man gut verdienende Familien hier „verstärkt ansiedeln" wolle. Als ein Projekt von zentraler Bedeutung wurde Steilshoop per Gesetz zum „Innovationsquartier", was bedeutet, dass private Grundeigentümer und Gewerbetreibende die Stadtteilentwicklung mitfinanzieren – und selbstredend auch mitbestimmen. Zu den größten Vermietern gehört die einst städtische, mittlerweile vollständig privatisierte GAGFAH, die unter den SteilshooperInnen den Ruf genießt, ihre Häuser von außen wie innen verfallen zu lassen.

Unmittelbar nachdem der Senat die Einrichtung des Innovationsquartiers Steilshoop beschloss, bot die GAGFAH ihren ca. 6.000 MieterInnen – überwiegend ALG-II-EmpfängerInnen – die Wohnungen zum Kauf an. Die Offerte, die 2014 endet, wenn auch das Innovationsprogramm abgeschlossen sein soll, wirkt regelrecht zynisch, darf die GAGFAH doch dank der schrittweisen Aufhebung der Sozialwohnungsbindung in Hamburg davon ausgehen, bis dahin weitestgehend mieterfrei zu sein. Bereits jetzt hat Steilshoop etwa 3.000 BewohnerInnen weniger als ursprünglich – ein Leerstand existiert offiziell jedoch nicht.

Bleiben wir in Steilshoop, wo es wirklich etwas zu entdecken gibt. Denn gleichzeitig ist es auch ein „Entwicklungsquartier", d.h. hier laufen parallel dutzende Fördermaßnahmen – von Jugendbetreuung bis zur Umbenennung von Straßen –, deren Finanzierung durch den oben angesprochenen Flickenteppich aus Förderfonds abgesichert wird. Hinzu kommt die Wiedereinführung der Straßenbahn von 2012–2014, die als emissionsarme ökologische Maßnahme zu zwei Dritteln aus Bundesmitteln gedeckt wird. Damit wäre Steilshoops größtes Manko, die unzureichende Verkehrsanbindung, aufgehoben. Ein Schelm wer da denkt, die Stadt würde bei Maßnahmen unter dem Label „Entwicklungsquartier" die Wünsche der privaten Investoren aus dem „Innovationsquartier" vernachlässigen. Für die Umgestaltung der zentralen Fußgängerachse wurden bereits 6,5 Mio. Euro bewilligt. Wie wir gesehen haben, dürfen wir nach „Hamburger Schule" tatsächlich von 20–25 Mio. Euro ausgehen. „Ganz normal", würde Ole von Beust urteilen, hätte man doch die zusätzlichen Steuergelder sinnvoll investiert, um aus einem Armeleute-Viertel ein wohlsituiertes Vorzeigeprojekt zu formen.

Matthias Seiffert

Zahlen, bitte!

Abgehängt: In Deutschland stieg der Bruttolohn in den letzten zehn Jahren um 22%. Im EU-Schnitt waren es 37%. Gleichzeitig stieg hierzulande der indirekte Lohn, die sog. „Lohnnebenkosten", nur um 9,5%, im EU-Schnitt dagegen um 38,5%.

Geprellt: Zudem sank die Kaufkraft der Lohnabhängigen (Lohnquote) seit 1990 von über 50% auf 39,4% im ersten Halbjahr 2010 (2009 noch 41,1%).

Ausgepresst: Während die Gewinn- und Kapitaleinkommen im ersten Halbjahr 2010 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2009 um satte 20% zulegten, stiegen die Lohneinkommen um mickrige 2%.

Gefoppt: Mit einer Inflationsrate von 1,5% im November (im Vgl. zum Vorjahr) ist selbst dieses kümmerliche Lohnplus egalisiert.

Abgezockt: In den letzten beiden Jahren sind die Verbraucherpreise für Strom um 8% gestiegen, obwohl der Einkaufspreis für die Stromkonzerne in derselben Zeit um 20% gesunken ist.

Gewachsen: Die FAU Berlin setzt ihren Aufschwung nun auch räumlich fort und erweitert mit dem Umzug in ein neues Gewerkschaftslokal ihre Arbeits- und Versammlungsfläche um 48,1%.

Nichts um viel Lärm

Die miserable Lage von Callcenter-Agents ist seit Jahren unverändert. Vielen gilt ein Mindestlohn als Lösung

9,50 Euro solle der gesetzliche Mindestlohn in Callcentern betragen, wenn es nach dem Deutschen Beamtenbund (dbb) geht. Ein entsprechender Antrag an den zuständigen Ausschuss des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wurde bereits im November 2009 gestellt. Möglich ist dieser Schritt in der Callcenter-Branche, weil sich die Unternehmen weigern, einen Arbeitgeberverband zu bilden. Dabei gibt es mehrere Unternehmensverbände, die aber nicht als Tarifpartner auftreten wollen. Bundesweit gibt es nur einen einzigen Tarifvertrag mit einem Callcenter, zwischen ver.di und Walter Services – der Bruttolohn liegt hier bei 7,50 Euro.

Gälte ein Mindestlohn für die gesamte Branche, könnten die Unternehmen guten Gewissens und ohne die Befürchtung, durch Dumpinglöhne der Konkurrenz unterboten zu werden, die Kosten an ihre Auftraggeber weiterreichen. Es gibt aber noch eine zweite Möglichkeit, die erhöhten Lohnkosten zu kompensieren: Durch höheren Leistungsdruck auf die ArbeiterInnen – also kürzere und mehr Anrufe bei mindestens gleichbleibender Qualität. Auch bei der Bildschirmpause, Rüstzeiten, Urlaubszeiten oder durch gesetzeswidrige Regelungen für den Toilettengang kann „gespart" werden. So hat das Hamburger Unternehmen D+S in seinen Callcentern den Stundenlohn vermeintlich um 25 Cent erhöht. Gleichzeitig wurden die Bildschirmpausen gekürzt, und wo bisher die frühere Ankunft zwecks Arbeitsvorbereitung bezahlt wurde, ist diese „Rüstzeit" gestrichen worden. Insgesamt wird fast eine halbe Stunde weniger Arbeitszeit an einem achtstündigen Arbeitstag gezahlt, rund vier Euro also. Das macht pro Tag und ArbeiterIn zwei Euro Gewinn für das Unternehmen.

Solche Aspekte lassen sich durch einen gesetzlichen Mindestlohn nicht regeln, sondern nur in der direkten Auseinandersetzung mit den Unternehmen. Diese aber scheuen die großen Gewerkschaften, denn der Organisationsgrad in den Callcentern liegt bei nur etwa fünf Prozent.

Die Lohnlüge der Regierung

Öl ins Feuer schüttete die Linkspartei fast ein Jahr nach dem dbb-Antrag mit einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung. Die Antwort der Regierung (Drucksache 17/3319) ist höchst aufschlussreich. Missstände sieht sie nicht – würden doch die Callcenter für Aufschwung und „sichere" Arbeitsplätze sorgen, wie sich auch an der Schaffung der neuen Ausbildungsberufe „Kaufmann/-frau für Dialogmarketing" und „Servicefachkraft für Dialogmarketing" zeige. Diese sind allerdings ein Witz, und sicherlich nicht für die AgentInnen am Telefon gedacht, sondern für jene, die immer noch glauben, in der Branche eine Aufstiegsmöglichkeit zu haben.

Bei den Löhnen sieht die Regierung keinen Handlungsbedarf, läge doch der Durchschnittslohn in den Callcentern bei 11,83 Euro und damit um 58 Cent höher als noch 2007. Das ist natürlich hanebüchener Unsinn: dumm, ging es D+S doch derzeit darum, möglichst schnell von der gefährdeten Börse zu verschwinden. Apax garantierte ein langfristiges Engagement. Die Gewinnmargen ließen für den Investor aber wohl doch zu wünschen übrig, so dass D+S sich nun von seiner gesamten Callcenter-Tochtergesellschaft (D+S communication center GmbH) trennen will. Kein Wunder, dass sich D+S-Vorstandsvorsitzender Gerold Linzbach laut DPVKOM-Magazin „gegenüber dem [...] geforderten Mindestlohn von 9,50 Euro" aufgeschlossen zeigt: In naher Zukunft werden ihn diese Löhne nicht mehr betreffen.



Der Autor bei der vergütungsorientierten Leistung.

In der höchsten Lohngruppe lagen die Löhne bereits 2007 über 25 Euro. Das sind die Löhne der GeschäftsführerInnen oder auch von ProjektmanagerInnen. In der niedrigsten Lohnstufe – bei den CallCenter-AgentInnen – sind die Löhne von 9,53 Euro auf 9,30 Euro gesunken. Und, das ist der zweite Trick, selbst diese Zahlen sind zu hoch gegriffen, denn die Regierung unterscheidet nicht zwischen Inhouse-Callcentern, die zu einem Betrieb gehören und die dort üblichen Löhne zahlen, und den eigenständigen Outhouse-Callcentern, die Aufträge einwerben und die eigentlichen Billigheimer sind.

Was die Regierung pflegt ist der Mythos der armen Branche, die in Sachen Lohn tut, was sie kann. Tatsächlich scheinen den Investoren die Gewinnmargen nicht hoch genug, denn ansonsten würden die Callcenter nicht immer wieder verkauft werden. Andererseits finden sich aber auch immer wieder Käufer, die auf die oben angedeutete Weise mehr Gewinn aus den Callcenter-AgentInnen pressen wollen.

So etwa das Private Equity-Unternehmen Apax, das zu Beginn der Krise 2008 die Mehrheit an D+S erwarb. Die Idee war nicht

Auch wenn eine Mindestlohnforderung an den Staat nun wirklich kein Königsweg ist, so liegt hier doch die Chance, die Dumpinglöhne in der Branche wenigstens zu thematisieren. Leider wird diese kaum ergriffen. Im Gegenteil: Bei den Betriebsratswahlen im Dezember 2010 bei D+S Münster fühlte sich eine ansonsten recht aufrührerisch auftretende Betriebsratsliste bemüßigt, gegen einen Mindestlohn zu argumentieren, da höhere Löhne den Standort gefährden würden! Auch ver.di fiel nichts besseres ein, als eine Individualisierung der sogenannten „leistungsorientierten Vergütung" zu fordern. Nicht nur, dass das datenschutzrechtlich höchst fragwürdig wäre, es wäre auch ein höchst unsolidarisches Prinzip. Gegen „leistungsorientierte Vergütung" hilft nur vergütungsorientierte Leistung: Wenn sie nur so tun, als würden sie uns bezahlen, tun wir nur so, als würden wir arbeiten.

Erik Dickmann, FAU Münsterland und telefonzelle Münster

Mangel oder Überfluss?

Der angebliche Fachkräftemangel scheint zwar politisch gewollt, aber wissenschaftlich umstritten.

Die deutsche Wirtschaft beklagt regelmäßig einen vermeintlichen Fachkräftemangel in Deutschland. So geben laut einer Umfrage des Ifo-Wirtschaftsforschungsinstitutes 40% der befragten Unternehmen an, unter einem Fachkräftemangel zu leiden, zwei Drittel fürchten dies bis 2015. Arbeitgeberpräsident Dieter Hund sieht den Fachkräftemangel laut *Spiegel* sogar „innerhalb einer Generation" auf fünf Millionen steigen. Insbesondere in technisch-naturwissenschaftlichen Berufen, wie etwa IngenieurInnen, gebe es zu wenige Arbeitskräfte.

In der Regierungskoalition werden Lösungen dafür diskutiert. So soll ein sogenanntes Punktesystem sol den Zuzug ausländischer Fachkräfte erleichtern, da man nicht „jeden Arbeitslosen zu einem hochqualifizierten Ingenieur weiterbilden" könne, so FDP-Generalsekretär Christian Lindner. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann, fordert ebenfalls ein solches System, um „arbeitsmarktorientierte Zuwanderung" zu vereinfachen. Ansonsten müssten aufgrund des Facharbeitermangels die Wochenarbeitszeiten auf bis zu 45 Stunden erhöht werden.

Unterdessen ist jedoch der Fachkräftemangel selbst umstritten. So sieht Karl Brenke in einer Mitte November erschienenen DIW-Studie in manchen „naturwissenschaftlich-technischen Berufen eher eine Fachkräfteschwemme" drohen. Darauf weise die trotz angeblichem Jobwunder in vielen Branchen immer noch unter Vorkrisenniveau befindliche Beschäftigung hin, in diesen Berufen sei der Lohnanstieg sehr gering ausgefallen und auch die Zahl an Erwerbslosen sei immer noch höher als vor der Krise. Zudem sei die „Zahl der Ingenieurstudenten [...] seit 2007 sprunghaft gestiegen", und zwar weit mehr als die Anzahl der Studierenden insgesamt. In zahlreichen Berufen gebe es fast ebenso viele Studierende wie Beschäftigte, was auch für die Zukunft nicht auf einen Fachkräftemangel schließen lasse. Die Studie, die so offensichtlich der Ansicht von DIW-Präsident Zimmermann widerspricht, erschien nach ihrer im Spiegel veröffentlichten Besprechung in einer abgeschwächten Version, angereichert mit einem Brenkes Fazit widersprechenden Kommentar von Zimmermann.

Es scheint einen politischen Willen zur Annahme eines Fachkräftemangels zu geben, der sich in den zu seiner Beseitigung diskutierten Maßnahmen zeigt. Die Schaffung einer „industriellen Reserve" durch ein Überangebot auf dem Arbeitsmarkt schwächt die Verhandlungsposition der ArbeiterInnen in Tarifkonflikten. Zudem können sich die Unternehmen durch die Anwerbung ausländischer Fachkräfte um ihre Verantwortung in der Ausbildung drücken; auch für Brenke „bleibt die Vermutung, dass die Unternehmen nur derzeit nicht mehr ausbilden, weil sie dies wegen eines ausreichenden Fachkräfteangebotes nicht müssen". Allerdings ist Deutschland momentan aufgrund niedriger Löhne in bestimmten Branchen eher Aus- als Einwanderungsland für Fachkräfte. Ob ein Punktesystem das ändert, ist fraglich.

Sebastian Frei

§§§-Dschungel

Zeitarbeitsfirmen zur Kasse bitten

Ungefähr ein Drittel aller ZeitarbeiterInnen hat ab sofort die Möglichkeit, vom Arbeitgeber deftige Lohnnachzahlungen zu fordern. Das Bundesarbeitsgericht hat in einer Entscheidung vom 14.12.2010 (Az: 1 ABR 19/10) die Tariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) abgelehnt. Die Entscheidung hat für bis zu 280.000 ZeitarbeiterInnen die positive Folge, dass sie nun noch rückwirkend für die letzten drei Jahre einen höheren Lohnanspruch geltend machen können! Die meisten sollten aber schnell handeln, um nicht am Ende leer auszugehen.

Worum geht es?

Seit dem Jahr 2004 verpflichtet das Gesetz die Zeitarbeitsfirmen, Leiharbeitnehmer zu denselben Arbeitsbedingungen zu beschäftigen, die für die Stammbelegschaft im Entleihbetrieb gelten. Insbesondere ist LeiharbeiterInnen derselbe Lohn zu zahlen. Leider sieht das Gesetz aber eine Ausnahme von dieser Regel vor, nämlich wenn die Zeitarbeitsfirmen eigene Tarifverträge für ihre Leiharbeitnehmer vereinbart haben. Das heißt im Klartext, dass die Zeitarbeitsfirmen ihr Interesse an Niedriglöhnen trotz des gesetzlichen Gleichbehandlungsprinzip legal durchsetzen können. Alles was sie dafür benötigen, ist eine Gewerkschaft, die entsprechende arbeitnehmerfeindliche Tarifverträge abschließt. Hier hat sich ihnen bisher die CGZP angeboten: Als angebliche Arbeitnehmervertreterin schloss sie in den letzten Jahren regelrechte „Arbeitgeberwunschverträge" ab und öffnete dadurch dem Lohndumping in der Branche Tür und Tor.

Das Bundesarbeitsgericht hat nun entschieden, dass die CGZP nicht tariffähig ist, alle mit ihr geschlossenen Tarifverträge waren deshalb von Anfang an unwirksam. Zeitarbeitsfirmen, die in ihren Arbeitsverträgen mit der CGZP geschlossene Tarifverträge für anwendbar erklärten, hatten also *keinen* wirksamen Tarifvertrag vereinbart. Das bedeutet, dass auf diese Fälle die gesetzliche Regelung Anwendung findet. Die ArbeitnehmerInnen haben einen Anspruch auf Nachzahlung der Lohndifferenz zwischen dem gezahlten Lohn und dem Lohn der vergleichbaren Stammbelegschaft im Entleihbetrieb.

Bin ich von dem Urteil betroffen und habe ich einen Nachzahlungsanspruch?

Wenn du die beiden Punkte auf dich zutreffen, hast du höchstwahrscheinlich einen Nachzahlungsanspruch:

1. Du hast zwischen 2008 und heute für eine Zeitarbeitsfirma gearbeitet bzw. arbeitest noch für diese.
2. Du wurdest bzw. wirst nach einem Tarifvertrag mit der CGZP bezahlt. Die entsprechende Formulierung im Arbeitsvertrag lautet dann zum Beispiel: „Der Tarifvertrag zwischen der AMP (oder auch BvD oder Mercedarius) und der CGZP findet auf das Arbeitsverhältnis Anwendung."

Aber Vorsicht! Eine Einschränkung des Anspruchs gilt, wenn du ergänzend zu dem niedrigen Zeitarbeitslohn noch Hartz IV-Leistungen bezogen hast. In diesem Fall steht der Anspruch zunächst in Höhe der geleisteten Zahlungen der ARGE zu. Einen eventuell noch übersteigenden Nachzahlungsbetrag kannst du aber auch hier selbst einfordern.

Was muss ich tun, um die Nachzahlung zu erhalten?

Eigentlich müssten die Zeitarbeitsfirmen von sich aus die Nachzahlungen berechnen und auszahlen. Da damit praktisch aber nicht zu rechnen ist, musst du als Betroffene/r selbst aktiv werden und den ausstehenden Lohn einklagen. In der Mehrzahl der Fälle wirst du gar nicht wissen, wieviel deine KollegInnen im Entleiherbetrieb verdient haben. Um dies herauszufinden, kannst du einen Auskunftsanspruch gegen jede Firma geltend machen, an die du „verliehen" wurdest.

Muss ich Fristen beachten?

Normalerweise sehen Tarifverträge sogenannte Ausschlussfristen vor, innerhalb derer man Lohnansprüche geltend machen muss. Diese gelten hier aber nicht, da die Tarifverträge nach der BAG-Entscheidung nicht wirksam sind.

Die Nachzahlungsansprüche verjähren deshalb entsprechend der gesetzlichen Regelung drei Jahre nach Jahresende des Jahres, in dem sie entstanden sind. Falls du also einen Nachzahlungsanspruch aus dem Jahr 2008 haben solltest, musst du bzw. dein Anwalt diesen bis zum 31.12.2011 einklagen.

Wenn in deinem Entleihbetrieb für die Stammbelegschaft auch Ausschlussfristen gelten, ist es umstritten, ob diese auch auf dich Anwendung finden. Diese Frage wurde aber noch nicht vom Bundesarbeitsgericht entschieden und es sprechen gewichtige Gründe gegen eine Anwendung dieser Ausschlussfristen auf deinen Arbeitsvertrag.

Du solltest aber trotzdem so schnell wie möglich reagieren. Denn aufgrund der hohen Rückzahlungsforderungen besteht in Zukunft vor allem bei den kleineren und mittleren der 1.600 betroffenen Zeitarbeitsfirmen ein sehr hohes Insolvenzrisiko. Auch ist zu befürchten, dass Gesellschaften in Zukunft einfach aufgelöst werden und versucht wird, Vermögen beiseite zu schaffen. Es kommt also darauf an, dass du deine Ansprüche rechtzeitig sicherst, unter Umständen auch durch ein gerichtliches Arrestverfahren.

Welche Kosten entstehen mir durch die Klage?

Im arbeitsgerichtlichen Verfahren trägt jede Seite ihre eigenen Rechtsanwaltskosten, die Seite die verliert, muss zusätzlich die Gerichtskosten zahlen. Wichtig zu wissen ist, dass die Gerichtskosten nicht anfallen, wenn man die Klage noch vor einer Gerichtsentscheidung zurücknimmt. Genauso ist es möglich, die Klage später noch auf einen geringeren Betrag zu beschränken und damit die Gerichtskosten zu senken.

Was bringt die Zukunft?

Der Arbeitgeberverband AMP versuchte schon im Frühling 2010 vorzusorgen und schloss einen neuen Tarifvertrag, der bereits rückwirkend ab dem 01.01.2010 gelten soll. Ob dieser Vertrag wirksam ist, wird wohl wieder das Bundesarbeitsgericht zu entscheiden haben. Es sprechen gute Gründe dagegen.

Dirk Feiertag, Rechtsanwalt, Leipzig

Asse, Teil 1: Radioaktive Flüssigkeit verdoppelt

Innerhalb von nur einem Jahr hat sich die radioaktive Flüssigkeit im ehemaligen Salzstock Asse verdoppelt. Das ist das Ergebnis aktueller Messungen durch das Bundesamt für Strahlenschutz. BfS-Sprecher Werner Nording gab an, die Menge an kontaminierter Flüssigkeit habe sich in dem Zeitraum von vier auf acht Liter pro Tag erhöht, die Konzentration von radioaktivem Cäsium sei von 2,4 auf 4,3 Kilobecquerel pro Liter angestiegen. Das Hauptproblem liege aber darin, dass angenommen werden muss, dass mehrere Kammern mit Atommüll inzwischen nass seien und die Nässe die eingelagerten Fässer angegriffen habe. Dies würde nicht zuletzt das Bergungskonzept des BfS in Frage stellen. Das BfS hatte angekündigt, die rund 126.000 Fässer mit radioaktiven Abfall aus der einsturzbedrohten Asse zu bergen. (AL)

Asse, Teil 2: Erhöhte Leukämieerkrankungen

Messungen zufolge sind in den letzten 7 Jahren dreimal so viele Fälle von Leukämie bei Frauen und doppelt so viele bei Männern gegenüber dem Landesdurchschnitt im direkten Umfeld des Atomlagers Asse aufgetreten. Das hatte das NDR-Magazin „Hallo Niedersachsen" berichtet und wurde durch das niedersächsische Sozialministerium bestätigt. Bereits im September war bekannt geworden, dass das Atommülllager wesentlich stärker strahlt als bisher angenommen. Das legt ein aktueller Inventarbericht nahe, nachdem etwa zehnmal so viel mittelradioaktiver Müll in der Asse eingelagert wurde, als bisher öffentlich angegeben wurde.

Derweil bestreitet das Bundesumweltministerium einen Zusammenhang zwischen der Krebshäufung und dem Atommülllager Asse. (AL)

Militärische Rohstoffsicherung

Guttenberg und Köhler bestätigen ökonomisch motivierte Kriege

Die Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen sind ohne Zweifel unter militärischen und globalstrategischen Gesichtspunkten zu betrachten", so Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg



Die Bundeswehr wirbt auf Messen – hier im Frühjar 2010 in Kassel – um Zustimmung für ihre Rohstoffkriege.

(CSU) Anfang November in seiner Eröffnungsrede der „Berliner Sicherheitskonferenz", der deutschlandweit größten Konferenz zur europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der frühere Bundespräsident Horst Köhler hatte wegen einer vergleichbaren Äußerung noch herbe Kritik einstecken müssen, in deren Folge er zurücktrat. Kritik an der Aussage zu Guttenberg wird hingegen kaum von den Medien aufgenommen. Warum auch? Die militärische Rohstoffsicherung wurde bereits 1992 vom damaligen Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien" festgeschrieben: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung" gehören zu den vitalen Sicherheitsinteressen Deutschlands, heißt es in den Richtlinien. Im aktuellen strategischen Konzept der Bundeswehr, dem „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006" heißt es ebenfalls: „Deutschland hat aufgrund seiner immer engeren Verflechtung in der Weltwirtschaft besonderes Interesse an internationaler Stabilität und ungehindertem Warenaustausch. Wie viele andere Länder ist es in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig [...]. Verwerfungen im internationalen Beziehungsgefüge, Störungen der Rohstoff- und Warenströme, beispielsweise durch zunehmende Piraterie, und Störungen der weltweiten Kommunikation bleiben in einer interdependenten Welt nicht ohne Auswirkungen auf nationale Volkswirtschaft, Wohlstand und sozialen Frieden."

Warum gab es bei Köhler also einen solchen Aufschrei und bei zu Guttenberg nicht? Es liegt wohl vor allem daran, dass die militärische Rohstoffsicherung zwar schon lange in den Konzepten der Bundeswehr steht, diese bisher aber nie als offizieller Grund für Militärinterventionen eingebracht wurde – offiziell ging es immer nur um humanitäre Hilfe, den Kampf gegen Piraterie oder höchstens noch um den allgemeinen Kampf gegen den Terror. Horst Köhler sprach den wahren Grund für viele heutige Bundeswehr-Auslandseinsätze aus und schockte die deutsche Gesellschaft. Nachdem sich Köhler nahezu „geopfert" hat, ist nun Medienstar zu Guttenberg an der Reihe, die deutsche Bevölkerung an die deutsche Wirtschaftskriegsführung zu gewöhnen – und das sehr erfolgreich.

Wer der Bundesrepublik seine Rohstoffe nicht geben will oder den Zugang zu Rohstoffen erschwert, muss damit rechnen militärisch angegangen zu werden. Dies wurde sogar bereits praktiziert: Im Dezember 2008 startete am Horn von Afrika die EU-Militärmission „Atalanta" unter deutscher Beteiligung. Das Militär soll dort (somalische) Piraten daran, hindern (westliche) Schiffe zu kapern – der Handelsweg soll sicher gemacht werden. Das Problem liegt aber woanders und die Piraten sind nur ein Symptom: Seit Jahrzehnten plündern große Fischtrawler das Meer vor Somalia. Die Trawler kommen aus den USA, der EU und auch China und werden teilweise sogar von den Staaten subventioniert. Zudem wurde die Meeresregion durch die großen Schiffe stark verschmutzt, was den Fischbestand ebenfalls verringerte. Die einheimischen Küstenfischer konnten mit den High-Tech-Trawlern nicht mithalten und fingen immer weniger Fisch. Dies ging so weit, bis sie sich und ihre Familien nicht mehr ernähren konnten. So suchten sie einen anderen Weg der Geldbeschaffung und wurden in die Piraterie gedrängt. Die Militärmission „Atalanta" bekämpft also nur ein selbst provoziertes Symptom der (besonders westlichen) Politik. Die Kriegsführung um Rohstoffquellen und Handelswege zementiert die Ungleichheit zwischen reichen und armen Nationen.

Michael Schulze von Glaßer

Willkommen in der Mitte!

Ein Kommentar von Sebastien Nekyia



Im Oktober erschien die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte in der Krise", welche die steigende Zustimmung zu rechten Positionen in der breiten Bevölkerung erneut offenlegte. Soweit, so bekannt. Die Studie bietet aber mehr als bloß Zahlen, die die Medien zumeist oberflächlich aufgreifen. Trotz der Verwendung des schwierigen „(Rechts-)Extremismusbegriffs", findet zu Anfang der Studie immerhin eine angemessene Auseinandersetzung mit dieser Begrifflichkeit statt. Auch überzeugt die Studie durch theoretische Hintergründe, zieht den „autoritären Charakter" und Faschismusanalysen heran. Für die staatlich forcierte, unwissenschaftliche Extremismustheorie von Backes, Jesse, VS und Co. bedeutet die Studie eine gehörige Klatsche. Zu sehr sind diese darum bemüht, eine brave Mitte und böse Ränder zu konstruieren.

Bereits in den 1950er-Jahren hatte der Soziologe Seymour Martin Lipset mit seiner Theorie des „Extremismus der Mitte" weitreichende Erklärungsmuster für den Aufstieg des Nationalsozialismus liefern können. Eben gerade in der „Mitte" der Gesellschaft bestehe der Nährboden für faschistische, xenophobe und nationalistische Tendenzen. Die aktuelle Studie zeichnet wiederholt ein ernüchterndes Bild: Soziale Deprivation, der immanente autoritäre Charakter in der Gesellschaft und eigene Angstkompensationen – in Zeiten der Krise sind die Menschen anfälliger denn je für rechtes Gedankengut.

Ein extremer Eugeniker wie Thilo Sarrazin schreibt einen Bestseller. Laut einer Emnid-Umfrage würde jeder 5. Deutsche seine Partei wählen, wenn er doch nur rechts von der SPD eine gründen würde. Und dennoch folgt dem großen Schock der demokratischen Mitte in kürzester Zeit wieder die Geschichtsvergessenheit. Typisch deutsch? Knapp einen Monat später schrieb im Übrigen ein SPD-Bürgermeister aus Krauschwitz in Sachsen-Anhalt, das ein NPD-Parteitag „beinahe so aussähe, wie ein SPD-Parteitag". Na, da kann man doch sagen: Willkommen in der Mitte!



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Datenschutz-Verletzung kein Einzelfall

Anscheinend betrachten viele Unternehmensleitungen Datenschutz-Verletzungen zulasten ihrer Beschäftigten als Kavaliersdelikt. Einer repräsentativen Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der gewerkschaftsnahen Böckler-Stiftung zufolge, verstieß zwischen 2006 und 2009 jedes 7. Privatunternehmen gegen datenrechtliche Vorschriften. Zumeist sind einzelne Personen oder kleinere Gruppen betroffen, aber in 20% der Fälle ist die gesamte Belegschaft im Visier. Die Dunkelziffer dürfte höher liegen, denn es wurden nur Privatfirmen, und nur solche mit Betriebsrat, untersucht; zudem erhalten Betriebsratsmitglieder nicht von jedem Verstoß Kenntnis.

Tendenziell, so die Forscher, steige die Wahrscheinlichkeit derartiger Rechtsverstöße mit der Betriebsgröße: eine Folge „abstrakter, datenförmiger Durchdringung des Betriebs". Ein Zusammenhang wurde auch festgestellt zwischen Datenschutzproblemen und betrieblichen Krisen- und Konfliktsituationen – welcher Faktor ursächlich sei, bliebe unklar. Denkbar sei einerseits, dass Konflikte das Problembewusstsein schärfen, andererseits könnten die Verstöße auch ein Kampfmittel des Managements sein. (AE)

Innenminister drängen auf Vorratsdatenspeicherung

Die Innenminister von Bund und Ländern drängen auf die Wiedereinführung der Vorratsspeicherung von Telefon- und Internetdaten für sechs Monate. Innenminister Thomas de Maizière machte sich dabei der jüngsten Terrorwarnungen in Deutschland zunutze, um Druck auf das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe auszuüben. Dieses hatte erst im März 2010 die bis dahin praktizierte Vorratsdatenspeicherung als rechtlich nicht zulässig untersagt.

Auch dem aktuellen Vorstoß durch de Maizière und Co. erteilte das Gericht eine Absage. Man wolle abwarten, was mit der EU-Richtlinie geschieht, nach der die Daten gespeichert werden müssen, so die Karlsruher RichterInnen. Die Gesetzesinitiative der Innenminister sei reiner „Aktionismus". (AL)

Der Staat hört öfter mit

Im Jahr 2009 hat, wie eine neue Statistik des Bundesamtes für Justiz offenlegt, die Telekommunikationsüberwachung in der BRD zugenommen. Insgesamt seien 20.358 Anschlüsse abgehört worden. Dies stellt eine Zunahme von 24 Prozent im Vergleich zum Vorjahr dar, in dem weniger als 16.500 Anschlüsse abgehört wurden. Neben diesen Genehmigungen erteilten die RichterInnen weitere 15.707 Genehmigungen zur Erfassung von sogenannten Verkehrsdaten wie etwa der Standorte von Mobiltelefonen (2008: 13.426). Meistens soll es sich um Fälle von Drogenverfahren handeln, gefolgt von Raub und Erpressung sowie Bandendiebstahl.

Die Genauigkeit der aus Telefonüberwachung gewonnen Daten ist allerdings zweifelhaft, wie ein aktueller Banden-Prozess in Waldshut (Baden-Württemberg) zeigt. In diesem Prozess wegen Schmuggels und Handels mit Betäubungsmitteln musste der Richter protokollarisch festhalten, dass im Verfahren verschiedene Versionen von Telefonüberwachungsprotokollen vorgelegt wurden, die in mehreren Punkten voneinander abweichen. Die Staatsanwaltschaft spricht von einer Nachbearbeitung. Zudem zweifelt die Verteidigung die Qualität und Aussagekraft der Protokollübersetzungen an. (HM)

Drohneneinsatz bei Castorprotesten

Dass die Polizei Videoaufzeichnungen von Demonstrationen machen, ist bekannt, wenn auch nicht immer rechtens (*DA* berichtete). Offiziellen Angaben zufolge, verfolgt dies den Zweck der Luftaufklärung, Einsatzführung, Beweissicherung und Dokumentation.

Verstärkung bekommt die Polizei zukünftig durch einen unbemannten Mini-Hubschrauber.

Wie unmittelbar nach den Castorprotesten im November bekannt geworden ist, kam es dort bereits zum ersten „echten Einsatz" der Polizei-Drohne, wie es Ministeriumssprecher Klaus Engemann formulierte. Die Drohne verfügt über eine Tageslichtkamera und eine Dämmerungskamera. Bilder können in Echtzeit an die Bodenstationen vor Ort übertragen und aufgezeichnet werden. Durch Vergrößerung lassen sich so auch Porträtaufnahmen anfertigen, was rechtlich heikel ist, insofern keine konkreten Hinweise auf Straftaten vorliegen. Ebenfalls rechtlich bedenklich ist das durch Drohneneinsätze kaum zu verhindernde Filmen in Wohnhäuser, was ein empfindliches Eindringen in die Privatsphäre der Betroffenen bedeutet.

Das Innenministerium in Hannover verteidigte den Drohneneinsatz hingegen als rechtmäßig. (AL)

HSH Nordbank: ...Pack schlägt sich

Die landeseigene Bank im Norden, HSH Nord, konnte in den letzten Monaten der medialen Aufmerksamkeit sicher sein. Unter anderem soll sie mittels Werkvertrag mit der „Sicherheitsfirma" Prevent AG eine Art unternehmenseigenen Geheimdienst unterhalten haben (*DA* berichtete).

Nun verklagt Prevent die HSH Nord, wie die *Süddeutsche* berichtete, auf Erstattung nicht beglichener Kosten von 800.000 Euro. Die Bank selbst erstattete Anzeige, gegen Unbekannt, wegen Untreue und Bestechung. Hintergrund ist der Verdacht, dass die privaten Schlapphüte die türkische Justiz bestochen haben, um der HSH Nord im Rechtsstreit mit einer dortigen Reederei zu unterstützen – und der Bankvorstand soll davon gewusst haben. Die *Süddeutsche* zitierte einen schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten mit den Worten: „Man kann langsam den Eindruck gewinnen, es war eine kriminelle Vereinigung am Werk." (AE)

Leiharbeit abschaffen!



BAG: CGZP nicht tariffähig

Am 14. Dez. sprach das Bundesarbeitsgericht der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalagenturen die Tariffähigkeit ab. Folglich können sie von nun an keine Tarifverträge mehr abschließen. Das Gericht machte bislang keine expliziten Angaben dazu, ob die CGZP in der Vergangenheit tariffähig war, nach Einschätzung von JuristInnen ist dies aber unwahrscheinlich. Die christlichen „Gewerkschaften" haben dafür bereits vorgesorgt und rückwirkend zum 1. Jan. 2010 neue Gefälligkeitstarifverträge geschlossen, die ihrer Einschätzung nach nicht von der Entscheidung des BAG betroffen sein sollen. Aber auch das ist bislang nicht entschieden. (Siehe auch den §§§-Dschungel auf S. 5)

Debatte über Mindestlöhne in der Leiharbeit

Die Regierungsparteien diskutieren vor dem Inkrafttreten der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die neuen EU-Mitgliedstaaten ab dem 1. Mai über die Einführung eines Mindestlohnes für Leiharbeit. Sowohl Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen als auch andere CDU-PolitikerInnen und Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt, der sich wegen einer „Diskreditierung" des „unverzichtbaren Instruments Zeitarbeit" sorgt, haben sich für einen Mindestlohn in der Zeitarbeit ausgesprochen. Bislang widerspricht lediglich die FDP diesen Plänen, hat aber auch schon Gesprächsbereitschaft signalisiert. Von Seiten der VerfechterInnen des – wahrscheinlich auf niedrigem Niveau angesetzten – Mindestlohns wird insbes. angeführt, dass z.B. in Polen oder Tschechien zu dortigen Konditionen angestellte ZeitarbeiterInnen die ab 1. Mai geltende Mindestlohnvereinbarung von 7,79 Euro (West) bzw. 6,89 Euro (Ost) unterbieten könnten. Tatsächlich arbeiten, Medienberichten zufolge, bereits zahlreiche deutsche Zeitarbeitsfirmen an der Gründung von Filialen in Osteuropa. Selbst wenn ein Mindestlohn für die Zeitarbeit in Deutschland zustande kommt, sind die Steuern und Abgaben in Polen niedriger als in der BRD.

Hessen: Zeitarbeit an Schulen

Die hessische Bildungsministerin Dorothea Henzler (FDP) will ab Aug. 2011 ZeitarbeiterInnen als LehrerInnen an Schulen einsetzen. Dazu sollen Letztere Verträge mit Zeitarbeitsfirmen abschließen dürfen. SPD, Grüne, Linke und Schülervertretungen protestierten gegen den Gesetzesentwurf. Laut *Frankfurter Rundschau* unterrichten jedoch bereits heute Studierende, vermittelt durch eine Zeitarbeitsfirma, als „Vertretungen" an hessischen Schulen, obwohl sie über keinen zum Lehramt befähigenden Abschluss verfügen. Auch in Berlin arbeiten Studierende ohne pädagogische Qualifikationen als AushilfslehrerInnen an öffentlichen Schulen.

„Alle Komparsen auf Anfang"

Arbeitsbedingungen von KleindarstellerInnen und Komparsen in der Filmindustrie | Teil I

Die Arbeit als KleindarstellerIn oder Komparse kann ein netter Nebenverdienst sein. Zehntausende sind in Agenturen eingeschrieben, welche sie dann an Produktionen weitervermitteln. Viele hoffen illusorisch auf ihren Durchbruch, andere wollen sich zu Hartz IV das erlaubte bisschen hinzuverdienen oder die Rente aufstocken. Wieder andere machen dies neben dem Studium lieber als zu kellnern. Doch alledem ist gleich: Man ist prekärer Tagelöhner, und sollte nicht allzu wählerisch sein. Der Filmbereich ist, wie die Kulturbranche insgesamt, von prekären Arbeitsbedingungen durchzogen. Gerade im darstellerischen Bereich sind die Bedingungen, zu denen man arbeitet, meist nebulös und intransparent geregelt. Die Tätigkeit als solche ist selten als regulär zu bezeichnen.

Während die Bedingungen für KleindarstellerInnen erwartungsgemäß weder rosig sind noch besser werden, beklagen mittlerweile sogar SchauspielerInnen vermehrt die schlechter werdenden Konditionen. So klagt der Bundesverband der Film- und Fernsehschauspieler (BFFS) über aufkommende „Dumpinglöhne" und immer niedrigere Gagen – und hat deswegen eigens eine Kampagne initiiert. Die Gagen der SchauspielerInnen liegen zwar noch bei stolzen 300 bis 350 Euro am Tag, jedoch seien Vorbereitung und Nachbereitung, Pressearbeit und Ähnliches unbezahlte Tätigkeiten und die Abzüge noch nicht inbegriffen. Ebenso haben SchauspielerInnen generell nur temporäre Arbeitsverhältnisse und keine Einkommensgarantien in Form permanenter Filmarbeit. Während SchauspielerInnen also mit dem Risiko ihres Berufes leben müssen und dabei ausgesprochen gut oder ausgesprochen schlecht wegkommen, so bleibt Komparserie ein Berufsfeld, das zur Nebentätigkeit prädestiniert ist.

Das Profil

Filme und Serien werden am laufenden Band produziert. Hinter dem oftmals so hellen Schein eines Filmdrehs verbirgt sich knallhartes Workflair, bei dem v.a. die Akteure hinter der Kamera und die Komparsen industriell zu funktionieren haben. Vielen sollte schnell klar werden, was sie sind am Drehort – ein Rädchen im Produktionsprozess. Komparsen sind per Definition „Film- und Fernsehschaffende, deren darstellerische Mitwirkung die filmische Handlung nicht wesentlich trägt und die ihr kein eigenpersönliches Gepräge gibt". Vermittelt über Agenturen, aber unverbindlich in der Auftragsannahme, bewegen sich KleindarstellerInnen und Komparsen zwischen Tagelöhnertum und Selbstständigkeit. Die Stimmung am Set bewegt sich auf einer dünnen Linie zwischen Familienbande und Kastensystem. Auch der Umgang mit Komparsen variiert unter den jeweiligen Bedingungen der Produktion und kann vom respektvollen Umgang bis zum Rumkommandieren reichen. Auf welcher Stufe man in der Hierarchie am Set steht, daran aber wird stets kein Zweifel gelassen.



Gerade bei Serienproduktionen ist die Segregation der Hierarchien besonders spürbar. Komparsen stehen nur mickrige Ruheräume zur Verfügung, sie haben oftmals keine Verpflegung außer Getränken und kennen ständige Wartezeiten, in denen man auf Abruf bereit sein muss, ohne besonders integriert zu sein. Für die Filmteams bedeutet das permanente Fluktuation, für die Komparsen permanente Flexibilität, und zwar nicht im Sinne der Darstellung, sondern der zeitlichen Einsetzbarkeit. Hinzu kommen Anonymität und Vereinzelung aufgrund der ständig neu zusammen gewürfelten Komparsen-"Belegschaft".

Nun ist dieser Ablauf der meist unumgängliche Alltag eines Filmdrehs. Die Komparsen kriegen oft nur das klarer zu spüren, was auf allen lastet: Stress, Zeitdruck und zu geringe Budgets. Doch entscheidend ist die Eigen- und Fremdwahrnehmung der Komparsen und KleindarstellerInnen. Denn trotz allem sind sie ein ebenso unverzichtbarer Bestandteil des Produkts „Film" und sollten ihre Rolle als MedienarbeiterInnen realisieren. Gerade deren häufig naive und verklärende Herangehensweise und damit die geringe Reflexion des Berufsstandes machen das immer weitergehende Drücken von Gagen und Zuschlägen – aber auch deren Intransparenz – erst möglich.

Sebastien Nekyia

Mit der Erosion der Gagen, der problematische Stellung von Komparsen im Arbeitsablauf, der Verteilungsfrage und Handlungsoptionen beschäftigt sich der nächste Teil in der kommenden DA.

Tellerwäscher wehrt sich

FAU Frankfurt vertritt Genossen vor Gericht

Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch wahren. Das gilt auch, wenn eine kollektive Aktion nicht möglich ist. So zog die FAU Frankfurt im November 2010 vor das Arbeitsgericht. Es ging um zwei Kündigungen, bezahlten Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Zunächst war dem auf 400-Euro-Basis als Tellerwäscher beschäftigten FAU-Mitglied und dem gesamten Restaurantpersonal aufgrund einer „Betriebsauflösung" gekündigt worden. Nach Gesprächen mit GenossInnen klärte sich, dass die Gaststätte einfach nur von neuen Besitzern weitergeführt wird. Nach § 613a ist das keine Geschäftsaufgabe, sondern ein Betriebsübergang. Die zweite Kündigung wurde im Zusammenhang mit einem Arbeitsunfall ausgesprochen: ein scharfes Messer im Spülbecken, eine Schnittwunde in der Hand, die genäht werden musste. Wenige Tage nach dem Unfall sprach das Gewerkschaftsmitglied die beiden Chefs auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und bezahlten Urlaub an, woraufhin dem seit über einem Jahr dort Beschäftigten spontan fristlos gekündigt wurde und er außerdem noch Hausverbot erhielt.

Beim Gütetermin zeigte der Richter durchaus Sympathien für den Kläger und bedauerte, wie selten geringfügig Beschäftigte ihre Rechte beanspruchen würden. Er prognostizierte den Erfolg aller Klagepunkte im Falle eines erstinstanzlichen Verfahrens. Gegen Ende der Güteverhandlung wurde aber deutlich, dass der Richter aufgrund des geringen Lohnes, der ja wesentlich die Höhe der zur Debatte stehenden Abfindung bestimmt, keinerlei Interesse an einem Verfahren hatte.

Sein Vergleichsvorschlag empfahl die Lohnfortzahlung bis zum Tag der Güteverhandlung, die monetäre Abgeltung der Urlaubsansprüche und einen Monatslohn als Abfindung. Summa summarum ca. 850 Euro. Dagegen wehrten sich die Arbeitgeber mit allen nur möglichen Tricks. Um das Geld möglichst schnell zu erhalten, einigte sich der Kläger auf einen sofort zu zahlenden Betrag in Höhe von 650 Euro.

Festzuhalten bleibt, dass auch in diesem Verfahren, die in Deutschland existente Klassenjustiz zu Tage trat. Ob ein Richter ein Verfahren, dem er dann vorsitzen wird, für sinnvoll erachtet oder nicht, hängt im wesentlichen von der Höhe des zugrunde liegende Lohnes ab – und nicht von der Berechtigung der Klagepunkte. Dennoch hat sich gezeigt, dass es selbst für geringfügig beschäftigte ArbeitnehmerInnen kein Problem darstellt, sich gegen ihre Ausbeutung gerichtlich zur Wehr zu setzen.

Marcel Gruber, FAU Frankfurt/M.

Es geht um Definitionsmacht



Die DA sprach mit Moritz Hahn von der FAU-Kampagne „Finger weg vom Streikrecht!" über die Gesetzesinitiative zur Einschränkung des Streikrechts (die DA berichtete).

Wie schätzt ihr den Stand der Gesetzesinitiative ein?

Schwer zu sagen. Die Arbeitgeber waren sich ja sicher, dass eine Gesetzesvorlage noch im Herbst kommt, doch die Geschwindigkeit scheint raus zu sein. Vermutlich wollen die bemüßigten Parteien keinen offenen Verfassungsbruch begehen und suchen nach dem richtigen Schachzug.

Auch bei ver.di regt sich ja Unmut.

Das ist wichtig für die Diskussion, wird aber keine praktischen Auswirkungen haben. Die kritischen Stimmen werden wie immer abgebügelt, und in der IGM wiederum herrscht sowieso Friedhofsdisziplin. Außerdem ist es jetzt nicht mehr Sache des DGB. Der Gesetzgeber hat es in der Hand. Und der DGB wird nicht so weit kippen, dass er gegen seinen eigenen Gesetzesvorschlag mobilisiert. Wichtiger scheint uns da die ablehnende Haltung der Fachgewerkschaften.

Wie kann die Initiative zu Fall gebracht werden?

Es geht erst mal um Definitionsmacht. Verloren haben wir, wenn Tarifpluralität als Chaos definiert und Arbeiterselbstbestimmung dem nationalen Burgfrieden untergeordnet wird. Klar ist auch, dass es schwierig ist, konkreten Druck zu entwickeln. Um Gesetze zu kippen, benötigt es schon einiges, z.B. politische Streiks. Dazu sind wir als FAU noch nicht in der Lage. Und die Fachgewerkschaften zielen wohl eher auf eine Verfassungsklage ab.

Habt ihr Hoffnung für das deutsche Streikrecht?

Die Initiative ist nur ein Symptom. Wurzel des Problems ist die korporatistische Organisation der Arbeitsbeziehungen. Es wird Zeit für konfliktfähige Gewerkschaften, dann schafft man auch Fakten im Streikrecht. Gerade zeigt sich ja der Interessengegensatz zwischen Beschäftigten und Gewerkschaftsführungen immer deutlicher. Die Tarifpluralität könnte da die Tür ein Stück weit für Alternativen öffnen. Als eine solche müssen wir uns auch in der Auseinandersetzung um das Streikrecht präsentieren.

Meldungen aus der FAU

Kiel: Gerecht? Geht ganz anders!
Derart hat man sich den Mobilisierungseffekt in der DGB-Zentrale wohl kaum vorgestellt: Nach einer ersten Demo im „heißen Herbst" der Zentralgewerkschaften, lud die FAU Kiel zur einem offenen Treffen. Aus der Nach- wurde eine Vorbereitung: Am 21. Nov. zogen dann ca. 150 Menschen als eigener Block auf die Demo der „Großen": Zwar unterstützten sie den Protest gegen die Sozialkürzungen in Land und Bund, wiesen aber auf die Mitschuld des DGB an der Entwicklung der letzten Jahrzehnte hin. Außerdem sei es unwahrscheinlich, die Systemkrise der Gesellschaft durch die Modifizierung der Steuersätze und eine verschärfte Finanzaufsicht zu lösen. Die FAU Kiel wandte sich in Redebeiträgen explizit gegen die Leiharbeit und gegen eine gesetzliche Regelung der sog. Tarifeinheit – das wären erste Schritte in Richtung einer „gerechten Gesellschaft".

Stuttgart: Eine große Hoffnung
Auch nach der „Schlichtung" im Streit um den Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs (S21) gehen die Proteste weiter. Kein Wunder, mündete des Schlichters Geißler „Entgegenkommen" doch in einem „S21+". Am 11. Dez. protestierten erneut zehntausende Menschen – 50.000 laut Veranstaltern – gegen den Tiefbahnhof. Während die verschiedensten Parteien ihr Süppchen auf dem Feuer der Proteste warmzuhalten versuchen, rief u.a. die FAU Stuttgart dazu auf, „S21 nicht als isoliertes Ereignis zu betrachten". Sie hofft, dass die Verhinderung von S21 zu einem „Erfolgserlebnis" wird und Mut macht, für eigene Interessen einzustehen.

Leipzig: Montagsdemo reloaded
Die Montagsdemons gegen Hartz IV laufen in Leipzig seit 2004 – wenn auch mit wenigen Beteiligten. Eine Intensivierung erhofft sich die FAU Leipzig im Zuge der Debatte um die nächste Regelsatzerhöhung (famose fünf Euro). Zusammen mit anderen Gruppen ruft sie zum „Tarifkampf" auf. Zu den Forderungen gehört u.a. die Abschaffung des Annahmezwanges untertariflich bezahlter Tätigkeiten. Genauere Angaben, welche Form diese Auseinandersetzung annehmen soll, sowie weitere Aktionen sollen folgen.

Nordhausen: Später Sieg von Lone Star
Wie im Nov. 2010 bekannt wurde, musste die Strike Bike GmbH nach drei Jahren Insolvenz anmelden und den Betrieb zum Jahresende einstellen. Hervorgegangen war die Kooperative aus einem Abwehrkampf gegen die Betriebsschließung, bei dem mit Unterstützung der FAU die Produktion wieder angefahren und eine Reihe von „Strike Bikes" produziert wurde. Der Zeitschrift *Contraste* zufolge unterlagen die Genossen auf dem hart umkämpften Markt preiswerter Drahtesel, und für hochwertigere Fahrräder habe die Qualität der Zulieferer nicht gereicht. Das Aus habe sich bereits seit Frühjahr 2010 abgezeichnet.

Nachkriegsprostitution – damit das Militär befriedigt wurde

Zur staatlichen Institutionalisierung und Herabwürdigung Prostituierter in Diensten des Militärs

Die Autorin:
Mareen Heying studiert Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum mit den Schwerpunkten Frauenbewegung, Prostitution und Geschlechtergeschichte. Sie gehört zum Redaktionsteam der feministischen Zeitschrift „Wir Frauen", ist im Vorstand der „kom!ma", dem Verein zur Förderung von Frauenkommunikation in Düsseldorf, und freie Autorin für die Tageszeitung *junge Welt*.
Der hier abgedruckte Text ist ein Auszug aus ihrer Bachelorarbeit, in der sie die Nachkriegsprostitution der Stadt Düsseldorf archivarisch untersucht hat; ein Thema dem sich zuvor niemand in der Form gewidmet hatte.

Empfehlung zum Weiterlesen:
Erika Schilling: *Zigarettenwährung*. Zwangsprostitution in der amerikanischen Zone nach dem zweiten Weltkrieg.
Die 1921 geborene Schilling verbrachte die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankfurt, wo sie sich als alleinerziehende Mutter durchschlagen musste. Schilling erhielt Einblicke in die örtliche Prostitutionsszene, ihre Eindrücke sind realitätsnah und aus Sicht der Huren geschildert. Im August 2010 verstarb sie in Wuppertal. Ihr Reader ist zu beziehen über das Gleichstellungsbüro der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.
Die Bedeutung von Sexualität im Krieg und die Legitimation von Lagerbordellen und der „Notwendigkeit" von Prostituierten wird auch sehr deutlich in dem Buch von Regina Mühlhäuser: *Eroberungen*. Sexuelle Gewalttaten und intime Beziehungen deutscher Soldaten in der Sowjetunion 1941 – 1945.

Huren galten seit Bekanntwerden von geschlechtlich übertragenen Krankheiten im Mittelalter als größte Infektionsquelle, weshalb jede ihrer Arbeitsreglementierungen einherging mit der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten.

Staatliche Zwangsmaßnahmen wurden auch in der Nachkriegszeit nicht gegen das Gewerbe getroffen, sondern gegen kranke Huren. Denn wenn die Prostitution nicht existiert hätte, hätten die Militärs ihrem ach so natürlichen Trieb nicht nachgehen können. Sie hätten die Frauen nicht so gut unterdrücken können: als vom Krieg Geschädigte, die dringend Geld zum Überleben brauchten, und als deutsche Frauen, als besiegte Feindinnen.



Kriegsminister Erich von Falkenhayn forderte bereits 1914 „eine verschärfte polizeiliche Überwachung der Prostitution". Die größeren Städte hatten umfangreiche Einquartierungen zu bewältigen, weshalb „im Interesse des Gesundheitszustandes der zur Fahne einberufenen Mannschaften und der Bevölkerung überhaupt" die Schutzmaßnahmen erweitert werden sollten. „Zweifelhafte Lokale", in denen „zweifelhafter Verkehr" stattfand, wurden geschlossen und Polizeipatrouillen eingesetzt: Prostituierte durften bestimmte Straßen nicht mehr betreten.

„Wenn nach dem unglücklichen Kriege für Deutschland die allgemeinen Fragen der Bevölkerungspolitik zu den wichtigsten der Jetztzeit gehören, so ist insbesondere die der erschreckenden Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten infolge des Krieges und der Nachkriegszeit, gerade der Kampf gegen diese Volksseuchen für die Zukunft des deutschen Volkes eine Lebensfrage geworden," heißt es in einer Mitteilung der Geschlechtskrankheitenfürsorge von 1921. In Beratungsstellen für Erkrankte lagen Belehrungs-Merkblätter, in denen u.a. vermerkt wurde: „Bei jedem außerehelichen Geschlechtsverkehr besteht die Gefahr der Ansteckung mit Geschlechtskrankheiten. Mädchen und Frauen, die zu Erwerbszwecken Geschlechtsverkehr treiben (Prostitution) oder sonst ein lockeres Geschlechtsleben führen, sind fast ausnahmslos krank." Die Vorurteile und Abwertung gegenüber Huren und Frauen insgesamt sind offensichtlich.

Die Ruhrbesetzung in Düsseldorf

Nach Kriegsende wurde das linksrheinische Gebiet Düsseldorfs von belgischen Truppen besetzt, französische Truppen nahmen 1921 einige rechtsrheinische Städte unter ihre Besatzung, darunter auch Düsseldorf.

In fast allen größeren Städten fanden kostenlose ärztliche Untersuchungen von Prostituierten statt. Neben der schlechten Hygiene war der bei der Düsseldorfer Sittenpolizei vorhandene Untersuchungsraum sehr feucht, es herrschten Temperaturen zwischen zwölf und neun Grad, die Untersuchungen waren somit stets mit einer möglichen Gesundheitsschädigung verbunden und den Frauen damit kaum zumutbar. Darüber hinaus waren die Instrumente zum Teil erheblich beschädigt. Alle Frauen mussten sich vor der ärztlichen Untersuchung zur Durchführung bereit erklären, eine Ablehnung führte zur Zwangsuntersuchung.

Die für Düsseldorf zuständige französische Militärbehörde erließ Vorschriften zur „Erhaltung der Gesundheit der Truppen"; mutmaßlich geschlechtskranke Frauen wurden den unmittelbar festgenommen und durch den deutschen Sanitätsdienst untersucht – wie immer durch Männer. Bei einer festgestellten Krankheit wurden sie in eine Anstalt gebracht, dann wurde weiter entschieden, über Ausweisung oder dortigen Verbleib. Die deutsche Polizei sollte den Zutritt zu Kasernen bewachen und alle verdächtigen Frauen fernhalten, unter Leitung der Besatzungstruppen. In den Vorschriften fand sich aber auch der Hinweis, dass diese Maßnahmen nicht ausarten und missbraucht werden sollten, den Charakter „unnötiger Belästigung" annehmen dürften; was hinderlich wäre zur „Anbahnung herzlicher Beziehungen und sympathischer Verhältnisse zwischen Zivil und Militär." Es galten in der französischen Zone annähernd dieselben Regeln wie für die belgisch besetzte, in der die Prostitution auch geregelt war, wie in der „Anordnung des kommandierenden Generals der belgischen Ruhrarmee über die Prostitution"zu ersehen. Darin hieß es: „Jede Frau, die sich der gewerbsmässigen Unzucht heimlich hingibt und angeschuldigt wird, Soldaten verseucht zu haben, ist unverzüglich von den deutschen Behörden zu verhaften oder sie wird von einem Mitglied der belgischen Sicherheitspolizei oder der Gendarmerie baldmöglichst den deutschen Behörden ausgeliefert." Sobald sich die Besatzer über „unsittliche Damen" beschwerten, wurden die Kontrollen der deutschen Behörden verschärft. Die Beschuldigung einer Frau, unsittlich zu sein, genügte schon, sie untersuchen zu lassen. Die Krankheit galt als geheilt bzw. der Fall als abgeschlossen, wenn die Frau behandelt wurde. Ähnliche Zwangsmaßnahmen für infizierte Soldaten gab es nicht.

Zur permanenten Gesundheitsüberwachung für die Freier mussten Huren einen mehrseitigen Identitätsausweis mit sich führen, in dem ihre Gesundheit ärztlich bestätigt wurde. Jedem Militärangehörigen sollte er unaufgefordert vorgezeigt werden. Daneben waren im Ausweis Verhaltensregeln zum Umgang mit Geschlechtskrankheiten aufgeführt, die verdeutlichen, unter welchen Bedingungen die Frauen arbeiten mussten. „Verboten ist ein Beischlaf mit Männern, die an eitrigem Ausfluss aus der Harnröhre (Tripper) leiden oder Ausschläge an den Geschlechtsteilen haben (Flecke, entzündete oder offene Stellen – Syphilis, weiche Schanker)", heißt es darin.

Bordelle als Institution

In den französischen Vorschriften wurde u.a. gefordert, die öffentlichen Häuser, in denen Huren arbeiteten, „in selber Weise, wie vor Ankunft der Truppen" zu kontrollieren. Es sollte aber auch „eine gewisse Anzahl dieser Lokale, (...) für die Militärpersonen reserviert sein (...)". Welche, wurde im Einvernehmen zwischen der städtischen Behörde und dem Ortskommandanten festgelegt. Diese Bordelle wurden unter den von den Besatzern festgelegten Bestimmungen betrieben; Deutsche hatten keinen Zutritt, sie durften nur in getrennten Salons verkehren. Jede Hure hatte in ihrem Zimmer einen Vorrat von „Toilettenmaterial" und „erforderlichen Vorbeugungsmitteln" bereitzuhalten, was aber nicht immer genutzt wurde. Die Besatzungsbehörde befahl deshalb das Anbringen von Plakaten in deutscher und französischer Sprache in allen bekannten Bordellzimmern, mit dem Text: „Bekanntmachung! Die Besucher werden darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Hause Viro und übermangansaures Kali zu Desinfektionszwecken von der Inhaberin bereitgehalten werden muß. (...) Die Polizeiverwaltung." Die äußerst komplizierte Anwendung der Mittel mag ein Grund gewesen sein, weshalb sie weiterhin nicht immer genutzt wurden. Jede Frau eines öffentlichen Hauses sollte für den eigenen Bedarf einen ausreichenden Vorrat an Schutzmitteln besitzen, wie es bereits durch die deutsche Polizeibehörde vorgeschrieben war. Ebenso hatte die deutsche Obrigkeit darauf zu achten, dass der Militärbehörde jederzeit genügend Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt wurden, wenn sie welche verlangte.

Einige Häuser wurden den französischen Mannschaften zugeteilt, andere formell untersagt. Sobald sich ein Franzose in einem Etablissement ansteckte, wurde das Haus von der Besatzungsbehörde für die Mannschaften verboten, allerdings forderten und erhielten sie im Gegenzug ein anderes Bordell, das nur ihnen offen stand. 1925 zogen die Franzosen und 1926 die Belgier wieder ab, bis dahin wurde stets dafür gesorgt, dass sie sexuell durch Frauen befriedigt werden konnten.

Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg

Mit Kriegsende 1945 begannen Frauen, sich zwischen den Ruinen zu prostituieren. Sie waren oft verwitwet und ohne Besitz, zum Teil hatten sie (kleine) Kinder, um die sie sich kümmern mussten, die sogenannte „Kellerprostitution" war über weite Teile des Landes verbreitet. Die Räume, in denen sie lebten und ihren Lebensunterhalt verdienten, waren oft feucht und ohne Fenster, Licht und Wasser. Von der Decke tropfte es, die Mauerwände waren nackt und kalt. Nicht selten litten die Frauen am Nachlassen der körperlichen und seelischen Widerstandskraft. Die hygienischen Bedingungen waren miserabel, Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose nahmen zu. Die Folgen waren verheerend: Viele Frauen wurden erst durch die in der Stadt stationierten Soldaten geschlechtskrank, andere schwanger. Nach Angaben Erika Schillings töteten sie oftmals ihr Neugeborenes, nachdem sie es in den Trümmern gebaren – aus Hilflosigkeit.

Wenn bekannt wurde, dass ein Soldat oder eine andere Person sich eine Geschlechtskrankheit zugezogen hatte, so mussten die deutschen Beamten die Ansteckungsquelle, also die in Frage kommende Prostituierte, ermitteln und untersuchen lassen. In den amerikanischen Zonen wurden an öffentlichen Plätzen, an denen GIs verkehrten, sogar steckbriefliche Warnungen erkrankter Frauen aufgehangen, wenn vorhanden mit einem Foto und Informationen über ihre Geschlechtskrankheit.

Die US-amerikanischen Besatzer nahmen sich aus vielen Gründen eine Prostituierte in Deutschland: Dadurch, dass es extra für sie eingerichtete Bordelle gab, entstand der Eindruck, dass sie im Gegensatz zu den russischen Soldaten offiziell keine Frauen vergewaltigten. Die Moral der Truppen muss sich auch dadurch gestärkt haben, dass sie ein erhabeneres Gefühl den deutschen Männern gegenüber entwickelten, da sie den Kriegsverlierer auch damit demütigen konnten, seine Frau oder Tochter zur Prostituierten zu machen. Die Frauen standen laut Schilling zum Teil Schlange vor den Kasernen, da sie ganze Familien von ihrem Einkommen ernähren mussten, es kam zu einer regelrechten Massenprostitution. Stationierte Amerikaner bekamen schon auf ihrem Weg nach Deutschland Broschüren, in denen die GIs gewarnt wurden, sich zu schützen; ihnen wurde ein Fraternisierungsverbot ausgesprochen. Nach Angaben des American Mercury von 1945 waren in manchen Zonen Deutschlands bis zu 50 Prozent der GIs mit einer Geschlechtskrankheit infiziert. Die US-amerikanische Armee verteilte sogar Kondome an ihre GIs, und trotz allem wurden pro Monat 2.000 bis 3.000 Geburten von Kindern mit einem US-amerikanischen Vater in Deutschland verzeichnet.

Die Besatzungsmächte forderten direkt nach Kriegsende strengere Bestimmungen, um ihre Soldaten vor den sich immer weiter ausweitenden Geschlechtskrankheiten zu schützen. „Da das Geschlechtskrankenproblem sowohl die deutsche Bevölkerung als auch die Besatzungstruppen wesentlich (...)" berühre, plädierte Walter Menzel, der Innenminister des Landes NRW, nach dem Zweiten Weltkrieg für eine enge Zusammenarbeit von Gesundheitsamt, Polizei und Jugendamt. Drastisch schilderten die Mitarbeiter des Gesundheitsamtes die Misere der schlecht ausgebildeten und nicht ausreichend geschulten Beamten, die in der Hitlerzeit erzogen wurden: In einem Bericht vom November 1947 unterstellten sie der Polizei Versagen „auf ganzer Linie" und erklärten, „Es liegen in der Praxis sogar mehrere Fälle vor, in denen Polizeibeamte als Infektionsquelle in Frage kommen."

Prostitution als letztes Mittel

Primäre Gründe anschaffen zu gehen, vor allem für die vagabundierenden Mädchen und Frauen, waren nach Angabe der Zeitschrift für *Haut- und Geschlechtskrankheiten* „wirtschaftliche Not, zerrüttete Familienverhältnisse, vergesellschaftet mit Ursachen, die in der seelischen Struktur des Einzelnen zu suchen" seien, aber auch „Arbeitsscheu, Leichtsinn, Abenteuerlust, sexuelle Hemmungslosigkeit" und Loslösung vom Elternhaus. Dass die Prostitution für viele nicht der einzige Weg war, um an Geld zu kommen, stellen Polizeibeamte noch heute in Frage.

Nach den beiden Weltkriegen waren die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland miserabel, weshalb die Prostitution stets eine Nische bot, Geld zu verdienen. Doch nach Heimkehr der Männer wurden diese Jahre laut Schilling unter den Teppich gekehrt, als habe es sie nie gegeben. Viele der Frauen sprachen nie über das, was sie taten, und tragen die Geschichten zum Teil noch heute mit sich herum. Viele gingen davon aus, dass sie selbst Schuld an der Demütigung hatten, da sie sich in einer gewissen Art freiwillig zur Prostitution entschieden – die Folge war Verdrängung.



Es wurden nahezu nur die Frauen als Krankheitserreger betrachtet, der Mann – der natürlich auch Krankheiten weitergab – nur als angestecktes Opfer. Und trotzdem brauchte das „Opfer" die „Täterin" zur Befriedigung seiner Lust, die den Alliierten im Deutschland der Nachkriegszeit immer staatlich gewährt wurde.

Mareen Heying

Die sind doch krank!

Um Streiks zu brechen, greifen EU-Regierungen seit 2010 auf Militär und Notstand zurück: erst Griechenland, dann Frankreich, nun Spanien

Turbulenzen im Luftverkehr gibt es in den letzten Wochen allerorten. Zuletzt überraschten die Piloten der Berufsgewerkschaft Cockpit mit einem unangekündigten Streik. Zwar blieben bei den bestreikten Fluggesellschaften Germania und Tuifly nur wenige Flugzeuge am Boden. Aber ein „Überraschungsstreik" ist mehr, als man hierzulande von einer nicht-revolutionären Gewerkschaft gemeinhin erwartet.

Ein ganz anderes Konfrontationsniveau erreichte ebenfalls Anfang Dezember eine kurze, aber heftige Auseinandersetzung in Spanien: In dem angeblich konkursbedrohten Land traten die Fluglotsen in den Ausstand. Hintergrund ist ein seit Monaten schwelender Konflikt um die Arbeitszeiten der Luftraumkontrolleure. Hinzu kommen Pläne der Regierung, die staatliche Flughafenbehörde inkl. der zwei Großflughäfen Madrid und Barcelona teilweise zu privatisieren.

Nachdem das Reformgesetz bereits im April verabschiedet worden war, unterzeichnete der König am 3. Dezember eine Verordnung, mit der die Arbeitszeit um 25% auf 1.700 Stunden pro Jahr angehoben werden. Was sich, in absoluten Zahlen besehen, recht bescheiden ausnimmt, lässt jedoch die konzentrationsintensive Tätigkeit außer Acht. In der Bundesrepublik etwa dürfen Fluglotsen nur zwei Stunden am Stück arbeiten, danach gibt es aus Sicherheitsgründen eine Ruhepause.

In Spanien hatte die Lotsengewerkschaft UCSA bereits Anfang August eine Urabstimmung durchgeführt, den Streik in der Hochsaison jedoch aus „Verantwortungsbewusstsein" abgesagt. Im Dezember nun warteten die Lotsen nicht mehr auf ein Signal ihrer Organisation. Noch am Tag der Verkündung des Dekrets legten die Betroffenen mit der Spontaneität eines breiten Konsens' ihre Arbeit nieder. Dabei griffen sie zum Mittel des „Sick-out": rund 90% der 2.400 Fluglotsen meldeten sich krank.



Montage: A. Eisenstein, mit dem Logo der DFG-VK

Mit einer höheren Regelarbeitszeit fallen v.a. die Überstunden weg. Die „reichste Facharbeitergruppe Spaniens", wie es in der *FAZ* hieß, sieht sich mit Lohneinbußen von gut 41% konfrontiert. Damit würde sie, so schätzt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Flugsicherung, Michael Schäfer für die *DA*, beim EU-Durchschnitt in diesem Bereich – ca. 130.000 Euro Jahresverdienst – landen.

Binnen kürzester Zeit zeigte sich die strukturelle Macht dieser kleinen Gruppe, an den Folgen ihrer Aktion: Noch am selben Tag wurde der Luftraum geschlossen, rund 300.000 Passagiere waren direkt betroffen. Neu ist das nicht (anders lässt sich der Tarif nicht erklären). Auch nicht neu ist die hysterische Hetze der Presse, die von Flugpassagieren in „Geiselhaft" schwadroniert. Neu ist die Nervosität der Regierung.

Den Finger am Abzug

Der spanische Premier und Sozialdemokrat José Zapatero bezeichnete den Ausstand als inakzeptabel: Nach einer nächtlichen Krisensitzung rief er den „Alarmzustand", die niedrigste Stufe des nationalen Notstands aus. Das Militär besetzte die Flughafen-Kontrolltürme, die „erkrankten" zivilen Fluglotsen wurden der Luftwaffe unterstellt und dienstverpflichtet. Zeitungsberichten zufolge, wurden sie teils mit gezogener Waffe zurück an die Arbeit gebracht. Wer sich weigern würde, die Arbeit anzutreten, riskierte vor einem Militärgericht bis zu 15 Jahre Haft. So war denn der Widerstand in 24 Stunden gebrochen und die Tourismusbranche konnte der Normalisierung entgegensehen. Zur Bändigung der Widerspenstigen verlängerte das Parlament den zweiwöchigen Alarmzustand Mitte Dezember um vier Wochen. Nicht nur die Verlängerung, die Ausrufung des Notstands selbst ist (bisher) einmalig im demokratischen Spanien.

Dasselbe Vorgehen im Juli in Griechenland. Ein halbes Dutzend befristeter „Generalstreiks" riefen die Gewerkschaften 2010 bereits aus. Doch eine der betroffenen Gruppen machte ernst: die selbständigen Tankwagenfahrer. Nachdem jahrzehntelang keine neuen Lizenzen mehr ausgegeben worden, entwickelten sie sich zu einer Art Rentenversicherung. Nun soll dieser Sektor liberalisiert werden – dagegen traten die Fahrer in den Streik. Am dritten Tage griff die Regierung zur Arbeitsverpflichtung per Notfallverordnung und setzte, angesichts anhaltenden Widerstands, mehrere hundert Militärtankwagen ein, um die Sprit-Blockade zu brechen. Eher symbolisch kam auch die französische Armee im Oktober 2010 im Landesinnern zum Einsatz, um die Bewegung gegen die Rentenreform zu kontern: Auf Anweisung der Regierung wandten sich Soldaten gegen die streikende Stadtreinigung in Marseille und leerten einige der tausenden Mülltonnen. Schwerwiegender als dieser Einsatz aber dürfte die Zwangsverpflichtung streikender Raffinerie-Arbeiter gewesen sein, die das Rückgrat der Bewegung gebildet hatten.

Alle zwei Monate ein Militäreinsatz gegen Streikende: Die Nerven liegen blank bei den Regierenden Europas. Kein Wunder, lassen sie sich doch von „den Anlegern" und Ratingagenturen wie am Nasenring durch die Manege führen. Sicherlich wäre es übertrieben, von einer Militarisierung des Streikrechts auf breiter Bahn zu sprechen. Zweifelsohne jedoch sind diese Ereignisse Leuchtfeuer, im Guten wie im Schlechten: In allen Fällen befanden sich die Streikenden an strategischer Position in einer zentralen Branche. Sie konnten binnen weniger Tage einen enormen wirtschaftlichen Druck aufbauen. Auf politisch-gesellschaftlicher Ebene aber standen sie weitgehend allein, sei es dass sie in einer Spartengewerkschaft organisiert waren und als „privilegierte Kaste" isoliert wurden, sei es dass sie stellvertretend als sympathiebeladene Speerspitze die Kastanien aus dem Feuer holen sollten. In allen Fällen scheute der Staat die Konfrontation nicht: Die Streikenden mochten schlagkräftig sein, aber ihre Reihen waren überschaubar. Man bedrohte sie nicht als Masse, sondern richtete sich an alle Beteiligten einzeln: per Mobilisierungsbefehl. Die *taz* zitierte Spaniens Innenminister Rubalcaba, der als Nachfolger Zapateros gehandelt wird, mit den Worten „Wer den Staat herausfordert, verliert." Wenn das keine Lektion ist.

André Eisenstein

Korrektur: Proteste in Frankreich

Im Artikel über die Proteste gegen die Rentenreform in Frankreich (*DA #202*) hat sich ein Fehler eingeschlichen: Wir schrieben, Wirtschaftsministerin Lagarde habe die täglichen Ausfallkosten auf 400 Mio. Euro beziffert. Tatsächlich sprach Lagarde jedoch von 40 Mio. Euro, der Unternehmerverband MEDEF von 100 Mio. Euro. (AE)

EuGH: 48 Stunden und ein Haken

Im November entschied der Europäische Gerichtshof (AZ: C-429/09), dass Beschäftigten im Öffentlichen Dienst mit einer Regelarbeitszeit von mehr als 48 Stunden pro Woche eine Entschädigung oder Freizeitausgleich zusteht. Dazu hatte die Klage eines Feuerwehrmannes aus Halle/Saale geführt. Darauf können sich nun auch Beschäftigte von Krankenhäusern z.B. berufen. Auch Ansprüche aus der Vergangenheit können geltend gemacht werden. Die FAU-Kritik an der „Arbeitszeitrichtlinie" (2003/88/EG) erübrigt sich nicht, beschränkt sich das Urteil doch auf Beschäftigte im ÖD. (AE)

Noch nicht K.O.

Aus Protest gegen die britische Sparpolitik gehen Studierende auf die Barrikaden

Die neue britische Regierung – liberal-konservativ – wäre fast zu bemitleiden. Im Zuge der Wirtschaftskrise hat auch der Finanzstandort London gelitten, und nun ist auch Großbritannien von einer Herabstufung durch die Ratingagenturen, d.h. von höheren Zinsen bedroht. Jedenfalls ist nun auch auf der Insel, wie im restlichen Europa, „Sparen" angesagt. Sicherlich keine leichte Aufgabe, haben doch bereits die Vorgängerregierungen der letzten Jahrzehnte wo irgendmöglich den Rotstift angesetzt und das Tafelsilber verscherbelt.

Doch ein waschechtes wirtschaftsliberales Kabinett findet immer einen Hebel. Mitte Oktober kündigte die Regierung 95 Mrd. Euro schwere Einschnitte an. Mit im Paket: die Erhöhung der Schul- und Studiengebühren. Ein Thema, von dem man hierzulande wohlweislich – und sei es mit Blick auf den „Bildungsstandort" – die Finger lässt. Nicht so die Tories und Liberalen: Sie ließen prüfen, die Begrenzung der Gebühren auf umgerechnet 3.866 Euro aufzuheben, bis zu 11.700 Euro sollten die Universitäten dann gänzlich für ihren eigenen Haushalt verwenden können.

Es ist klar, welche Befürchtungen solche Pläne wachrufen und wogegen sich die Studierenden wehren: Würde nämlich den Universitäten in diesem Bereich freie Hand gelassen, verkäme die wissenschaftliche Einrichtung wohl bald zum Club von Privilegierten und einigen wenigen Stipendiaten. Die Reform würde zudem nicht nur das Uni-



Foto: Chris Walls

Studium, sondern auch das Abitur und die berufliche Fortbildung betreffen.

Zu einer ersten großen Demonstration kam es am 10. November in London, zu der die Gewerkschaften der Lehrkräfte (UCU) und der Studierenden (NUS) aufgerufen hatten. Sie argumentierten v.a. dahingehend, dass Bildungsausgaben als Investitionen in einen künftigen Wirtschaftsaufschwung zu verstehen seien. Hier, inmitten der etwa 50.000 Protestierenden, einer der größten Demonstrationen seit Jahren, trat erstmals ein „Block radikaler ArbeiterInnen und Studierender" auf, der ein bisher ungekanntes Level der Kooperation verschiedener Basisgruppen darstellte. Der Bündnis warnte, dass ein von Gewerkschaftsbürokraten und Politikern kontrollierter Kampf die Regierung nie zum Nachgeben zwingen könne. Der Protestzug drang schließlich in die Londoner Parteizentrale der Konservativen ein: Scheiben gingen zu Bruch, Büros wurden verwüstet, jugendliche Wut brach sich Bahn – eine Woche zuvor war es zu ähnlichen Protesten in Dublin gekommen. Die zunächst völlig überforderten Polizeikräfte nahmen schließlich 50 Protestierende fest und fahndete nach 250 weiteren.

Es wäre jedoch irrig, diesen Gewaltausbruch allein den radikalen Gruppen wie der IAA-Sektion Solidarity Federation (SolFed) und anarchistischen Gruppen zuzuschreiben. Einige Zeitungen behaupteten gar, die SolFed allein sei für die Zusammenstöße verantwortlich, was diese als „absurd" zurückwies. Ein beteiligter Student erklärte, „es waren garantiert einige Anarchisten da, aber ich muss sagen, es waren insbesondere jüngere Studenten" in der Menge, aber auch Lehrkräfte. Ein 17-Jähriger erklärte: „Gewalt ist sicherlich nicht gut, aber es ist der einzige Weg, damit sie uns zuhören." Ein Assistent im Fachbereich Internationale Beziehungen der Sussex-Universität wird mit der Aussage zitiert, es gäbe etliche Regierungsgebäude in diesem Teil Londons und „alle wären legitime Ziele von Protest und Besetzung gewesen". Auch David Graeber, Anthropologe am Londoner Goldsmiths-College sagt, er sei „sehr stolz" auf die Studierenden und SchülerInnen, und fügt hinzu: „Sie [die Regierung] werden uns als Schläger hinstellen, aber in Wirklichkeit sind sie die Schläger und wir stehen für die Zivilisation."

Zwei Wochen darauf anlässlich eines weiteren landesweiten Aktionstages versuchten die „Sicherheitskräfte", die Demonstrationen einzukesseln und erneute Besetzungen zu verhindern. Der SolFed zufolge gelang es den Protestierenden jedoch vielfach, die Polizeiketten zu durchbrechen und teils auch (Universitäts-)Gebäude über 24 Stunden hinweg zu besetzen.

In der Zwischenzeit wurde die Reform im Dezember vom Parlament mit knapper Mehrheit verabschiedet: die Obergrenze wurde nicht aufgehoben, sondern auf 10.700 Euro ausgedehnt. Ein Erfolg der Proteste ist das nicht. Aber es war sicher nur die erste Runde in einem langen Kampf gegen die Angriffe der Regierung, die nun einen erneuten Anlauf nehmen will, die Post zu privatisieren.

Simon Galliers und André Eisenstein

Euro-Krise: Austritte vorprogrammiert?

Der Riesen-Krisen-Gipfel Anfang Mai hat nichts genützt. Der „Euro-Rettungsschirm" von EU und IWF konnte bisher nicht verhindern, dass „der Finanzmarkt" nach Griechenland weitere Euro-Staaten unter Druck setzt: entweder mehr Zinsen zahlen oder Ausgaben kürzen. Meist geschieht beides, wie zuletzt in Irland. Nun äußerte der Harvard-Ökonom Dani Rodrik in der *FTD* Überlegungen, dass betroffene Staaten aus der Euro-Zone aus- und nach der Sanierung wieder eintreten könnten. Wetten, wir werden 2011 von dieser Idee hören? (AE)

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Bangladesh: Proteste zur Durchsetzung des Textil-Mindestlohns

Seit Mitte Dezember protestieren tausende ArbeiterInnen, um die Einführung des im Juli beschlossenen Mindestlohns zu erzwingen. In Dhaka und Chittagong wurden Fabriken angriffen, Autos in Brand gesetzt und eine Autobahn blockiert. Während Auseinandersetzungen mit der Polizei kamen drei Protestierende ums Leben, über 180 wurden verletzt. Zudem wurden 1.200 Haftbefehle ausgestellt, und zahlreiche GewerkschafterInnen sind aus Furcht vor Repressalien untergetaucht. Im Falle einer Verhaftung droht ihnen Folter. So musste die vor kurzem verhaftete Gewerkschaftssekretärin Moshefa Mishu nach ihrer Vernehmung durch die Polizei ins Krankenhaus eingewiesen werden.
Auslöser der Proteste ist die Missachtung des Mindestlohns, der zum 1. November erhöht werden sollte. Dieser war im Juli 2010, nach heftigen Gewerkschaftsprotesten, von 1.662 Taka für die niedrigste Lohngruppe (ca. 16,60 Euro) auf 3.000 Taka erhöht worden. Die Erhöhung war überfällig, da das Gesetz eine Neuberechnung alle drei Jahre vorschreibt und die Lebenshaltungskosten seit der letzten Anpassung im Jahr 2006 drastisch gestiegen waren. Deshalb hatten die Gewerkschaften eine Erhöhung des Mindestlohnes auf 5.000 Taka gefordert, am Ende jedoch dem Kompromiss weitgehend zugestimmt. Allerdings wird bislang in rund 25% der Betriebe nicht einmal der 2006 beschlossene Mindestlohn eingehalten.
Die Textilindustrie ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Bangladesch, in dem mehr als drei Mio. Menschen, v.a. Frauen, beschäftigt sind und rund 80% der Devisen des Landes erwirtschaftet werden. Abnehmer der Waren sind insbes. westliche Konzerne, wie H&M, Levis, WalMart, Tesco oder Kik. Leidtragende sind die ArbeiterInnen der Sweatshops, die unter unbezahlten Überstunden, Hungerlöhnen, Repression gegen GewerkschafterInnen und Missachtung der elementarsten Sicherheitsvorkehrungen in den Fabriken leiden. Erst im Februar 2010 waren infolgedessen bei einem Brand in der Garib&Garib-Fabrik in Dhaka 22 ArbeiterInnen um Leben gekommen und über 50 verletzt worden. Obwohl in Bangladesch formell Gewerkschaftsfreiheit herrscht, ist es wegen der Repression durch die Textilunternehmen und den Staat sehr schwer, sich im Betrieb zu organisieren. Seit Beginn der Protestwelle im Juli 2010 wurden über 5.000 gekündigt und viele GewerkschafterInnen immer wieder bedroht, verfolgt und verhaftet.

Ukraine: Wilder Streik auf UEFA-Baustelle

Im Jahr 2012 soll die UEFA-Europameisterschaft in Polen und der Ukraine stattfinden. Dazu werden im Moment unter Hochdruck Sportstätten gebaut und erweitert. So auch in der siebtgrößten Stadt der Ukraine, Lviv. Auf einer dieser Baustellen kam es Ende November zu einem wilden Streik, in dessen Verlauf rund 100 Bauarbeiter in den Ausstand traten. Die Firma Comfortbud, bei der sie beschäftigt waren, hatte ihnen seit drei Monaten keine Löhne mehr bezahlt. Zuvor hatte es massiven Druck und Kündigungsdrohungen für den Streikfall gegeben. Dennoch beteiligten sich viele Kollegen. Der Versuch, Streikposten vor dem Gelände zu beziehen, wurde von der Security verhindert, die die Streikenden am Verlassen des Geländes hinderte. Der säumige Boss von Comfortbud erklärte gegenüber der Presse, er werde „auf seiner Baustelle" niemals Streikposten zulassen. Kurz darauf verkündete er, dass alle Arbeiter am 30. November ihre Löhne erhalten würden. Es ist allerdings nicht das erste Mal, dass die Firma leere Versprechungen macht.

Kanada: Farmarbeiter streiken wegen ausstehender Löhne

Lohnraub steht nicht nur in der Ukraine auf der Tagesordnung, sondern auch in Kanada. Das zeigte sich Ende November, als über 100 LandarbeiterInnen, die bei der Firma Ghesquiere Plants Ltd. in Simcoe (Ontario) beschäftigt sind, einen wilden Streik begannen. Die Firma schuldet den ArbeiterInnen Löhne von bis zu 6.000 Dollar. Statt die Löhne auszuzahlen, setzte die Firma die Beschäftigten vor die Tür, schmiss sie aus ihren Unterkünften und kündigte an, dass die Streikenden abgeschoben würden. Fast alle stammen aus Mexiko, Jamaika, Trinidad & Tobago und sind über Saisonarbeitsverträge beschäftigt. AktivistInnen und Graswurzelgruppen wie „Justice for Migrant Workers" haben den Fall öffentlich gemacht und eine Diskussion darüber erzwungen, dass in Kanada viele migrantische ArbeiterInnen schuften müssen, ohne irgendwelche Rechte zur Durchsetzung ihrer Löhne zu haben.

Vietnam: Erneut Streik in der Bekleidungsindustrie

Ende Oktober kam es zu einem mehr als einwöchigen wilden Streik von über 2.000 ArbeiterInnen in der Samil Tong Sang Company. Die Firma gehört südkoreanischen Investoren und stellt Schuhe für den Weltmarkt her. Wie in Vietnam üblich, schaltete sich die Staatsgewerkschaft direkt nach Ausbruch des Streiks in den Konflikt ein und versuchte, zwischen Management und Streikenden zu vermitteln. Gleichzeitig versuchte die Firma, massiven Druck auf ArbeiterInnen auszuüben, die sie meinte, als „Rädelsführer" identifiziert zu haben. Normalerweise kommt es bei solchen wilden Streiks (alleine im ersten Quartal 2010 gab es nach der geschönten offiziellen Statistik 86 wilde Streiks in Vietnam) innerhalb kürzester Zeit zu einer Einigung. Nicht jedoch im Falle der Samil Tong Sang Company. Ein Gewerkschaftsführer beklagte, die Streikenden hätten sich zunächst nicht einigen können, wie viel Lohnerhöhung sie fordern sollten. Schließlich habe man eine Erhöhung von rund acht Euro pro Monat verlangt, was die Firma abgelehnt habe, weil sie nach eigenen Aussagen mit rund 85 Euro pro Monat schon zehn Prozent mehr bezahle, als es der gesetzliche Mindestlohn in der „Sozialistischen Republik Vietnam" verlangt.

Ohne Hüllen, ohne Boss

Das „Lusty Lady" in San Francisco ist der einzige Strip-Club der Welt, den SexarbeiterInnen selbst verwalten

Das kalifornische San Francisco und seine Umgebung können auf eine reichhaltige Tradition selbstverwalteter Betriebe zurückblicken. Viele solcher Betriebe sind heute im Network of Bay Area Worker Cooperatives (NoBAWC) zusammengeschlossen, darunter auch der libertäre Verlag AK Press und die bekannte Umsonst-Klinik aus Berkeley. Das prominenteste Projekt im NoBAWC ist jedoch das Lusty Lady, „die einzige gewerkschaftlich organisierte und selbstverwaltete Peep-Show-Kooperative auf der Welt", wie es sich selbst auf die Reklametafeln geschrieben hat. Bereits als sich die Tänzerinnen im einst privaten Club gewerkschaftlich organisierten, schrieben sie Geschichte. Mit der Übernahme des Betriebs in Selbstverwaltung wurden die „Lusties", wie sich die Tänzerinnen nennen, endgültig zu einem wichtigen Referenzpunkt der SexarbeiterInnen-Bewegung.



This is not a porn. „Live Nude Girls Unite!" erzählt die Geschichte der Organisierung im Lusty Lady.

Live Nude Girls Unite!

Ins Rampenlicht der Öffentlichkeit geriet das Lusty Lady im Jahr 1997. Mehrere Missstände am Arbeitsplatz, darunter die Benachteiligung schwarzer Stripperinnen bei der Schichteneinteilung oder der mangelnde Schutz vor Gästen, die die Tänzerinnen filmten und fotografierten, führten damals dazu, dass sich die Belegschaft gewerkschaftlich organisierte. Es war nicht der erste Organisierungsversuch von Stripperinnen in den USA – allerdings der erste nachhaltig erfolgreiche. Siobhan Brooks, eine Feministin und Soziologin, die während ihres Studiums im Lusty Lady arbeitete, führte damals die Erfolglosigkeit vorangegangener Versuche u.a. darauf zurück, dass die Organisierungsbemühungen nicht auf einen *closed shop* abzielten. So konnten – wie etwa beim Pacer´s in San Diego – erkämpfte Errungenschaften schnell durch die Einstellung nicht gewerkschaftlich Organisierter unterlaufen werden, auf die die Bosse den Vertrag mit der Gewerkschaft nicht anwenden mussten.

Im Lusty Lady wollte man den Fehler aus San Diego nicht wiederholen. Zudem fand sich neben Brooks mit Julia Query eine weitere engagierte Feministin im Lusty Lady ein, die den Organisierungsprozess maßgeblich mit vorantrieb. 57 der insgesamt 72 Angestellten entschieden sich letztlich für eine Gewerkschaftsvertretung. Sie bildeten die Exotic Dancers Union – als Teil der Service Employees International Union (SEIU) und wurden von SexarbeiterInnen im ganzen Land unterstützt. Am Ende des Konflikts standen die Beseitigung der bemängelten Missstände, die Anwendung arbeitsrechtlicher Standards, höhere Löhne und ein Vertrag, mit dem der Gewerkschaft ein Mitspracherecht in der Einstellungspolitik eingeräumt wurde. Der Konflikt, der in den USA auch durch die Dokumentation „Live Nude Girls Unite!" relativ große Bekanntheit erreichte, inspirierte viele Stripperinnen in den USA, sich zu organisieren – auch wenn ähnliche Erfolge bis heute nicht folgten.

Coop-Show

Im Jahr 2003 entschieden sich die Tänzerinnen, erneut in den Streik zu treten. Grund für den Ausstand waren die Pläne der Geschäftsführung, die Stundenlöhne abzusenken. Der Streik war erneut ein Erfolg, doch die Geschäftsführung verkündete daraufhin, den Betrieb mangels Rentabilität zu schließen. Weil die Tänzerinnen nicht all das verlieren wollten, was sie sich erkämpft hatten, entschlossen sie sich, den Betrieb selbst zu übernehmen. Unterstützt wurden sie von anderen selbstverwalteten Betrieben wie etwa dem Good Vibrations, einer Ladenkette für Sexspielzeug in San Francisco, die zehn Jahre zuvor selbst in Arbeiterselbstverwaltung überführt wurde. Für 400.000 US-Dollar konnte der Club letztlich gekauft werden.

Auf ihrer Website erklären die Tänzerinnen, dass die Kooperative eine schätzenswerte Form des Wirtschaftens sei, die die ArbeiterInnen aber auch vor bestimmte Herausforderungen stelle. Im Fall des Lusty Lady sei dies vor allem die Tatsache, dass die Arbeiterinnen – wie üblich in dem Gewerbe – eher jung sind und häufig geringe Bildung genossen haben, die es erschwere, den Betrieb erfolgreich zu führen, wie die PR-Abteilung des Clubs gegenüber der *DA* erklärte. Innerhalb der Belegschaft sei es zudem immer ein Balanceakt, einerseits Verantwortung zu übernehmen, andererseits keine Autoritäten schaffen zu wollen – eine Gefahr, die bestehe, auch wenn die Teamleitung alle halbe Jahre von der Belegschaft selbst gewählt wird.

Durch den Wandel in der Sexindustrie, der mit dem Aufkommen der Internetpornografie einsetzte, haben viele Stripclubs an Klientel verloren. Auch das Lusty Lady musste deshalb in den vergangenen Jahren Umsatzeinbrüche hinnehmen. Dass sie sich den Laden in dieser Form immer leisten werden kann, darauf will sich die Belegschaft nicht verlassen. Und das ist auch einer der Gründe, warum das Lusty Lady weiterhin ein *union shop* ist und die Kooperative regelmäßig Verträge mit der Gewerkschaft abschließt. „Sollten wir doch mal wieder privat übernommen werden, dann müssen auch die vertraglichen Standards mit übernommen werden", erklärt die Pressesprecherin der Lusties. Aber „auch aus symbolischen Gründen brauchen wir die Gewerkschaft. Auf diese Weise unterstreichen wir unsere Forderung, als Menschen mit gleichen Rechten behandelt zu werden, was in der Sexindustrie geradezu revolutionär ist." Den Ruf nach Normalisierung, wie er der SexarbeiterInnen-Bewegung eigen ist, teilen so auch die Tänzerinnen des Lusty Lady. Sie wollen nicht als Sonderlinge behandelt werden – weder als Lohnabhängige, noch als Aktivistinnen in der Gewerkschafts- oder Genossenschaftsbewegung.

Holger Marcks

Fast Food Union

In den USA machen die IWW mit einer Gewerkschaftskampagne im Fastfood-Bereich von sich reden

Es ist nicht nur ein Klischee: Mit etwa zwei Mio. Beschäftigten ist die Fastfood-Industrie tatsächlich ein wesentlicher Teil der US-Ökonomie – und äußerst lukrativ obendrein, fällt dort doch die Ausbeutungsrate besonders hoch aus. Fast 20% der Beschäftigten in der Branche verdienten 2009 weniger als 5,15 Dollar netto die Stunde; und mit 1,8% ist der gewerkschaftliche Organisierungsgrad so gering wie in kaum einem anderen Bereich.

In dieser Situation führen die IWW eine Kampagne im Fastfood-Bereich, die von manchen bereits als „historisch" bezeichnet wird. Ort des Geschehens ist eine Kette namens „Jimmy John's", die über Filialen in 39 Bundesstaaten verfügt. Die Kette arbeitet auf Franchise-Basis, d.h. regionale Unternehmer können sich Rechte erwerben, um das Geschäftskonzept zu nutzen. So etwa in Minneapolis, wo die MikLin Inc. zehn Filialen leitet. Nach 2-jähriger Organisierungsarbeit bildete sich dort Anfang September die Jimmy John's Workers' Union (JJWU), die sich den IWW anschloss. Ihre konkreten Ziele: höhere Löhne, eine konsistente Schichtplanung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall u.a

Wohl auch im Bewusstsein, dass hier ein gewerkschaftlicher Dammbruch eintreten könnte, weigerte sich das Management zu verhandeln, was Aktionen gegen die Kette in 32 Bundesstaaten zur Folge hatte. Schließlich entschied sich die JJWU, Gewerkschaftswahlen in den betreffenden Filialen zu initiieren, so wie es die US-Arbeitsgesetze vorsehen – ein in den IWW durchaus unüblicher Schritt. Immerhin aber würde ein Erfolg (bei über 50% Zustimmung) die JJWU offiziell in den Rang einer „Mehrheitsgewerkschaft" hieven und das Management verpflichten, mit dieser zu verhandeln. Und es wäre der erste Erfolg dieser Art im US-Fastfood-Bereich.

Die Wahl avancierte somit zum Politikum, wobei selbst der regionale AFL-CIO-Verband seine Unterstützung für die JJWU erklärte. Das Management wiederum engagierte eine private Firma, darauf spezialisiert, betriebliches „Unionizing" zu verhindern. Nichts Ungewöhnliches: Amerikanische Beschäftige sehen sich vor erstmaligen Gewerkschaftswahlen einem enormen Druck ausgesetzt, so dass etwa zwischen 1999 und 2003 nur in 45% der Fälle die Belegschaften für eine Gewerkschaftsvertretung votierten. Bereits vor der Wahl am 22.10., zu der 200 Beschäftigte aufgerufen waren, meldete die JJWU 22 Verstöße gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen an die zuständige Bundesbehörde, die nach der Wahl noch um eine 12-seitige Liste ergänzt werden mussten. Der Wahlgang selbst war mit 85 Ja- und 87-Stimmen formell eine knappe Niederlage für die JJWU. Allerdings steht eine Untersuchung der Verstöße noch aus.

Indessen gibt sich die JJWU kämpferisch: „85 Ja-Stimmen, trotz sechs Wochen wilden Union Busting, bedeuten ein Mandat für einen Wandel", wie es in einer Pressemitteilung heißt. Und letztlich, so verkündete die JJWU, habe man noch viele andere Methoden in petto, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Für das neue Jahr hat sie bereits ein 10-Punkte-Programm angekündigt, mit dem sie „die Demokratie in die Fastfood-Betriebe bringen" möchte.

Leon Bauer

Gentryfikacji

Mit einem Mietstreik versucht die ZSP in Warschau, den Widerstand gegen die städtische Wohnungspolitik zu organisieren

Gentrifizierung ist auch in Polen allgegenwärtig. Sie vollzieht sich dort vor allem im Bereich des öffentlichen Wohnraums, wie etwa in Warschau, wo eine umfassende Privatisierung einhergeht mit drastischen Mieterhöhungen und verschärften Kriterien für den Erhalt einer Sozialwohnung. Als Reaktion auf die unsoziale Wohnungspolitik hatte die syndikalistische ZSP bereits im Oktober zu einem Mietstreik in der Hauptstadt aufgerufen (siehe *DA Nr. 202*). Noch befindet sich der Streik in einer Phase des Aufbaus, doch die ZSP hofft, dass er sich im neuen Jahr ausbreiten wird.

Spuk im Hochhaus

Das Engagement von ZSP-AktivistInnen in der Mieterbewegung begann vor eineinhalb Jahren, als die Stadtverwaltung mit ihren beispiellosen Maßnahmen in der Wohnungspolitik begann. Mitglieder der ZSP gründeten damals mit NachbarInnen einen ersten Mieterausschuss. Vor etwa einem Jahr protestierte man dann erstmals gegen Mieterhöhungen. Die Stadtverwaltung hielt den Protesten damals entgegen, dass die Mehreinnahmen für die Restaurierung verfallender Häuser verwendet würden. Doch letztlich wurde nur ein mageres Prozent des Geldes tatsächlich in Reparaturen investiert. Dabei können sich viele Menschen die neuen Mietpreise, sei es für die kommunalen oder die privatisierten Wohnungen, schlichtweg nicht leisten. Viele Menschen müssen sich deshalb häufig entscheiden, sich entweder Nahrung und Medizin zu kaufen oder ihre Miete zu bezahlen.

Mit der Wohnungspolitik verfolgt die Stadt die Absicht, die Anzahl der Sozialwohnungen drastisch zu reduzieren. Dies soll v.a. durch die Reprivatisierung von Gebäuden erreicht werden, die nach dem Zweiten Weltkrieg in öffentliche Hand übergegangen waren. Etwa 10.000 solcher Gebäude in Warschau stehen auf der Privatisierungsliste. Die ZSP beschaffte sich deshalb diese Liste und organisierte große öffentliche Versammlungen, in denen sie potenziell betroffene Mieter warnte. Zudem versucht die Stadt, den Kreis der Menschen zu beschränken, denen eine Sozialwohnung zusteht. Nach den neuen Regelungen dürfen Menschen, die mehr als den Mindestlohn von etwa 340 Euro verdienen, keinen Antrag auf eine solche stellen, weil „sie sich kommerzielle Mieten leisten können". Dabei verschweigt die Stadtverwaltung die Tatsache, dass eine Einzimmerwohnung auf dem privaten Wohnungsmarkt in Warschau im Durchschnitt mehr als 400 Euro kostet.

Als die ZSP begann, anderen MieterInnen zu helfen, kamen immer mehr Horrorgeschichten zu Tage – von Mietern, denen das Wasser und die Toilette abgeklemmt wurden, weil die Eigentümer sie vertreiben möchten; von Eigentümern, die dabei auch vor Brandstiftung nicht zurückschrecken; und von Menschen, die in einsturzgefährdeten Häusern wohnen. In manchen Fällen trauten sich MieterInnen nicht einmal, das Haus zu verlassen, weil sie fürchten, vom Eigentümer ausgesperrt zu werden. Vor einem Jahr hatten sich deswegen sogar Menschen in ihrem Haus verbarrikadiert. Sie überdauerten, indem sie Körbe aus ihren Fenstern hinunterließen, die die NachbarInnen mit Nahrung füllten.



Von der ZSP organisierte Versammlung. Das Gebäude war das erste, das im Zuge des Mietstreiks vor der Privatisierung gerettet werden konnte.

Versuch einer Aktivierung

Gegen die Pläne der Politiker und Spekulanten organisierte die ZSP zusammen mit Betroffenen eine Reihe von direkten Aktionen. So blockierte sie im letzten Winter mit verzweifelten MieterInnen zwei Wochen lang das Büro einer lokalen Hausverwaltung. Infolge dessen erhielten viele von ihnen eine neue Unterkunft mit angemessenen Standards. Im Herbst dann besetzte die ZSP vorübergehend das Bürgermeister-Büro im Warschauer Rathaus, um die Forderungen der Mieterbewegung nach öffentlichem Wohnraum zu unterstreichen. Auch die Stadtratssitzungen wurden mehrfach heimgesucht und lautstark gestört, um die Sache der MieterInnen auf die Tagesordnung zu bringen.

Im Gegensatz zu einigen moderaten AktivistInnen, die versuchten, Veränderungen auf politischem Wege zu erreichen, z.B. indem sie – letztlich erfolglos – für öffentliche Ämter kandidierten, entschied sich die ZSP dazu, die Proteste zu eskalieren und rief zum Mietstreik auf. Denn viele Menschen sind ganz konkret von Zwangsräumungen bedroht. In dieser Situation rät die ZSP dazu, sich dem Risiko nicht allein zu stellen. Wenn die Betroffenen ihre Miete nicht mehr aufbringen können, sollen sie sich dem Mietstreik anschließen und kollektiv ihre Wohnungen verteidigen. Noch ist die Bereitschaft zum Widerstand gering, auch wenn zehntausende Menschen in Warschau die genannten Probleme zu spüren bekommen.

Mit dem Mietstreik fordert die ZSP insbes. erschwingliche Mieten und die Festlegung realistischer Einkommenskriterien für den Erhalt einer Sozialwohnung, orientiert an den Mietpreisen des privaten Wohnungsmarktes. Außerdem verlangt sie den Stopp der Privatisierung kommunaler Wohnungen, die Instandsetzung verfallender Häuser und mehr Sozialbauten zur Kompensation abrissreifer Häuser. Einher gehen diese Forderungen mit der Idee der direkten Mieter- und Gemeindekontrolle des öffentlichen Wohnraums, welche die ZSP auf von ihr einberufenen Stadtteilversammlungen zu verbreiten versucht.

Der Streik selbst ist als Langzeitaktion angelegt. Es bleibt abzuwarten, wie er sich verbreiten wird, wenn immer mehr Menschen in Schulden geraten und ihren Rauswurf aus der Wohnung zu erwarten haben. Der Aktionstypus des Mietstreiks hat in Polen keine Tradition, weswegen er nur allmählich aufgebaut werden kann. Es handelt sich deshalb um eine unbefristete Aktion, die hoffentlich gerade erst begonnen hat.

Konstanty Grabarz

Auf die zehn

Die spanische CNT hielt im Dezember ihren 10. Kongress ab

Richtungsweisende Entscheidungen wurden vor dem 10. Kongress der CNT in Córdoba erwartet. Am Ende hatten die mehr als 400 Delegierten aus 107 Syndikaten, die durchaus kontrovers, teilweise sogar heftig diskutierten, einige Reformen zu vermelden. Deutlich wurde dabei eine Mehrheit von Syndikaten, die einen Modernisierungsprozess durchschreiten wollen, der die CNT gesellschaftlich weiter öffnen kann. Das Nationalkomitee, das in Zukunft die Bezeichnung „Konföderales Komitee" tragen wird, ging auf die CNT Córdoba über, deren Mitglied Alfonso Álvarez (Busfahrer) zum neuen Generalsekretär der CNT gewählt wurde.

Neben der Bekräftigung ihrer Prinzipien, Taktiken und Ziele beschloss die CNT vor allem einige Veränderungen in ihren Statuten, mit denen die Funktionsweise der Organisation vereinfacht und bisher interpretationsfähige Punkte klargestellt werden sollen. Dabei erhalten die Syndikate nun volle Autonomie bei der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, was bisher durchaus umstritten war. Außerdem wurde das höhere Stimmgewicht der Generalsekretariate abgeschafft, das diese in Abstimmungen bei Pattsituationen inne hatten, ebenso wie ein nachvollziehbarer Mechanismus zur Lösung interner Konflikte mit festgelegten Fristen geschaffen wurde. Die kontroverseste Neuerung betraf das Wahlsystem der CNT. Am Ende fand sich dann aber doch eine Mehrheit, die den Stimmschlüssel der Syndikate den aktuellen Realitäten anpassen und das häufig als unverhältnismäßig angesehene Stimmgewicht von Kleinstsyndikaten verringern will.

Ausgiebige Diskussionen gab es u.a. über die Situation der Studierenden in der Organisation, wobei beschlossen wurde, dass diese sich häufig in einer Übergangsphase befindliche Statusgruppe die freie Wahl hat, welchem Branchensyndikat man sich anschließt, entsprechend der beruflichen Perspektive oder der gegenwärtigen Situation auf dem Arbeitsmarkt. Festgestellt wurde daneben, dass in Zukunft darauf geachtet werden soll, dass Mittel der Organisation nicht etwa in spekulative Fonds fließen. Die Option, sich an alternativen Formen des Geldwesens zu beteiligen, wird dagegen geschätzt. Dazu passend, einigten sich die Delegierten auf die Stärkung von Formen alternativer Ökonomie wie etwa selbstverwalteten Produktions- und Konsuminitiativen. Explizit festgehalten wurde dabei, was die CNT unter kollektivierter Arbeit überhaupt versteht. Die diesbezügliche Diskussion möchte man in der Zukunft vertiefen, um in der Debatte um ökonomische Alternativen greifbare Konzepte anbieten zu können.

Gladys Araya

Putzen im Akkord

Die SAC wehrt sich gegen die zunehmende Arbeitsbelastung in einer schwedischen Uni-Klinik

Genau 36 Sekunden haben die Reinigungskräfte in der Uni-Klinik Lund (USIL) Zeit, um eine Toilette zu säubern. Um Missstände wie diese zu beseitigen, trat Anfang November die dortige Betriebsgruppe der syndikalistischen SAC in den Arbeitskampf. Das Ziel ist eine 40-prozentige Abminderung der Arbeitsbelastung. Bereits seit fünf Jahren ist die Betriebsgruppe aktiv, um die Arbeitsbedingungen beim Subunternehmen ISS zu verbessern. Mit Kurzstreiks (drei Stunden, zweimal in der Woche) will man diesmal den Arbeitgeber unter Druck setzen.

„Wenn es so weiterginge, würde das Risiko für die Reinigungskräfte, Patienten und das Pflegepersonal steigen, krank zu werden", so Adrian Kilje, Sekretär der USIL-SAC. „Wir streiken, weil es der ISS egal ist, was wir zu sagen haben. Sie kehren buchstäblich die Probleme unter den Teppich". Dass es möglich ist, die Arbeitsbelastung zu verringern, hält die USIL-SAC für selbstverständlich: „Ein multinationaler Konzern mit Milliardengewinnen kann sich das leisten. Wenn sie meinen, das Geld nicht zu haben, müssen sie ihre Prioritäten neu setzen", erklärte Kilje weiter. Die SAC schlug dabei vor, lieber bei den Gehältern der Bosse und bei der Gewinnausschüttung an die Eigner zu sparen.

Nach zwei Wochen Streik reagierte der Arbeitgeber, indem er Kilje, den Sekretär der Betriebsgruppe, zwangsversetzte. Als Vorwand diente die Behauptung, er habe sein Arbeitspensum nicht erfüllt. „Mit dieser Machtdemonstration wollte das Unternehmen die Kritik an der Arbeitsbelastung unterbinden und die Putzkräfte zum Schweigen bringen. Das ist ein klarer Verstoß gegen das Koalitions- und Streikrecht in Schweden", erklärte dazu Fredrik Nilsson, Gewerkschaftsorganisator der SAC-Ortsgruppe in Malmö, die aus Solidarität mit Kilje Streikdrohungen an andere regionale Betriebe mit ISS-Aufträgen versendete. Nachdem schließlich in ganz Schweden ähnliche Warnungen und Protestschreiben eingingen, sah sich ISS gezwungen, die Versetzung Kiljes zurückzunehmen.

Stattdessen bot man Kilje eine Abfindung in Höhe von 15 Monatsgehältern an, wenn er freiwillig gehen würde. Der aber ließ sich nicht kaufen: „Soll ich etwa meine Kollegen enttäuschen, die Betriebsgruppe, meine Gewerkschaft? SAC-Mitglieder verkaufen sich nicht. Nie." Die Betriebsgruppe steht somit immer noch zusammen, und der Arbeitskampf ist noch nicht zu Ende. Gezeigt hat sich aber erneut, dass Streiks und moderne Protestmethoden sich gut ergänzen.

Anders Knutsson

Wie ihr die SAC unterstützen könnt, erfahrt ihr auf Seite 1

Meldungen aus der IAA

CNT (Spanien): Wiedereinstellung bei Flightcare
Ein Arbeitsgericht in Barcelona hat Anfang Dezember die Entlassung eines CNT-Gewerkschafters bei Flightcare für ungültig erklärt. Der Sekretär der CNT-Sektion bei dem am Flughafen von Barcelona tätigen Bodendienstleiter war gefeuert worden, nachdem die CNT wiederholt Verstöße des Unternehmens bei der Arbeitsaufsicht gemeldet und einen mehrtägigen Streik organisiert hatte (siehe *DA Nr. 202*). Die CNT erklärte dazu, dass es dem Unternehmen „trotz anhaltender Repression nicht gelingen wird, die CNT-Delegierten im Betrieb zu eliminieren". Man werde auch in Zukunft die Rechte der ArbeiterInnen verteidigen und die Benachteiligung von CNT-Mitgliedern nicht dulden.

CNT (Spanien): Erfolge auch bei der Flightcare-Mutter
Die CNT hat zwei Prozesse gegen das Unternehmen FCC in Zaragoza gewonnen, in denen es um die Entlassung von Straßenreinigern ging. Beide Urteile gaben der CNT-Sektion bei FCC Recht, dass das Unternehmen grundlegende Arbeiterrechte wie die Freiheit der gewerkschaftlichen Organisierung verletzt hatte. Die beiden Betroffenen, die dem Unternehmen zufolge aus disziplinarischen Gründen gefeuert wurden, erhielten ihre Arbeitsplätze mittlerweile zurück. Jedoch befindet sich die CNT weiterhin im Konflikt mit FCC, da das Unternehmen sich weigert, den Branchentarifvertrag anzuwenden, den es selbst unterschrieben hat. Zudem fordert die CNT die Einführung eines Stellenvergabesystems, in dem die Wochenend-ArbeiterInnen mit langer Betriebszugehörigkeit ein Anrecht auf Vollzeitstellen haben. Bei dem FCC-Unternehmen handelt es sich um das Mutterunternehmen von Flightcare, in dem CNT-Mitglieder ebenfalls Repressionen ausgesetzt sind (siehe oben).

SF (England): Randale in der Tory-Zentrale
Die Solidarity Federation bezeichnet die Versuche, sie für die bei Studierendenprotesten in London entstandenen Schäden an der Tory-Zentrale verantwortlich zu machen, als „absurd". Zuvor hatten sich verschiedene Nachrichtenreporter zu Spekulationen hinreißen lassen, dass die vorübergehende Besetzung der konservativen Parteizentrale am 10. November (siehe S. 9) auf eine Internetverschwörung u.a. der SF zurückgehe. Die SF verweist auf die spontane Dynamik der Aktion, die man nicht einfach einem „harten Kern von Unruhestiftern" anheften könne. Gleichzeitig ruft sie zu verstärkten direkten Aktionen gegen die Sparmaßnahmen und die Einführung exorbitanter Studiengebühren auf.

Meldungen zusammengestellt von Henry Ortega Spina

Ein ehrbarer Beruf?

An der Prostitution scheiden sich die Geister. Auch innerhalb der feministischen Bewegung.

Als am 20.12.2001 die rot-grüne Mehrheit des Bundestages das Prostitutionsgesetz beschloss, sollte eine Rechtssicherheit für Prostituierte bewirkt und ihre Arbeits- und Lebenssituation generell verbessert werden. Prostitution wurde damit als Dienstleistung und nicht länger als sittenwidrig definiert. Den SexarbeiterInnen wurde die Möglichkeit eingeräumt, ausstehendes Honorar persönlich und legal einzufordern. Außerdem bekamen sie die Möglichkeit, ihren Beruf als sozialversicherungs- und lohnsteuerpflichtige Tätigkeit inklusive der entsprechenden Rechte auszuüben.

Seitdem hat Deutschland eine im internationalen Vergleich recht liberale Regelung, denn in vielen Ländern drohen staatlicherseits unangenehme Konsequenzen. So zum Beispiel in Schweden, wo Freier für bis zu sechs Monate ins Gefängnis wandern können, Zuhälter sogar bis zu sechs Jahre. Die Prostituierten soll die Härte des Gesetzes hingegen ausdrücklich nicht treffen. Ihnen soll beim Ausstieg aus dem Gewerbe geholfen werden. Dieses weltweit einmalige totale Verbot der Prostitution wurde 1999 beschlossen, von einer rot-rot-grünen Regierung. Bei der Frage, wie gesellschaftlich mit der Prostitution umgegangen werden soll, können die Grenzlinien zwischen den politischen Spektren nicht klar nachvollzogen werden. Nicht zuletzt auch die feministische Bewegung ist in dieser Frage gespalten.

So positionierte sich zum Beispiel die Zeitschrift *Emma* in ihrer Ausgabe 01/2007, wie auch zuvor schon, entschieden gegen die gesetzliche Regelung in Deutschland und begründet dies damit, dass „alle Dämme gebrochen" seien, seit die Prostitution in Deutschland „ein Beruf wie jeder andere" sei. In letzter Konsequenz sei es in diesem Zusammenhang auch kaum verwunderlich, dass einzelne Jobcenter arbeitslose Frauen unter Androhung von Leistungskürzungen aufgefordert haben, in der Sexbranche zu arbeiten Das Gesetz würde in erster Linie den ZuhälterInnen und MenschenhändlerInnen nützen, die nun ihre Geschäfte unkontrolliert ausüben könnten, weil die Polizei über keine rechtliche Handhabe mehr verfüge, die Strukturen des Sexgewerbes zum Beispiel durch regelmäßige Razzien zu durchleuchten. Durch das Prostitutionsgesetz könnten Frauen heute öffentlich „wie Vieh" angeboten werden, schreibt *Emma*, und nennt als Beispiel die Praxis des Kölner Bordells Pascha (siehe Artikel Seite 14), auf Taxis zu werben. Hart geht *Emma* mit der „sogenannten Hurenbewegung" ins Gericht: In Sexarbeiterorganisationen wie Hydra e.V. (siehe Interview auf Seite 3) seien vor allem studierende Gelegenheitsprostituierte und SozialwissenschaftlerInnen aktiv, die nur einen sehr kleinen Teil der Prostituierten repräsentieren würden. 95% der Prostituierten in Deutschland seien hingegen Zwangsprostituierte. *Emma* bezieht sich ausdrücklich positiv auf den schwedischen Umgang mit dem Thema.

Kathrin Schrader vom Feministischen Institut Hamburg sieht das anders. Sie betont in einem „Plädoyer für die Achtung von Alterität und Destigmatisierung in der Sexarbeit", dass die durch das Prostituiertengesetz geschaffenen Neuregelungen noch nicht weit genug gehen würden, um eine spürbare Verbesserung für die Prostituierten zu bewirken. Das Bundesgesetz werde durch verschiedene Ländergesetze ausgehebelt, die es nach wie vor ermöglichen, Rechtsverordnungen zu erlassen, die die Prostitution halb- oder lokal vollständig illegalisieren. Auf dieser Grundlage könnten nach wie vor willkürlich Razzien durchgeführt werden. Außerdem fehle es an Durchführungsbestimmung, wie das Gesetz angewendet werden soll. Dadurch würden Willkürakte zum Beispiel seitens der Finanzämter gegen SexarbeiterInnen und BordellbetreiberInnen ermöglicht, welche die eigentliche Intention des Gesetzes, nämlich Rechtssicherheit zu schaffen, untergraben würden. Es seien die SexarbeiterInnen, die nach wie vor als erste diese Missstände zu spüren bekommen. Das Gesetz habe nur leichte Verbesserungen für die Prostituierten gebracht, die sich in einer stabilen sozialen Situation befinden. Für den stärker prekarisierten Teil der Branche, vor allem MigrantInnen und Drogenabhängige, habe sich mit dem Gesetz kaum etwas geändert.

Opferdiskurse

FeministInnen wie Schrader kritisieren die *Emma*-Fraktion dafür, dass sie die Prostituierten in einer eindimensionalen Position als Opfer darstellen und ihnen jede Möglichkeit der Selbstbestimmtheit absprechen. Als AkteurInnen mit eigener Stimme ließe sie den SexarbeiterInnen im Diskurs kein Raum, sondern würde ihnen die Rolle der passiven Opfer zuweisen. Außerdem würde die Heterogenität der Branche unterschlagen, wenn sie die Prostituierten, die nur einen Teil der SexarbeiterInnen neben den StripperInnen, den PornodarstellerInnen, den Dominas usw. stellen, unterschiedslos als unterdrückte Frauen präsentieren, die ihren Beruf allein aufgrund männlichem Zwangs ausüben. Dabei werde nicht nur übersehen, dass es ebenfalls eine männliche und eine transgender Prostitution gibt, sondern auch, dass die Umstände, unter denen diese praktiziert wird, zwischen Straßenstrich und Edel-Bordell, Escort-Service und Sexualbegleitung für Menschen mit Behinderung, in vollkommen verschiedenen sozialen Verhältnissen stattfindet. Diese FeministInnen gehen hingegen davon aus, dass SexarbeiterInnen nicht per se als Opfer anzusehen sind. Sie seien in ihrer beruflichen Situation nur verletzbarer. Der entscheidende Grund für diese Verwundbarkeit wird in der gesellschaftlichen Stigmatisierung der Sexarbeit gesehen, was sich besonders drastisch bei migrantischen und drogenabhängigen SexarbeiterInnen bemerkbar mache. Dementsprechend bekämpfen sie nicht die Prostitution, sondern ihre Stigmatisierung. Sie definieren die Prostitution als Dienstleistung und soziales Handlungsfeld der beteiligten AkteurInnen.

Für DifferenzfeministInnen wie Alice Schwarzer oder auch die australische Professorin Sheila Jeffreys ist und bleibt Prostitution hingegen Repräsentation und Reproduktion patriarchaler Unterdrückung, die es generell zu bekämpfen gelte. Für sie verkaufen die SexarbeiterInnen keine Dienstleistungen, sondern ihren Körper an die Männer. Eine andere Perspektive beschönige die sexuelle Ausbeutung der Frauen und verharmlose den physischen und psychischen Schaden, den sie erleiden würden. Gleichzeitig sei es den Männern über die Käuflichkeit von Frauen möglich, ihren eigenen Statusverlust durch die weibliche Emanzipation der letzten Jahrzehnte auszugleichen. Durch die Unterscheidung zwischen freiwilliger und erzwungener Sexarbeit werde letztendlich das gesamte Business legitimiert.

Nicht zuletzt sind es auch die AkteurInnen der „Hurenbewegung" selbst, die sich entschieden gegen solche Positionen wehren. Simone Kellerhoff von Hydra e.V. betont in einem Interview mit der Jungle World (August 2010), dass Prostitution nicht auf Zwang und Menschenhandel beschränkt werden könne. Gerade der Menschenhandel sei ein Problem, das nicht nur das Sexgewerbe, sondern auch andere Sektoren wie die Bauindustrie und den Bereich der Dienstleistung im familiären Bereich betreffe. Dementsprechend müsse es auch analysiert werden. Die große Mehrheit der SexarbeiterInnen würde selbstbestimmt handeln. Kellerhoff stellt heraus, dass die Prostituierten im Rahmen ihrer beruflichen Praxis nicht unbedingt in erster Linie Sex verkaufen, sondern „eine kurze Beziehung". Sie seien auch PsychologInnen und SozialarbeiterInnen und würden „eine Vision von Wellness, wie man es heute nennt, eine Vision des Angenommenwerden, von Geborgenheit" verkaufen.

(Self-)Organizing Sexworkers?

Innerhalb der kämpferischen Gewerkschaftsbewegung findet eine Debatte und Praxis zum Thema gewerkschaftliche Organisierung von SexarbeiterInnen vor allem in den USA statt, wo auch auf weitestgehend praktische Erfahrungen zurückgegriffen werden kann (siehe Artikel Seite 10).

In der anarcha-feministischen Bewegung überwogen (historisch betrachtet) die Stimmen, die sich vor allem gegen eine Illegalisierung der Prostitution aussprachen. So schrieb zum Beispiel Emma Goldman 1917 in ihrem Text „The traffic in woman": „Für die Moralisten besteht Prostitution nicht so sehr aus dem Fakt, dass Frauen ihre Körper verkaufen, sondern darin, dass sie es außerhalb der Ehe tun." Goldman verweist in dieser Schrift auf die Doppelmoral der bürgerlichen Gesellschaft, die die Prostituierten stigmatisiert, aber nicht die sozialen Verhältnisse beachtet, auf deren Grundlage Frauen sich prostituieren. Ausgerechnet aus der Prinzipienerklärung des Syndikalismus von Rudolf Rocker aus dem Jahr 1919 stammt ein Satz, der sich von dieser bürgerlichen Haltung nicht sonderlich abhebt. Dort heißt es: „Die gesellschaftliche Klassenteilung und der brutale Kampf ‚Aller gegen Alle', diese charakteristischen Merkmale der kapitalistischen Ordnung, wirken in der selben Zeit auch degenerierend und verhängnisvoll auf den Charakter und das Moralempfinden des Menschen, indem sie die unschätzbaren Eigenschaften der gegenseitigen Hilfe und des solidarischen Zusammengehörigkeitsgefühls [...] in den Hintergrund drängen und durch krankhafte antisoziale Züge und Gewohnheiten ersetzen, die im Verbrechen, in der Prostitution und in allen anderen Erscheinungen der gesellschaftlichen Fäulnis ihren Ausdruck findet." Die syndikalistische Frauenbewegung „Mujeres Libres" (Freie Frauen) in Spanien argumentierte differenzierter und wandte sich schon damals gegen die Stigmatisierung und ein Verbot der Prostitution, wie es seit 1931 in Spanien Gesetz war. Sie verwiesen darauf, dass von der staatlichen Repression in erster Linie die Prostituierten betroffen waren, nicht etwa die Freier, und eröffneten soziale Zentren in denen Prostituierte unterkommen konnten. Außerdem halfen die Mujeres Libres SexarbeiterInnen, die sich einen anderen Beruf suchen wollten dabei, dies zu realisieren. Diese beiden Beispiele zeigen, dass die historische libertär-feministische Bewegung die Prostitution zwar nicht befürwortete, dass es ihr aber schon in erster Linie darum ging, das Stigma, das auf den SexarbeiterInnen lastete, zu bekämpfen und die wahren Missstände, die sozio-ökonomische Situation der Menschen, in den Fokus zu rücken. Gleiches kann man von dem großen Theoretiker des Syndikalismus, Rudolf Rocker, der Prostitution und Verbrechen in einem Atemzug nannte, nicht behaupten. Dass es heute (Anarcha-) FeministInnen gibt, die sich ausdrücklich positiv auf Sexarbeit als eine mögliche Option der Lohnarbeit beziehen, ist eine neuere Entwicklung der letzten Jahrzehnte (siehe u.a. Artikel Seite 13). Was dies unter Umständen für eine syndikalistische Praxis bedeuten würde, ist eine Frage, die nicht nur in Deutschland noch weitgehend undiskutiert ist.

Florian Wegner

Der rote Faden

Eine kurze Geschichte der SexarbeiterInnen-Bewegung

1966: Ein Gruppe von Transfrauen, darunter einige SexarbeiterInnen, verursachen einen Aufruhr in einer Cafeteria in San Francisco, als ein Polizeibeamter eine von ihnen verhaften möchte.

1967: 42 Bunnies aus dem New Yorker Playboy Club lancieren den „Bunny Strike", nachdem die Verhandlungen über einen Kollektivvertrag gescheitert sind.

1969: Eine Polizeirazzia in der New Yorker Christopher Street, bekannt für sein Klientel aus Drag Queens, Transmenschen und Schwulen, einschließlich vieler SexarbeiterInnen, führt zu einer Serie gewaltvoller Proteste.

1973: Die größte feministische Organisation in den USA, die National Organization of Women (NOW), verabschiedet eine Resolution, in der sie sich für die Entkriminalisierung der Prostitution ausspricht. – In San Francisco wird die SexarbeiterInnen-Organisation „Call Off Your Old Tired Ethics" (COYOTE) von der Feministin Margo St. James gegründet.

1975: Im Zuge einer internationalen Kampagne für die Entlohnung von Hausarbeit bildet sich das English Collective of Prostitutes (ECP). – Über 100 Frauen besetzen eine Woche lang im französischen Lyon die Saint-Nizier-Kirche, um gegen die Kriminalisierung ihrer Prostitutionstätigkeit, aber auch die mangelnde Aufklärungsbereitschaft der Polizei bei Ermordungen von Prostituierten zu protestieren.

1979: Mit dem US Prostitutes Collective (US PROS) entsteht eine amerikanische Schwesterorganisation des ECP.

1980: Auf der UN-Weltfrauenkonferenz protestiert das US PROS gegen eine Resolution über Menschenhandel aufgrund deren Auswirkungen auf die Situation migrantischer Sexarbeiterinnen, während COYOTE die Resolution unterstützt. Das US PROS distanziert sich daraufhin von COYOTE aufgrund von Differenzen in der Rassismus- und Kapitalismus-Analyse. – Auf einer Frauenkonferenz in San Francisco prägt Carol Leigh den Begriff „Sexarbeit", der sinnbildlich für das neue Selbstbewusstsein der Prostituiertenbewegung wird.

1981: Die Pornoindustrie stellt auf Videokassetten um. Dadurch erreichen Pornofilme ein Massenpublikum und entstehen große Pornostudios. Einher damit geht ein deutlicher Anstieg der Sexarbeit in der Pornobranche. – In der medizinischen Fachliteratur wird zum ersten Mal über eine Krankheit berichtet, die später den Namen AIDS tragen soll.

1983: Anhörungen im Stadtrat von Minneapolis über eine antipornographische Verordnung unter Beratung der Feministinnen Andrea Dworkin und Catharine MacKinnon, die Pornos als Verletzung der Bürgerrechte von Frauen werten, haben zur Folge, dass Präsident Reagan einen nationalen Ausschuss zu Obszönitätsfragen bilden lässt.

1985/86: Auf den zwei Welthurenkongressen in Amsterdam und Brüssel wird die Weltcharta für Prostituiertenrechte verabschiedet. Mit der Charta wird eine Unterscheidung von erzwungener und gewählter Sexarbeit in die Debatte eingeführt.

1986: Mit Maggie´s wird das erste von Sexarbeiterinnen geführte Bildungsprojekt in Kanada gegründet.

1991: Der Serienmörder Jeffrey Dahmer wird in Milwaukee verhaftet und angeklagt, 17 junge Stricher ermordet zu haben, die er als vermeintlicher Freier geködert hatte.

1997: Tänzerinnen des Lusty Lady in San Francisco bilden die erste erfolgreiche Stripperinnen-Gewerkschaft in den USA und setzen bessere Arbeitsbedingungen durch. – In Kalkutta findet der erste landeswei-

„Besondere Dienstleistungen"

Eine gewerkschaftliche Organisierung für SexarbeiterInnen wird vom Ver.di Fachbereich 13 „besondere Dienstleistungen" angeboten. Auf der Homepage des Fachbereiches sucht man nach Informationen dazu allerdings vergeblich. Auch in der Rubrik „Berufe und Branchen" werden zwar unter anderem die Zeitarbeit, das Bestattungswesen und die Sicherheitsdienste aufgeführt, das Sexgewerbe aber nicht. Laut einer Presseerklärung des Bochumer Frauenprojektes Madonna e.V aus dem Jahr 2007 organisieren sich nur sehr wenige Prostituierte gewerkschaftlich.

Das härteste Gewerbe der Welt

SexarbeiterInnen sind häufig von Gewalt betroffen. Dagegen richtet sich alljährlich ein internationaler Gedenk- und Aktionstag am 17. Dezember.

„Ich tötete so viele Frauen, dass es mir schwer fällt, sie auseinanderzuhalten ... Meine Absicht war es, so viele Frauen wie möglich zu töten, von denen ich dachte, sie seien Prostituierte ... Ich wählte Prostituierte als meine Opfer aus, weil sie sich einfach verschleppen ließen, ohne dass jemand Notiz davon nahm."

Gary Rigdewood, der „Green River Killer" von Seattle, im Mai 2003.

Im November 2001 wurde der Serienmörder Gary Ridgewood in Reno (Washington) verhaftet, als er eine Lastwagenfabrik verließ, in der er über 30 Jahre lang unauffällig gearbeitet hatte. Während dieser Zeit ermordete er nachweislich 48 Frauen (nach eigenen Angaben mehr), von denen fast alle Prostituierte oder Treberinnen waren. Ihre Leichen vergrub er in den umliegenden Forstgebieten von King County. „Die meisten von ihnen tötete ich in meinem Haus nahe der Military Road", gestand Ridgewood später. „Ich ordnete die meisten der Leichen in Gruppen an, die ich Cluster nenne. Ich mag es an den Clustern vorbeizufahren und über die Frauen nachzudenken, die ich dort platziert habe." Er prahlte damit, dass er insgesamt mehr als 90 Frauen zu Tode gewürgt und „Sex" mit ihren toten Körpern gehabt habe. Um u.a. an die toten Frauen zu erinnern, die der grausame Green River Killer auf dem Gewissen hat, organisierte die Gründerin des U.S. Sex Workers Outreach Project (SWOP), Dr. Annie Sprinkle, erstmals am 17. Dezember 2003 den Internationalen Tag zur Beendigung der Gewalt gegen SexarbeiterInnen.

Isolation und Angst

„Ich wählte Prostituierte als Opfer aus, weil ich Prostituierte am meisten hasse und ich sie nicht auch noch für Sex bezahlen wollte", erzählte Ridgewood den Reportern. Die Tatsache, dass all diese Morde über 20 Jahre lang unbemerkt blieben, deutet an, dass Ridgewood nicht der einzige ist, dem Schuld an diesen bösartigen Verbrechen zukommt. Die Haltung des Staates und der Polizei gegenüber SexarbeiterInnen und das hasserfüllte Stigma, das die Gesellschaft ihnen im Großen und Ganzen auferlegt, trugen dazu bei, dass diese Morde eine derart lange Zeit ungeahndet blieben. Bis heute unterliegen SexarbeiterInnen dem größten Risiko, Gewalt angetan zu bekommen oder ermordet zu werden.

Obgleich Sexarbeit häufig das „älteste Gewerbe der Welt" genannt wird, konnten die ArbeiterInnen in diesem steinalten Erwerbszweig kaum von der nachhaltigen Etablierung umfassender Gewerkschaftsstrukturen in der Arbeitswelt profitieren. Trotz eines mittlerweile mehr als 40 Jahre währenden internationalen Aktivismus im Bereich der Sexarbeit, sind die Ausmaße kollektiver Organisierung nach wie vor bescheiden. Aufgrund der häufigen staatlichen Kriminalisierung ihrer Tätigkeit, arbeiten die meisten SexarbeiterInnen auf der Welt unter unregulierten und unsicheren Arbeitsbedingungen. Vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Stigmatisierung und eines ausbleibenden gesetzlichen Schutzes vor Gewaltverbrechen, führen sie häufig ein Leben in Isolation und Angst. Dabei durchdringt Prostitution große Teile der Gesellschaft und ist so alt wie die Zivilisation selbst. Sie ist eine Tatsache, die zum sexuellen Leben der Menschheit dazugehört, und es gibt wenige Gründe zu glauben, dass sie jemals verschwinden wird. ArbeiterInnen zu verfolgen, die sich in dieser recht menschentypischen Situation befinden, ist deshalb eine Form der sozialen Ungerechtigkeit, die vom Staat und religiösen Institutionen unterfüttert wird und den betroffenen ArbeiterInnen eine unnötige Gewalt aufbürdet.

In der Tat ist es der Staat, der die Rahmenbedingungen für diese Gewalt schafft. Zwar bringt der gegenwärtige Menschenrechtsdiskurs viele herzergreifende Forderungen nach der Abschaffung von Menschenhandel und Kindersklaverei hervor. Doch gerade diese – häufig puritanische – Bewegung, die beabsichtigt, die Prostitution mittels staatlicher Regulierung zu beseitigen, erzeugt in Wirklichkeit die Bedingungen für weitere Malträtierungen. Eine stärkere Kriminalisierung von Prostitution treibt SexarbeiterInnen weiter in den Untergrund und schafft perfekte Verhältnisse für Banden und deren Schattenwirtschaft, in der SexarbeiterInnen besonderen Gefahren ausgesetzt sind. Sogenannte „sexpositive" Feministinnen, einschließlich der globalen AktivistInnen rund um den 17. Dezember, fordern deshalb eine internationale Entkriminalisierung (1) von Sexarbeit, die es SexarbeiterInnen ermöglicht, offen zu arbeiten. Denn die Wahrung ihrer Rechte als Menschen und als ArbeiterInnen ist der beste Weg, Missbrauch, Erkrankungen und Zwangsprostitution zu vermeiden.

In Bewegung

Heute markiert der 17. Dezember einen wichtigen Tag für SexarbeiterInnen in ihrem Organisierungsprozess auf der ganzen Welt, so in Kenia, Australien, Neuseeland, Indien, Frankreich, England, Deutschland, den Vereinigten Staaten und den Niederlanden. Es ist allerdings nicht die erste Gelegenheit für internationale SexarbeiterInnen-Organisierung. 1985 und 1986 tagten in Amsterdam und Brüssel die zwei Welthurenkongresse. Damals verabschiedete ein internationales Komitee die Weltcharta für Prostituiertenrechte, in der die „Entkriminalisierung aller Teilbereiche der Erwachsenenprostitution, die aus individueller Entscheidung begangen wird", gefordert wurde. Weiterhin forderte man die Sicherstellung „aller Menschen- und Bürgerrechte, einschließlich der Rede-, Reise- und Einwanderungsfreiheiten, des Rechts auf Heirat, auf Arbeitslosen- und Krankenversicherungen und auf eine Unterkunft", und schließlich die Einhaltung von Arbeitsstandards wie die freie Wahl des Arbeitsplatzes und des Wohnsitzes, die Abschaffung von spezieller Prostitutionszonen und den Einbezug in das Steuersystem – mit dem Recht auf entsprechende Sozialleistungen – „auf derselben Grundlage wie bei anderen FreiberuflerInnen und VertragsarbeiterInnen".(2)

Die Geschichte der SexarbeiterInnen-Bewegung kennt viele Meilensteine: Von den ersten Bemühungen des Französischen Prostituiertenkollektivs im Jahr 1975 als 150 Sexarbeiterinnen eine Kirche in Lyon besetzen; die Proklamation des English Collective of Prostitutes, „Armut und nicht Prostitution zu ächten"; die Initiierung von COYOTE durch die US-Aktivistin Margot St. James im Jahr 1973, die Gründungen von Hydra 1980 in Deutschland, von ASPASIE 1982 in Genf, von APC und CORP 1983 in Kanada bzw. Australien oder von „De Rode Draad" und „De Roze Draad" 1984 in den Niederlanden; die Ausdehnung der Bewegung in den 1990er Jahren auf Transsexuelle, homosexuelle und migrantische ArbeiterInnen; die Europäische Konferenz zu Sexarbeit, Menschenrechten, Arbeit und Migration im Oktober 2005 in Brüssel, mit der ein neues internationales Bewusstsein für das Problem geweckt wurde, dass dem Menschenhandel häufig vermeintlich freiwillige Entscheidungen zur Arbeitsmigration zugrunde liegen (3), und der Streik von 35.000 SexarbeiterInnen im Oktober 2007 in El Alto (Bolivien). Es scheint heute, dass die Aufmerksamkeit für die SexarbeiterInnen-Bewegung in den allgemeinen Medien und den internationalen Menschenrechtsinstitutionen wieder wächst, nachdem sie in den 1980ern und frühen 90ern vielfach ignoriert wurde.

Die Wurzeln des Problems

Laut einer Studie aus dem August 2010 von ProCon, einer nicht-profitorientierten Organisation zur Untersuchung kontroverser sozialer Angelegenheiten, haben etwa die Hälfte von 100 untersuchten Ländern die Prostitution legalisiert. Diese Länder machen 27% der Weltbevölkerung aus. In der anderen Hälfte der untersuchten Staaten (mit einem Anteil von über 70% der Weltbevölkerung) unterliegt Prostitution entweder einer Kriminalisierung (50% der Länder und 60% der Weltbevölkerung) oder einer eingeschränkten Legalität, bei der z.B. Zuhälterei rechtlich geschützt ist, nicht aber die Sexarbeit selbst (betrifft 10% der Länder und 13% der Weltbevölkerung).(4) Diese Statistiken lassen vermuten, dass es in den letzten 40 Jahren einen Trend zur partiellen oder vollen Legalisierung der Prostitution gab.

Doch trotz der scheinbaren Liberalisierung des Sex-Gewerbes durch Legalisierungsmaßnahmen sind Komplikationen festzustellen, die neue Probleme zur Folge haben. Dazu zu zählt vor allem eine weiterhin restriktive und stigmatisierende Politik gegenüber legalisierten SexarbeiterInnen, wie etwa die Festlegung bestimmter Prostitutionszonen, hohe Steuern und Lizenzgebühren sowie übermäßig häufige und degradierende Tests wegen eventueller Geschlechtskrankheiten. In Ländern, in denen Prostitution legalisiert wurde, gibt es häufig einen Anstieg der Zwangsprostituierung von Sexarbeiterinnen aus ärmeren Ländern, die als unterbezahlte Sexsklavinnen arbeiten, meist in einem illegalen Sektor der trotz der Existenz eines legalen Prostitutionsmarkts weiter besteht. Größeren Schaden erleiden SexarbeiterInnen auch durch die soziale Stigmatisierung, sogar in Ländern, wo es angeblich legal ist, eine Prostituierte zu sein. Die öffentliche Haltung aus Ungnade und Hass gegenüber SexarbeiterInnen ist tief verwurzelt in den patriarchalen und religiösen Werten, die nicht so einfach verändert werden. Deshalb wird die Legalisierung allein nicht die Probleme der menschlichen Missstände in der Sexindustrie lösen. Vielmehr ist eine größere öffentliche Kampagne zur Entstigmatisierung notwendig, zusammen mit einer allgemeinen Entkriminalisierung anstelle einer staatlich kontrollierten Legalisierung.

In den meisten Ländern erfolgt die Organisierung von SexarbeiterInnen außerhalb anerkannter Gewerkschaften, zumeist in Form von Netzwerken der gegenseitigen Hilfe, die nicht die vollwertigen Rechte einer Arbeiterinteressenvertretung besitzen. Dieses Defizit bietet aber zugleich auch Potenziale für die anarchosyndikalistische Vision kollektiver Organisierung. Es wäre zu begrüßen, wenn sich auch ArbeiteraktivistInnen aus der Tradition der radikalen Linken zunehmend an diesem Diskurs beteiligen würden.

Annabelle X.
Übersetzung: Holger Marcks

Die Autorin ist Anarchafeministin und sowohl Mitglied der New Yorker SWOP-Gruppe als auch aktiv bei der Sex Worker Action New York. Sie ist Studentin und arbeitet nebenberuflich als Domina.

Anmerkungen

1) Zu beachten ist, dass Entkriminalisierung und Legalisierung nicht das Gleiche sind. Während letztere staatliche Eingriffe in Form von Regulierung, Besteuerung, Lizenzvergaben etc. festlegt, bedeutet ersteres lediglich, dass der Staat keine Bestrafung von Sexarbeit als krimineller Tätigkeit vornimmt und die Rechte von SexarbeiterInnen vor gewalttätigen Übergriffen schützt wie bei jedem anderen Bürger auch.

2) International Committee for Prostitutes' Rights (ICPR), „World Charter for Prostitute Rights"; siehe www.walnet.org/csis/groups/icpr_charter.html

3) Die Sexarbeit-Expertin Jo Doezema argumentiert, dass in den meisten Fällen von Sexhandel, in denen ArbeiterInnen von Hilfsorganisationen „befreit" wurden, die ArbeiterInnen keine gezwungen SexsklavInnen waren, sich aber genötigt sehen, eigene Hilflosigkeit vorzugeben, um nicht kriminalisiert zu werden. Nach einer solchen „Befreiung" werden viele solcher ArbeiterInnen in ihre Herkunftsländer deportiert, nur um einige Monate später wieder ein Verhältnis der „Sexsklaverei" einzugehen. Siehe Jo Doezema, „Forced to Choose. Beyond the Voluntary v. Forced Prostitution Dichotomy", in: Kamala Kempadoo & Jo Doezema (Hg.), *Global Sex Workers. Rights, Resistance, and Redefinition*, New York 1998.

4) China und Indien, wo Prostitution illegal ist, sind für einen großen Prozentsatz der illegalisierten SexarbeiterInnen auf der Welt verantwortlich. Siehe www.prostitution.procon.org

te Konvent von Sexarbeiterinnen in Indien statt.

1999: COYOTE und die Exotic Dancers Alliance (EDA) gründen ein eigenes Spital als Reaktion auf Zwangsblutabnahmen bei SexarbeiterInnen in einem San Franciscoer Bezirksgefängnis. – In Schweden wird Prostitution offiziell als Gewalt gegen Frauen und Kinder klassifiziert und die Klientel von SexarbeiterInnen kriminalisiert.

2000: Die Niederlande legalisieren Bordelle und verlangen von weiblichen und männlichen SexarbeiterInnen zufriedenstellende Gesundheitstests zur Erlangung von Arbeitslizenzen. – In London treten Prostituierte in einen eintägigen Streik, um gegen die Räumung ihrer Wohnungen zu protestieren.

2002: Die International Union of Sex Workers (IUSW) in Großbritannien tritt der General Workers´ Union (GMB), der viertgrößten britischen Gewerkschaft bei. – Deutschland verabschiedet das Prostitutionsgesetz, mit dem Prostitution legalisiert wird. Das Reformgesetz legalisiert ebenso Zuhälterei, sofern diese durch schriftliche Verträge gedeckt wird, verbessert den Zugang für SexarbeiterInnen zu Sozialleistungen und erlaubt den ArbeiterInnen, gerichtlich gegen säumige Klienten vorzugehen.

2003: Anlässlich der Verhaftung einer Sexarbeiterin in ihrer eigenen Wohnung gründet sich in den USA das Sex Workers Outreach Project (SWOP). – Der US-Kongress verabschiedet PEPFAR, ein 15 Mrd. Dollar schweres HIV-Hilfsprogramm, das das erklärte Ziel beinhaltet, „Prostitution auszurotten". – Das neuseeländische Parlament stimmt für die Entkriminalisierung von Prostitution und die Regulierung von Bordellen.

2007: 35.000 NachtarbeiterInnen in Bolivien treten in den Streik und weigern sich, die erniedrigenden Gesundheitschecks über sich ergehen zu lassen.

2008: Randall Tobias, unter George W. Bush Leiter der US-Entwicklungsbehörde und bekannter Verfechter der „sexuellen Abstinenz", taucht auf der Klientenliste eines Escortservices auf. Elena Reynaga vom Latin American and Caribbean Sex Workers Network (RedTraSex) halt eine Grundsatzrede auf der Internationalen AIDS-Konferenz in Mexiko City, die mit stehenden Ovationen bedacht wird.

2009: Der Gouverneur von Rhode Island unterzeichnet ein Gesetz, das den Kauf und Verkauf von sexuellen Dienstleistungen kriminalisiert. – Norwegen folgt Schweden und verabschiedet ein Gesetz, dass die Klienten von SexarbeiterInnen kriminalisiert. – Taiwan entkriminalisiert landesweit die Prostitution, nachdem sich SexarbeiterInnen organisiert hatten.

Übernommen aus dem *$pread Magazine*. Übersetzung und Ergänzungen: HM

Wie ein Pascha?

Ein Film über das größte Bordell Europas

Das Pascha in Köln wirbt für sich selbst als „größtes Laufhaus in Europa“. Hundertfünfzig Prostituierte arbeiten auf elf Stockwerken, unterteilt nach Kategorien wie „Quickie“, „Asiatinnen“ und „Transsexuelle“. Für fünf Euro erhalten Kunden Zugang zum gesamten Haus, weitere Preise werden direkt mit den Frauen verhandelt. Es gibt Ärztezimmer und andere „Fantasieräume“, und gelegentlich werden im Nightclub und auf dem Dach Pornos gedreht. Die arbeitenden Frauen haben Zugang zu einem 24-Stunden-Restaurant, zu Maniküre und Friseursalon.

Von der Schwierigkeit des Begriffs „Sexarbeit“ – ein Blick auf die Diskussionen der schwedischen Linken

Das Bordell wurde jetzt in einem schwedischen Dokumentarfilm mit dem Titel *Like a Pascha: A Film about Men and Sex* porträtiert. Regisseur ist Svante Tidholm, ein 33-jähriger linker Aktivist. Zum Thema Prostitution kam er aufgrund der zahlreichen Diskussionen zu „Sexhandel“ und „Zwangsprostitution“ anlässlich der Fußball-WM in Deutschland 2006. In Schweden wurde damals gar ein Boykott der WM durch die schwedische Nationalmannschaft diskutiert. Dazu kam es nicht, doch Tidholm machte seinen Film. In einem Zeitraum von drei Jahren reiste er zwölf Mal nach Köln, um sich im Pascha einzuquartieren.

Das Verhältnis der schwedischen Linken zu Prostitution unterscheidet sich zum Teil signifikant von dem anderer westlicher Länder. Das Prostitutionsgesetz – das Straffreiheit für Prostituierte, aber strafrechtliche Verfolgung für Freier vorsieht – wird von weiten Teilen der Linken unterstützt. Die linke Publizistin Kajsa Ekis Ekman wendet sich in dem 2010 erschienen Buch *Varat och varan* [Sein und Ware] sogar gegen den Begriff der „Sexarbeit“, der ihrer Ansicht nach die Realität der Prostitution verschleiert und banalisiert. Sexindustrie bedeutet Geschäft, vor allem auf Kosten ausgebeuteter Frauen, alles andere sei Schönrederei. Linke, die im Namen der „Selbstbestimmung“ oder auch der „Sicherheit“ von Prostituierten, eine Liberalisierung der Prostitution fordern, gingen Legitimationsdiskursen der Profiteure auf den Leim und trügen zu einer verheerenden Normalisierung des Gewerbes bei. Tidholm ist ähnlicher Meinung. In einem Interview mit dem schwedischen Fernsehen erklärte er, dass nur „verrückte Liberale“ die Legalisierung der Prostitution in Schweden fordern würden. In seinem Film konzentriert er sich daher vor allem auf die Frage, welche Bedürfnisse Männer als Freier zu befriedigen versuchen. Dass Prostitution falsch ist, wird vorausgesetzt.

Aus einer gewissen Perspektive mag der Film daher unbefriedigend erscheinen. So wird die Frage, ob kontrollierte Etablissements wie das Pascha zu besseren Arbeitsbedingungen für Prostituierte beitragen, nicht ausgeleuchtet. Auch die Gespräche mit Sonia, der einzigen im Pascha arbeitenden Frau, die in der Dokumentation zu Wort kommt, leiden zum Teil unter den vorgefertigten moralischen Urteilen Tidholms.

Vom Zusammenfallen der Ausbeutungs- und Geschlechtsverhältnisse

Nichtsdestotrotz erlaubt der Film den BetrachterInnen einen interessanten Einblick in die Welt organisierter Prostitution. Das Bild, das sich ergibt, kann freilich auch für linke LegalisierungsbefürworterInnen nicht als Modell befreiter Sexarbeit dienen. Viel zu deutlich sind dafür die Tradierung konventioneller Geschlechterrollen, die ökonomischen Unausgewogenheiten und die damit verbundenen Machtstrukturen, die einem Unternehmen wie dem Pascha zugrunde liegen. Dies wird nicht zuletzt vom Geschäftsführer auf den Punkt gebracht, wenn er auf die Frage, wie es wäre, als Prostituierter zu arbeiten, meint: „Ich könnte es nicht. Ich könnt nicht für Geld mit einer Frau ins Bett gehen. Männer nehmen kein Geld für Sex, Männer kaufen Sex.“ Dies stimmt so natürlich nicht, doch verweist es auf zentrale Fragen, die in der Auseinandersetzung mit Sexarbeit nicht weggedacht werden können: Wer verfügt über das Mittel, Sex als Dienstleistung zu kaufen, und wer sieht sich oft genug dazu genötigt, Sex als Dienstleistung anzubieten?

Like a Pascha macht deutlich, dass Sexarbeit nur dann selbstbestimmt sein kann, wenn sich die gesellschaftlichen Bedingungen entsprechend ändern. Natürlich kann es im Rahmen von Kapitalismus und Patriarchat bessere und schlechtere Bedingungen für SexarbeiterInnen geben, und für die Linke gilt es, entsprechende Positionen und Strategien zu entwickeln. Zu tatsächlichen Lösungen zu gelangen, kann jedoch in diesem Rahmen nicht gelingen. Wenn der Film daher nicht zu einer Anklage gegen Prostitution an sich reichen mag, wird er in jedem Fall zu einer Erinnerung daran, dass es befreite Sexarbeit nur in einer befreiten Gesellschaft geben kann. Dies umso mehr, als Klassenverhältnisse aus den Diskussionen nicht ausgeklammert werden dürfen. Vieles an dem, was in linken englischsprachigen Kreisen gerne als „sex-positive“ bezeichnet wird, basiert wesentlich auf Mittelklassewerten individueller Befreiung. Mit seinen KommilitonInnen Pornos zu drehen, mag Spaß machen, aber es beantwortet nicht die Frage, wie Millionen von SexarbeiterInnen gegen Ausbeutung und Gewalt ankämpfen können.

Obwohl das Gefühl entstehen kann, dass *Like a Pascha* sein Potenzial nicht ausschöpft, ist er ein für am Thema Interessierte sehenswerter Film. Der Einblick, den er in die Machenschaften eines Großbordells sowie in dessen Klientel bietet, ist ein seltener.

Gabriel Kuhn

Like a Pascha: A Film about Men and Sex. Svante Tidholm, Schweden, 2010



Foto: Wikipedia

Das „Pascha“, das größte Laufhaus Europas – auch hier sollte während der Fussball WM der Männer extra Kasse gemacht werden. Von den Diskussionen darüber in Schweden bekam mensch hierzulande kaum etwas mit.

Libertärer Austausch im Zeichen der Repression

Auf der Balkan Anarchist Bookfair dominierten die Erfahrungsberichte über staatliche und faschistische Gewalt. Ein Bericht.

Die Stadt Zrenjanin in der Provinz Vojvodina versucht seit einigen Jahren, Investoren in die „Free Zone Zrenjanin“, eine der drei Freihandelszonen in Serbien, zu locken. Im Kulturzentrum der Stadt wurden jedoch vom 29. bis 31. Oktober 2010 keine Investoren empfangen, sondern die Teilnehmer und Besucher der fünften Balkanischen Anarchistischen Buchmesse (BAB). An den Ständen präsentierten sich Zluradi Paradi aus Serbien, Sto Citas aus Kroatien, Anarchist Front und Lenka aus Mazedonien sowie FAO aus Slowenien. Darüber hinaus gab es jede Menge Möglichkeiten zum Austausch und zur internationalen Vernetzung auch jenseits der Region und des Mediums „Buch“ – so fanden sich auf der BAB ein Infoshop aus Novi Sad, das Kollektiv Bahö aus Wien, ein Vertrieb aus Kroatien, aus Griechenland die Zeitung *Babylonia* sowie die Gruppe AK-Solidarity und drei Buchverlage: Stasei Ekpiptontes aus Athen (u.a. mit dem Buch „Fragmente einer anarchistischen Anthropologie“ des Anthropologen David Graeber) und schließlich die Editions des Etrangers (u.a. mit dem neuen Buch „Texte zur Arbeit und zur Krise“, welches das „Manifest gegen die Arbeit“ der Gruppe Krisis beinhaltet, sowohl neuere Texte von Anselm Jappe und Robert Trenkle) sowie Panoptikon (u.a. mit Texten von und über Michail Bakunin und Etienne de la Boétie) aus Thessaloniki.

Thematische Vielfalt in den Vorträgen und Diskussionen

Am ersten Tag stellte ein Genosse aus Deutschland, der in Novi Sad lebt, die Anti-Atom-Bewegung in Deutschland vor, besonders im Hinblick auf die Aktionen gegen den Castor-Transport. Danach wurde thematisch umgeschwenkt und sich dem schwierigen Thema der Belgrade Pride Parade gewidmet, insbesondere der Frage, was anders gemacht werden sollte. Schließlich läuft dieses politisch-kulturelle Zeichen gegen Homophobie und heteronormativen Sexismus Gefahr, jedes Jahr in einer faschistischen Machtdemonstration unterzugehen; längst haben sich die gewalttätigen Ausschreitungen der Rechten am Rande der Parade zu einem Groß-Event der FaschistInnen etabliert. So stellten sich mehrere Fragen: Was ist falsch gelaufen, wie kann Solidarität in diesem Fall praktisch ausgedrückt werden, war das Ergebnis eine „Kapitulation“ gegenüber dem Staat und den Liberalen, sollten Anarchisten mehr präsent und bereit sein, den 5.000 FaschistInnen auf der Straße gegenüberzutreten? Fragen, die es bis zur nächsten Belgrade Pride Parade noch in vielen Zusammenhängen zu klären gilt – die BAB könnte dazu beigetragen haben. Dieser Diskussion folgte ein Vortrag eines schon etwas älteren linksradikalen Aktivisten, einem Mitglied der Gruppe „Praxis“ in den 90er Jahren und heutigem Mitarbeiter in dem Kulturzentrum, das die Messe beherbergte. Er referierte über Repression und Widerstand in Ex-Jugoslavien in den letzten dreißig Jahren aus seiner persönlichen Perspektive und wagte zudem eine Einschätzung des Problems des Faschismus in Serbien und dessen Ursprung. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Repression, die er als Aktivist in den 90er Jahren erlebt hat, ging er auf die alltägliche Probleme ein, mit denen er sich heute aufgrund des neoliberalen Triumphes auseinandersetzen muss, insbesondere den Angriffen auf die Lebensbedingungen im Zuge von Entlassungen.



Foto von Leonidas Halkidis

Junge und ältere AktivistInnen während eines Workshops

Der größte gemeinsame Nenner: Die Erfahrung der Gefahr

Überhaupt Repression und Gewalt – aus allen Ecken Europas wurde über die Gefahren politischer Aktivität aus Sicht der AnarchistInnen berichtet. Ein Genosse aus Russland berichtete am zweiten Tag der Messe sehr ausführlich über die Antifa-Aktivitäten in Russland. Diesem ersten Thema des Tages folgte denn auch ein Solidaritätsaufruf für die GenossInnen, die in den Aktionen zum Schutz des Khimki-Waldes festgenommen wurden, als sie gegen dem Bau der Autobahn Moskau–Sankt Petersburg demonstrierten. Die anschließende lebhafte Diskussion bezog alle relevanten Themen ein: Nazi-Gruppen und ihre Verbindung mit Staat und Polizei, Antifa-Aktionen und ihre Verbindung zu anderen Kämpfen, Macho-Verhalten, Homophobie und Identitäts- /Rollen-Themen in Antifa-Gruppen.

Schließlich endete die Balkan Anarchist Bookfair mit vier Beiträgen aus Griechenland über Migration und Krise in Europa, Ernährung und Energie, die Kämpfe der Zapatistas heute und das Experiment der Selbstverwaltung in einer besetzten Schule. Wer Griechisch lernen möchte, kann hier anfangen: http://sxoleio12.wordpress.com.

Leonidas Halkidis

Die nächste Buchmesse findet im Frühling 2011 in Skopje, Mazedonien statt.

Berlin und das Ringen um die eigene Geschichte

Zwei Filme aus der Hauptstadt setzen dem Taumel um die Deutsche Einheit die Erinnerung an den Neuaufbruch der HausbesetzerInnen-Szene entgegen



Quelle: http://www.lichtblick-kino.org/Downloads/20_Jahre_Mainzer.zip

Eines der Hausprojekte in Friedrichshain an der Kreutziger Straße, welches aus den Häuserkämpfen in Ost-Berlin hervorgegangen ist

Was epochale Rückblicke anbelangt, waren linke Bewegungen schon immer um Augenhöhe mit der staatstragenden Geschichtsschreibung bemüht. Selbstverständlich waren auch die Jahresfeiern zu „20 Jahre Mauerfall/20 Jahre deutsche Einheit" in den Jahren 2009 und 2010 Anlass für vielfältige Gruppen und Strömungen, die Deutungshoheit der Institutionen und Medien über das kollektive Gedächtnis in Frage zu stellen. Die thematische Spannweite war enorm: Während etliche K-Gruppen und deren Ableger mit Reichweite bis in die Partei „Die Linke" hinein in erster Linie um Rehabilitation der DDR bemüht waren und trotzig bis störrisch tapfer weiter den Staatssozialismus propagierten, waren die Jubiläen in autonomen Antifa-Kreisen oftmals ein willkommener Anlass, sich die jeweiligen Lieblingstheorien zum deutschen Nationalismus um die Ohren zu hauen. Wieder andere stellten sich „Gegen das Ende der Geschichte" und verquickten Mauerfall und die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise zu manchmal etwas gewagten Thesen und Handlungsvorschlägen zur Überwindung des Kapitalismus. Strömungsübergreifend wurden vor allem die mit der „Wende" einhergehenden neonazistischen Gewalttaten gegen den offiziellen Ideologiebetrieb der Einheitsfeiern in Stellung gebracht.

Selbstreferenzielle Geschichtsschreibung

In Berlin, Hauptschauplatz des Geschehens damals und heute, ließ es sich auch etwas weniger staatstragend und theorielastig mit der eigenen Geschichte auseinandersetzen – weil es tatsächlich auch eine eigene kämpferische Praxis gab, auf die sich in diesem konkreten Fall bezogen werden kann: die Rede ist von den Häuserkämpfen in Ost-Berlin nach dem Mauerfall und in den frühen 90er Jahren. Der Mythos der Mainzer Straße in Berlin-Friedrichshain steht dabei symbolisch für eine Zeit, in der der Untergang eines ganzen Staates kurzfristig Räume, Ideen und eine ungeahnte Energie zur Realisierung sozialer Utopien freisetzte. Die Mainzer Straße steht aber auch für die Unausweichlichkeit des Konflikts solcher Prozesse mit den hegemonialen Strukturen der kapitalistischen Wirklichkeit, sobald sie auch nur ansatzweise gesamtgesellschaftliche Relevanz bekommen.

Diese Geschichten haben zwei unterschiedliche Filmprojekte nun aufgegriffen: Zum einen William Perfetti's „20 Jahre Mauerfall – 20 Jahre Mainzer Fall", welches sich also vom Titel her schon als direktes Gegenstück zur bundesrepublikanischen Selbstinszenierung versteht, und zum anderen Katrin Rothe's „Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag – Die Mainzer Straße wird geräumt". Beide Filme sind Ende 2010 erschienen und entstammen sozusagen der Kiez-eigenen Erinnerungskultur linker und autonomer Zusammenhänge im Bezirk: Die Erzählungen spinnen sich um die Schilderungen „Ehemaliger" herum, die nach wie vor in der Gegend leben und sowohl einen starken individuellen wie auch kollektiven Bezug zu den Ereignissen um 1990 aufweisen – ob nun mit DDR- oder BRD-Vergangenheit.

Die Geschichte hinter der Geschichte

Trotz der Gemeinsamkeiten in Thematik und Machart unterscheiden sich die beiden Dokumentarfilme stark von einander. William Perfetti's Film ist eindeutig derjenige, dessen Fokus explizit ein umfassender sein soll: Sich von den Fernsehberichten zum Treffen der Staatsspitzen anlässlich der Jahresfeiern zum Mauerfall abwendend, beginnt der Italiener, der selbst Anfang der 90er nach Berlin kam, als Rahmenerzähler in den frühen 70er Jahren mit den Ursprüngen des „Häuserkampfes" um das Bethanien im West-Berliner Bezirk Kreuzberg. Anders, so Perfetti, seien die Kämpfe in Ost-Berlin nach dem Mauerfall, und insbesondere der Konflikt um die Mainzer Straße, nicht zu verstehen. Das besetzte Bethanien befand sich in unmittelbarer Nähe zur Staatsgrenze der BRD, vom Dach aus hatten die BesetzerInnen einen untrüglichen Blick auf den militarisierten „Realsozialismus". Die auf dem Gebäude wehende schwarz-rote Fahne symbolisierte eine jugendliche und proletarische Eigenständigkeit gegen die Blockideologie des Ost-West-Konflikts. Martin Reiter, ein Zeitzeuge des Films, Aktivist und Künstler aus dem arthouse Tacheles, beschreibt die bemerkenswerte Entwicklung dieser Bewegung in den 80er Jahren, und wie sich West-Berlin durch sie veränderte: Die Trutzburg des „westlichen Konzernkapitalismus entgegen dem Staatskapitalismus des Ostens" (Reiter) wurde zu einer linken Insel in Mitteleuropa, in der die HausbesetzerInnen-Bewegung zu einem gewichtigen Faktor aufstieg und Menschen aus vielen Ländern faszinierte und anzog – diesseits und jenseits des „Eisernen Vorhangs". Wie der Österreicher Martin Reiter auf eben dieser „Insel" sein neues Zuhause fand, so tat dies auch Jan Georg Fischer, ein in dem Film ebenfalls zu Wort kommender DDR-Dissident, der nach zwei Inhaftierungen aufgrund seiner politischen Aktivitäten und Überzeugungen nach West-Berlin ging, um sich dort der HausbesetzerInnen-Szene anzuschließen. Szenen aus einer Reportage des öffentlich-rechtlichen Fernsehens verdeutlichen noch mal den Konflikt mit den Interessen der InvestorInnen, die mit Abriss der Kreuzberger Altbaustruktur und Neubau teurer Eigentumswohnungen nicht bloß ein paar linke Post-68er, sondern auch große Teile der Bevölkerung gegen sich aufbrachten. Tatsächlich wurde in den oft eskalierenden Kämpfen der 80er Jahre durchgesetzt, dass Häuser, die aus bloßen Spekulationsgründen leerstanden, im Falle einer Besetzung zumindest vorerst nicht geräumt wurden.

Anstelle des „Ende der Geschichte" ein unverhoffter Neuanfang

Mit der Taktik aus „Zuckerbrot und Peitsche" – also punktuelle Legalisierung von Besetzung einerseits, massive Polizeieinsätze andererseits, die auch den Tod Klaus-Jürgen Rattays nach sich zogen – waren Neubesetzungen in West-Berlin Ende der 80er Jahre fast unmöglich gemacht worden; die Szene befand sich vielmehr in einem ständigen Abwehrkampf um die bestehenden Häuser. In Verhandlungen wurden die BewohnerInnen und ihr Umfeld gegeneinander ausgespielt und zu Konformismus gedrängt, bis sie dann oft trotzdem einer Räumung wehrlos gegenüberstanden; diejenigen, die diesem Spiel eine radikale Absage erteilten, bekamen die ganze Gewalt der Staatsorgane zu spüren. Mit dem Mauerfall am 9. November 1989 änderte sich dann urplötzlich die Situation: Ost-Berlin war in ein Machtvakuum gefallen, welches fast ein Jahr, bis zur offiziellen Einverleibung der DDR in die BRD am 3. Oktober 1990, die Möglichkeit zur kollektiven Selbstorganisation jenseits staatlicher und – zumindest was den Wohnraum anging – auch kapitalistischer Strukturen bot. Der Konflikt um die vielen leerstehenden Häuser in Ost-Berlin war zudem kein neuer und wurde nicht aus dem Westen importiert: Vielmehr hatte sich schon in der DDR eine Bewegung entwickelt, in der sich Menschen gegen ein eingepferchtes Leben im sozialistischen Einheitsplattenbau wandten und vor allem in Friedrichshain die alten, oft vom Zerfall bedrohten Häuser in Besitz nahmen. Anders als im Westen, wurde dies in Ost-Berlin meist von den Behörden geduldet. Mit der sich nach dem Mauerfall andeutenden Annektierung der DDR durch die BRD stand dieses „Gewohnheitsrecht" auf dem Spiel und somit trugen viele bisher „stille" BesetzerInnen ihr Anliegen um mietfreies und selbstorganisiertes Wohnen offensiv auf die Straße. In einigen Fällen vermengte sich dieses Anliegen sehr schnell mit den politischen Standpunkten, die die Westberliner Szene in den 80er Jahren entwickelt hatte: Es ging nicht bloß um ein besseres Wohnen, sondern auch um die kollektive Organisation des eigenen Lebens, den Aufbau autonomer, selbstverwalteter Strukturen, in denen die Überwindung sämtlicher Herrschaftsverhältnisse zielgebend sein sollte.

Wie individuell kann große Geschichte erzählt werden?

An diesem Punkt verliert William Perfetti's Film allerdings ein wenig die Spur. Der ideologiekritische Ansatz der Gegenüberstellung der Einheitsfeiern 20 Jahre danach mit der Erinnerung an die Häuserkämpfe in Ost-Berlin tritt mit fortschreitender Länge der Dokumentation nicht mit klarer Schärfe hervor; die immer wieder eingeschnittenen Fernsehberichte zu den Staatsfeierlichkeiten geraten immer mehr aus dem Kontext, ohne dass Rahmenerzähler Perfetti, der als „Stimme aus dem Off" die Möglichkeit dazu hätte, hier Abhilfe leistet. Auch die Erzählungen seiner Zeitzeugen geraten etwa ab der Hälfte des Films eher zu Schilderungen der individuellen Nischenfindung nach dem Ende des großen Neuanfangs, ohne dass sie einen für die Zuschauenden Erkenntnis bringenden roten Faden aufweisen. Über die Länge des Films betrachtet, erscheint der Titel „20 Jahre Mauerfall – 20 Jahre Mainzer Fall" sogar etwas irreführend: Nicht so sehr der Konflikt um die Mainzer Straße steht im Vordergrund, vielmehr geht es um die Entwicklung alternativer Wohn- und Kulturprojekte in West- und Ost-Berlin im Laufe der Zeit. Bezeichnender Weise war keiner der interviewten Zeitzeugen tatsächlich selber BewohnerIn der Mainzer Straße, und jegliche Beteiligung an den Kämpfen war höchstens indirekt. Der Film verliert sich so immer weiter in den Lebensgeschichten einiger Menschen, die es sich mit selbst erzeugtem Öko-Strom und Nachhaltigkeitsprojekten, Medien und Kultur ein wenig im Status Quo gemütlich gemacht haben. Der um einiges kürzere Film „Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag – die Mainzer Straße wird geräumt" beschränkt sich dagegen auf die Erzählungen von Leuten, die die Geschehnisse um die Mainzer Straße als Beteiligte erlebten, auf ihre Motivationen, Hintergründe und Taten. Katrin Rothe kommentiert im Gegensatz zu William Perfetti den Film nicht selbst, nur kleine „Zwischenüberschriften", untermalt mit Fotos und Musik, geben der Dokumentation eine Gliederung. Die Erzählungen ihrer Interviewpartner lenkt sie auch nicht, wie es Perfetti unverkennbar tut, auf deren politische Einschätzungen und Überzeugungen, vielmehr kommen diese durch ihre Erinnerungen an die Mainzer Straße selber und – das ist das Entscheidende – im Kontext darauf zu sprechen. Dem Film tut dies sehr gut; während Perfetti's Film mit dem Anspruch, das große Ganze im Blick halten zu müssen, so manche Unschärfe beinhaltet (z.B. Martin Reiters Einschätzung, dass Widerstand gegen das System kontraproduktiv sei, weil sich dieses ja doch von allein erledige) sprechen die Interviewten bei Rothe über ganz konkrete Sachverhalte. Zudem lässt Rothe auch Widersprüche zu, so dass die Ausführungen der Erzählenden vielmehr als eine Diskussion wahrgenommen werden. Bei Perfetti hingegen, so scheint es, soll eigentlich eine Wahrheit vermittelt werden, nur leider hat sie der Film nicht finden können.

Marcus Munzlinger



Quelle: http://www.goodmovies.de

„Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag – die Mainzer wird geräumt". Mit diesen Worten wurde einer der Erzählenden aus dem Film am 12. November 1990 geweckt .

Die Filmdaten

„20 Jahre Mauerfall – 20 Jahre Mainzerfall. Mit Willy unterwegs in Berlin", Dokumentarfilm von und mit William Perfetti, 112 Minuten in zwei Teilen. Kino-Premiere war am 18.12. mit William Peretti im Kino Lichtblick in Berlin. Weitere Informationen bei www.lichtblick.de

„Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag – die Mainzer Straße wird geräumt", Dokumentarfilm von Kathrin Rothe, 40 Minuten. Als DVD erhältlich bei Good!Movies, www.goodmovies.de

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Ein roter Rettungsschirm

Des letzten Rätsels Lösung: Internationaler Hurentag, ein Teil des Kampfes für Anerkennung und Gleichstellung



Quelle: www.sexworker.at

Der „Internationale Hurentag" ist kein Ereignis oder Gedenktag, der einfach so entstand. Er hat eine lange Vorgeschichte, in der SexarbeiterInnen weltweit um Rechte und Anerkennung ihres Gewerbes kämpften. So kam es im Jahre 1973 zu den ersten selbstbewussten und organisierten Aufbrüchen der Prostituierten nach dem Zweiten Weltkrieg – und zwar in Schweden, Italien und den USA. Prostituierte traten zum einen in Selbsthilfegruppen an die Öffentlichkeit, zum anderen entstanden Kollektive, in denen Prostituierte zusammen mit „anderen" Frauen gegen die rechtliche und soziale Diskriminierung von Prostituierten zu kämpfen begannen.

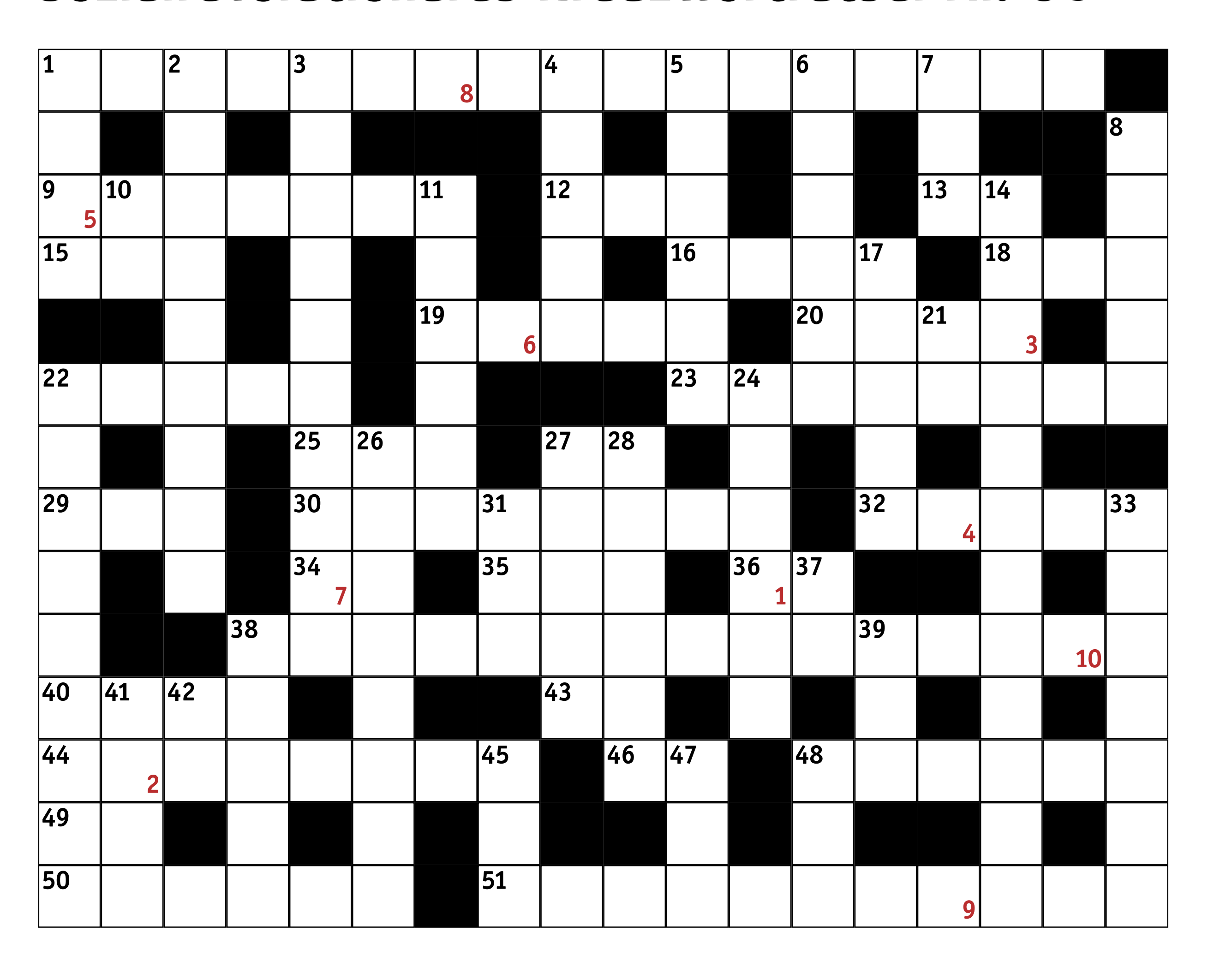
In Frankreich kam 1975 es zu einem unerwarteten, landesweiten Streik der Prostituierten, in dem Kirchen besetzt wurden. Zum ersten Mal erzwangen sich Prostituierte die Aufmerksamkeit der gesamten Bevölkerung und erregten auch weit über ihre Landesgrenzen hinaus Interesse. Sie verlangten, als „Frauen wie jede andere auch" betrachtet und behandelt zu werden. Sie „versteckten" sich nicht mehr, sondern forderten unter dem Motto „Der Staat ist der größte Zuhälter" die Aufhebung der diskriminierenden und disziplinierenden Gesetze. Der Zorn der französischen Prostituierten auf den Staat und seine Organe wuchs in den '70er Jahren unaufhörlich: Einerseits wegen einer Vielzahl unaufgeklärter Morde an Prostituierten; andererseits aufgrund der verstärkten „Verfolgungsjagd" der Polizei auf Prostituierte mittels Bußgeldbescheiden, die mit der Begründung von „zur Unzucht auffordernden Verhaltens" verteilt wurden. Hinzu kam, dass die Polizei auf ein altes Gesetz zurückgriff, nachdem Personen, die in einem Jahr mehrmals wegen des gleichen Deliktes zu Bußgeld verurteilt worden waren, mit einer Haftstrafe belangt werden konnten. Gleichzeitig erhielten Prostituierte Steuerbescheide, die nach einem fiktiven Durchschnittseinkommen berechnet worden waren und oftmals auf mehrere Jahre rückwirkend ausgestellt wurden. Aufgrund dieser zunehmenden polizeilichen Repression kam es in Lyon im Frühjahr 1975 zu internen Prostituiertentreffen, denen auch solidarische Männer und Frauen beiwohnten. Die Prostituierten erstellten einen Forderungskatalog und traten mit Aktionen an Öffentlichkeit; eine von ihnen nahm z.B an einer Diskussionsrunde über Prostitution im Fernsehen teil. Nachdem in Lyon die ersten Verhaftungen stattgefunden hatten sowie immer mehr Frauen Haftbefehle und Steuerbescheide erhielten und viele Beschwerden auf bürokratischem Wege erfolglos blieben, beschlossen sie eine Gegenaktion, die zum Zuhören und Reagieren zwingen sollte. Rund 150 Prostituierte besetzten am Morgen des 2. Juni 1975 eine Kirche im Zentrum von Lyon. Sie forderten die sofortige Aufhebung der Haftstrafen von Prostituierten und die Einstellung der Verhängung von Bußgeldbescheiden. Auf dieses Ereignis geht der „Internationale Hurentag" zurück.

Seit diesem Tag demonstrieren SexarbeiterInnen weltweit jährlich gegen Diskriminierung ihres Gewerbes und verteilen Kondome, Informationen für alle sowie Ratschläge für Freier.

Seit 2001 gilt ein roter Regenschirm als Symbol des Widerstandes gegen Unterdrückung und Diskriminierung. Neben dem „Internationalen Hurentag" gibt es auch den „Internationalen Tag für die Rechte von Sexarbeitern", der jedes Jahr am 3. März stattfindet.

Jack Goldstein

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 68



Waagerecht

1. Wer übrig gebliebene Maultaschen, weggeworfene Pfandflaschen o.Ä. von der Arbeitsstelle mitnimmt, riskiert vielerorts eine ~ (Emmely lässt grüßen) 9. Metallarbeiter, bekanntestes Mitglied einer anarchistischen Gruppe in Zwickau, der 1952 im Bautzener Knast starb, Vorname: Willy 12. Abk. für die Währung der meisten EU-Staaten 13. DDR-Ausweis in Buchform, der bei der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Ausbildung ausgestellt wurde, als Nachweis diente, krankenversichert zu sein und bei jedem Arztbesuch vorzulegen war: *~-Ausweis* <Abk.> 15. feierliche Versicherung, die Wahrheit zu sagen und nichts zu verschweigen 16. Männername 18. baskisch-nationalistische Untergrundorganisation 19. drittgrößte Stadt Schwedens und ein Zentrum der Aktivitäten der anarchosyndikalistischen SAC und SUF 20. dunkelbraune oder schwarze zähe Flüssigkeit (u.a. aus Kohle gewonnen) 22. Treibstoff 23. Sprichwort: *Eine Lüge ~ zehn andere nach sich* 25. Instrument der EU im Rahmen der sog. „Entwicklungszusammenarbeit", die für einen Zeitraum von fünf Jahren geschlossen wird, Teil des globalen Anspruchs der EU 27. Abk. für „jährlich, pro Jahr" <Latein> 29. Spitzenkönner, der Beste <männliche Form> 30. Altargottesdienst 32. ein Lösungsmittel (aromatischer Kohlenwasserstoff) 34. Flüssigstickstoff <halb englische, halb wissenschaftliche Abk.> 35. Schwur vieler Holocaustüberlebender: *~ wieder Deutschland!* 36. Kfz-Kennzeichen für Offenbach/Main 38. inhumane Auflage für in Deutschland lebende AsylbewerberInnen und „Geduldete" 40. Vater <türkisch> 43. Kfz-Kennzeichen für die Hauptstadt von Sachsen-Anhalt 44. Synonym für streiken: *in den ~ treten* 46. chemisches Zeichen für Gold 48. Vers eines Liedes, das von der SED als Lobeshymne genutzt wurde: *Die ~, die ~, die hat immer Recht.* 49. Abk. für hohe Bildschärfe (beim hochauflösenden Fernsehen usw.) 50. sagenhafter Gründer von Babylon 51. Schädling, der seit einigen Jahren die Rosskastanien in Europa befällt.

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Senkrecht

1. verankertes Seezeichen 2. Wirtschaftskrise, die v.a. mit Währungsturbulenzen einhergeht 3. hier gibt es Zapfsäulen 4. Stadtburg von Moskau und Sitz des russischen Präsidenten 5. unruhig, leicht reizbar 6. Neuhebräisch, Amtssprache in Israel 7. großer Paketdienst, der durch gewerkschaftsfeindliches Vorgehen und Scientology-ähnliche Managementtechniken aufgefallen ist 8. breiter Pinsel 10. Kfz-Kennzeichen für Eichstätt 11. *„Wer ~, kann verlieren. Wer nicht ~, hat schon verloren"* 14. eine der größten Lachnummern des deutschen Grundgesetzes: *„Eigentum ~. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."* 17. Fernschreibnetz (seit den 1980er Jahren zunehmend durch Fax und E-Mail abgelöst) 21. Kfz-Kennzeichen für den Elbe-Elster-Kreis 22. *~-West*: geplante Erweiterung des Flughafens Frankfurt a.M., die auf erhebliche Proteste stieß und zu einem der wichtigsten Bezugspunkte der Umwelt- und sozialen Bewegung der 70er und 80er Jahre wurde 24. altägyptischer Herrscher, bekannt v.a. durch sein Grabmal (Pyramide) 26. kleine Feier, die von einer neuen MitarbeiterIn am Arbeitsplatz veranstaltet wird 27. Stück Kautabak 28. ein 2003-2005 weitgehend umgesetztes Konzept der Bundesregierung zur Umverteilung von unten nach oben: *~ 2010* 31. das dritthäufigste Wort der deutschen Schriftsprache 33. Feldtoilette, Abort 37. und die folgenden (Seiten) <Abk.> 38. Vorgang des Rasierens 39. Frauenname 41. Automobilunternehmen mit Hauptproduktionsstandort in Ingolstadt 42. Abk. im Netzjargon für „Bockmist", „Blödsinn" <ursprüng. engl.> 45. Hauptkirche einer Stadt 47. vor allem nach der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengänge kann man sie mit Fug und Recht eine Lernfabrik nennen: *die ~* 48. unverfälscht, unverdünnt.

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Florian Wagener

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 204: 11. Februar 2011

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).

Gewinner #201: Markus aus Berlin
Gewinner #202: Frank S. aus Merzhausen

Auflösung # 67

